

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumero:
Bierteljährlich 2,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die hochgerahmte Kolonnen-
zeile oder deren Raum 50 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Berammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 29. September 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die sozialistische Bewegung in Spanien.

Madrid, 24. September 1906.

Das langsame Tempo der industriellen Entwicklung Spaniens, der konervative und wenig unternehmungslustige Charakter seiner Bourgeoisie, die ständige Arbeitslosigkeit, der schändliche Analphabetismus — all das sind Ursachen, aus denen der Entfaltung der Arbeiterpartei, zumal der gewerkschaftlichen Organisation, ungeheure Schwierigkeiten erwachsen.

Man vergegenwärtige sich nur einmal, in welcher Armut das spanische Proletariat dahinsiebt. Viele Arbeiter beider Kastilien, besonders solche aus der Landschaft La Mancha, die sehr wenig verdienen und obendrein nicht einmal das ganze Jahr Arbeit haben, gehen zu gewissen Zeiten ins nördliche Minenbecken, um dort Arbeit zu suchen. Andere — z. B. die Arbeiter Galiciens — verbringen einen großen Teil des Sommers fern der Heimat: in Kastilien, in Aragonien oder sonstwo. Da verdienen sie Geld mit Erntearbeiten. Wieder andere — die Proletarier Andalusiens — sehen sich genötigt, auf der Suche nach Arbeit zuweilen das ganze Land zu durchstreifen.

Um nur eine ungefähre Vorstellung von der schrecklichen Arbeitslosigkeit in Spanien zu haben, braucht man sich bloß zu vergegenwärtigen, daß augenblicklich 50 Proz. der Landarbeiter und 60 Proz. der Bauarbeiter beschäftigungslos sind. Und um die Bedeutung der Auswanderung in ihrem vollen Umfange zu ermessen, braucht man bloß zu berücksichtigen, daß im Jahre 1904 nicht weniger als 15 000 Arbeiter vom Hafen zu Vigo, 28 000 vom Hafen La Coruna und 12 000 Arbeiter von anderen Häfen abgefahren sind! Man muß — wie gesagt — diese Tatsachen kennen, um den Mitglieder-schwund unserer Gewerkschaften (von dem weiter unten noch die Rede sein wird) zu begreifen.

Durch den unaufhörlichen Ortswechsel sowie durch die ständige Auswanderung nach Amerika erklärt sich von selbst, daß viele unserer Arbeiterorganisationen ihr sieches Leben mühselig dahinschleppen oder, kaum daß sie ins Leben gerufen sind, schon wieder dahinsinken. Besonders häufig ist diese Erscheinung in den Ebenen Kastiliens, wo die Landarbeiter seit einiger Zeit begonnen haben zu agitieren und sich zu organisieren.

Aber ungeachtet all der ungeheuerlichen Schwierigkeiten gewinnt die sozialistische und die gewerkschaftliche Propaganda allenthalben Terrain und die Lebenskraft unserer Partei zeigt sich bei jeder Gelegenheit. Ihren Kampf hat die Sozialdemokratie Spaniens nun aber nicht nur gegen die eigentliche Bourgeoisie zu führen, sondern auch gegen andere Elemente, die — obwohl dem Anschein nach fortschrittlich und revolutionär — doch nichts anderes sind als wertvolle Hilfspolizei der Bourgeoisie. Wir meinen damit die anarchischen und die bürgerlich-republikanischen Elemente.

Bei einem durchgehends unwissenden, zum Teil durch Ueberarbeitung verblödeten und abgepumften, zumeist noch unter unsäglichem Elend schmachtenden Proletariat schlagen die einseitigen Vorstellungen des Anarchismus nur zu leicht Wurzel, und man kann es nicht leugnen, daß die Anarchisten bei einem Teile des spanischen Proletariats sich eines gewissen Einflusses erfreuen. Da er jedoch keine Organisation oder richtiger: da er eine chaotische Organisation besitzt, da seine Presse platt und ungeschickt ist und da er in der letzten Zeit eine ganze Reihe Schläppchen erlitten (es sei nur an die beiden großen Streiks von Barcelona und von La Coruna erinnert), so hat der spanische Anarchismus nicht mehr den Einfluß wie früher und erfährt er nur noch eine geringe Minorität unserer Arbeiterschaft. Dabei muß natürlich der Umstand im Auge behalten werden, daß trotz alledem der Anarchismus in Spanien noch immer eine Gefahr für den Fortschritt der Arbeiterbewegung bedeutet.

Etwas ernster — im Augenblick wenigstens — ist die republikanische Gefahr. Die republikanische Partei bedient sich des Vorwandes, „die bürgerliche Republik werde für die spanischen Arbeiter alles tun, was die Regierungen der am weitesten vorgeschrittenen Länder getan haben“. Sie verkündet, daß die Erklärung zur Republik den ersten — notwendigen und unerläßlichen — Schritt zur Befreiung des Proletariats bedeute. Sie verkündet, daß diese Republik unverzüglich, nächste Woche, allerhöchstens in einem Jahre verkündet werden soll. So zieht die republikanische Partei, obwohl sie aus Mitgliedern besteht, die ganz verschiedene und einander entgegengesetzte Ziele verfolgen, und obwohl sie sich als militärisch erklärt und kein bestimmtes, festes Programm hat, doch die Aufmerksamkeit vieler Arbeiter auf sich und lenkt sie von ihrem eigentlichen Kampfe ab, um sie einem Heere einzugliedern, das von Bürgerlichen geführt wird und das infolgedessen nur dazu dienen kann, die Herrschaft dieser dem Proletariat feindlichen Klasse zu befestigen und zu verlängern.

Trotz all dieser Schwierigkeiten macht unsere Partei Fortschritte und arbeitet sie, stets von einem großen Hoffen befeuert und revolutionären Geistes vorwärts drängend. So hat sie es denn fertig gebracht, über 150 Sektionen in allen Ecken und Winkeln des Landes zu gründen und um ihr Banner

mehr als 10 000 Kämpfer zu scharen, die sich in der Bewegung wirksam betätigen und pünktlich ihre Beiträge zahlen.

Nun zur gewerkschaftlichen Organisation. Die „Unión General de Trabajadores“ (Allgemeiner Arbeiterbund) hatte Februar 1905 in 373 Sektionen 56 905 Mitglieder. Die Unión ist der bedeutendste aller spanischen Arbeiterverbände und auch die einzige Gewerkschaft, die sich sowohl in ihrer Organisation wie in ihrer Propaganda durch die Prinzipien des Sozialismus leiten läßt. Allerdings sind in der letzten Zeit — im Besolge der außerordentlichen Arbeitslosigkeit und der unaufhörlichen Auswanderung — jene Zahlen stark gesunken, aber selbst mit ihren 36 557 Mitgliedern in 274 Sektionen ist die Unión zur Stunde noch immer die gewaltigste Arbeiterorganisation Spaniens. Uebrigens kann weder die Zahl der Partei- noch die der Gewerkschaftsmitglieder einen genauen Maßstab abgeben für den wirklichen Einfluß, den unsere Ideen unter den spanischen Arbeitern haben. Viele werden ihrer Gewerkschaft untreu — sei es nun, um den Beitrag zu sparen, oder weil sie ihren Wohnort wechseln. Nichtsdestoweniger verfolgen sie die Bewegung der sozialistischen Partei und suchen sie deren Aktionen stets zu fördern. Nur so ist es zu erklären, daß während des Feldzuges, den unsere Partei vergangenes Jahr um die Ausschreibung öffentlicher Arbeiten und um die Herabsetzung der Lebensmittelpreise führte — daß da auf den Ruf der Partei zu einem bestimmten Zeitpunkt, am 2. Juli, über 155 000 Arbeiter die Arbeit ruhen ließen, und zwar 20 000 in Madrid, 18 000 in Alicante, 33 000 in Bistaya usw.

Durch die in neuerer Zeit bewirkte Bildung sozialistischer Jugendgruppen sind wir auch ein gutes Stück vorwärts gekommen. Diese Jugendorganisation bildet bereits einen ziemlich starken nationalen Verband, der alle drei Jahre einen Kongreß abhält. Ferner haben wir in der Partei eine starke Strömung, die zur Bildung von Gewerkschaften auf mehrfacher Grundlage treibt: Streikunterstützung, Arbeitslosenunterstützung, Krankengeld, Sterbegeld. Desgleichen haben wir eine Strömung, die zur Bildung von Konsum- und Produktivgenossenschaften drängt. Und zwar betrachten unsere Genossen die Genossenschaften nicht etwa als Endziel, sondern nur als ein Mittel, um die Arbeiterbewegung zu unterstützen.

Die Presse spielt bei unserer Propaganda eine ziemlich große Rolle. Wir verfügen gegenwärtig über 14 wöchentlich und ein vierzehntägig erscheinendes Organ. Wir beabsichtigen, eine Tageszeitung herauszugeben, sobald unsere Mittel es erlauben sollten. Nach unserer Berechnung sind dazu 50 000 Pesetas nötig; durch freiwillige Beiträge haben die Genossen bereits etwas über 18 000 Pesetas zusammengebracht. Wenn man bedenkt, daß die Löhne in Spanien sehr niedrig sind, so zeugt jene Tatsache von der Aufopferungsfähigkeit unserer spanischen Genossen. Ist unser Arbeiterheer leider auch noch nicht sehr groß, so ist es doch zuverlässig und von festem Bestand. Daher können wir allen Gefahren mit Ruhe die Stirn bieten.

Die spanische Sozialdemokratie ist nun glücklich so weit, daß sie beginnen kann, auch ihren nationalen oder internationalen Solidaritätspflichten nachzukommen. Jüngst haben wir Geld für die unglücklichen Opfer des Verbrechens von Courrières gesandt und die Familien der beim Einsturz eines Reservoirs in Madrid verunglückten Arbeiter reichlich unterstützt. Augenblicklich suchen wir etwas Geld zusammenzubringen für die Familien der während der letzten Streiks im Norden Getöteten oder Verwundeten, desgleichen für die tapferen russischen Genossen. Für diese hat „El Socialista“ bis jetzt etwa 5500 Pesetas (= 4500 M.) zusammenbekommen.

Nach unseren Wählerfolgen darf weder die Stärke noch der Fortschritt der Partei beurteilt werden; denn die spanische Regierung bedient sich bekanntlich des Mittels der Fälschungen, des Stimmenkaufs und aller nur erdenklichen Betrügereien, um ihre Kandidaten durchzubringen. Trotz alledem hat Genosse Pablo Iglesias bei den letzten allgemeinen Wahlen, obwohl wir gegen ein Kartell sämtlicher bürgerlichen Parteien und gegen die üblichen Fälschungen und den herkömmlichen Stimmenkauf zu kämpfen hatten, 3110 Stimmen erhalten. Auf seinen Gegner — einen Republikaner — entfielen 3915 Stimmen.

Bei den Gemeindevahlen sind stets wachsende Erfolge zu verzeichnen. Das liegt daran, daß bei diesen Wahlen nach Stadtvierteln gewählt wird und nicht nach Kreisen, wie bei den Stimmwahlen. Infolgedessen haben wir die Möglichkeit, bei den Gemeindevahlen scharfe Kontrolle zu üben und Betrügereien unter Umständen mit Gewalt zu verhindern. Im Jahre 1903 hatten wir erst 50 Stadtverordnete in 20 Kommunen. Jetzt haben wir 71 Stadtverordnete und 30 Stadtverordnete hinzuzurechnen, die auch auf das Kommunalprogramm der Sozialdemokratie gewählt sind. Es handelt sich da um Arbeiter, die mit Hilfe von Gewerkschaften in den Wahlkampf gezogen sind und die zwar — aus diesem oder jenem Grunde — der sozialistischen Partei nicht angehören, aber doch sie und keine andere unterstützen.

Die letzten Kommunalwahlen erhielten ein ganz besonderes Gepräge dadurch, daß zum erstenmal Sozialisten in die Verwaltung der Haupt- und Residenzstadt Madrid gewählt wurden, nämlich die drei Genossen Pablo Iglesias, Largo Caballero und Ormaechea, die nun einen energischen Feldzug im Interesse politischer Reinlichkeit und zum Zweck

der Befreiung von Mißbräuchen aller Art führen. Die Folge davon dürfte sein, daß bei den nächsten Kommunalwahlen in Madrid ein heißer Kampf entbrennen wird; denn die Bürgerlichen sind wütend über die kräftige Opposition, die ihnen unsere drei Genossen machen.

Zum Schluß dieser gedrängten Uebersicht über den Stand der sozialistischen Bewegung Spaniens sind noch ein paar Worte nötig über die Mitglieder unserer Partei. Gegenwärtig hat ein Sozialdemokrat in Spanien nichts weiter zu erhoffen, als daß er etwa Hiebe bekommt, von den Arbeitgebern boykottiert, von den Anarchisten als Verräter behandelt oder von der bürgerlichen Justiz ins Gefängnis geschickt wird. Und das löst natürlich die Leutchen, die nach Paris im dichten, nicht gerade an.

Aber ist auch die Zahl der Intellektuellen in der Partei nicht sehr groß, so dürfen wir uns doch rühmen, den gebildetsten und intelligentesten Teil der spanischen Arbeiterklasse in unseren Reihen zu haben: die Buchdrucker, die stets an der Spitze der Bewegung standen und noch stehen. Dadurch ist es möglich, über ein Korps von Propagandisten und Organisatoren zu verfügen, die befähigt sind, immer und überall nicht nur dem „gelben“ Element und ähnlichen „Freunden“ des Proletariats die Stirn zu bieten, sondern auch den Schlichen der bürgerlichen Parteien, besonders derjenigen, die Meisterinnen der Demagogie sind.

Nunmehr dürfen wir — ohne befürchten zu müssen, irgendwo auf Widerspruch zu stoßen — wohl versichern, daß trotz des verhältnismäßig recht geringen Bestandes unserer Streitkräfte doch der Einfluß unserer Partei auf die spanische Arbeiterklasse im allgemeinen bedeutend größer ist als der Einfluß der anderen Elemente, die mit mehr oder weniger Verachtung die Sache der Arbeiterschaft zu vertreten behaupten.

Wir sehen große Hoffnung auf die Zukunft. Und zwar, weil wir wissen und weil alle Genossen es wissen, daß inmitten der politischen Korruption, inmitten des religiösen Fanatismus, inmitten der Oligarchie, die Spanien beherrscht, unsere Partei die einzige ist, die den fortschrittlichen und revolutionären Geist des modernen Europa repräsentiert.

Und darum, im Interesse der Ehre Spaniens, im Interesse der Ehre unseres Proletariats wird die Partei ihren Kampf ohne Schwächeanwandlungen weiterführen. Sehen wir doch unseren höchsten Stolz darin, dem großen internationalen Arbeiterheer so bald wie möglich auch in Spanien ein Armeekorps zur Verfügung zu stellen, das stets gerüstet sein soll, die Aktion der Genossen in den anderen Ländern zu unterstützen bei dem großen Kampfe für die Befreiung des internationalen Proletariats.

Die russische Revolution.

Siedee-Politik.

Die Entscheidung über die Erweiterung der Bürgerrechte der Juden ist, wie der Petersburger Korrespondent das Bureau Loffan von maßgebender Seite erfährt, in negativem Sinne ausgefallen. Eine Erweiterung ihrer Rechte wird nicht eher stattfinden, als „bis die jüdische Jugend Rußlands einen mehr geliebenden Geist beweist“.

Das ist genau dieselbe hundsstößige Politik, wie der Henker von Siedee sie so raffiniert anzuwenden verstand. Als schwache jüdische Greise, als jüdische Männer, die sich um Politik den Teufel kimmern, den Herrn Gouverneur um Schutz anflehten und um Einstellung des entsehligen Blutbades baten, da erhielten sie die höhnische Antwort: Der Pogrom werde aufhören, wenn sie, die Wittsteller, die Revolutionäre auslieferten. Aber die armen Leute wußten gar nichts von den Revolutionären, sie kannten sie nicht und wären selbst beim „besten“ Willen nicht imstande gewesen, sie auszuliefern. Und der Gouverneur wußte das, und doch ließ er Kinder und Greise elend ermorden.

Genau so verfährt die Regierung. Sie verweigert den Juden die Erweiterung ihrer Bürgerrechte bis solange, als nicht die jüdische Jugend Rußlands einen mehr geliebenden Geist beweist!! Man weiß wirklich nicht, worüber man sich mehr wundern soll: über die Unverschämtheit dieser russischen Regierungsgauner oder über die Tatsache, daß es den Revolutionären bisher noch gelungen ist, den Terrorismus in Dohnen zu halten, deren Ueberschreitung bei der immer noch wachsenden Brutalität und Verlogenheit der Regierung keinen denkenden und fühlenden Menschen in Erstaunen setzen dürfte.

Die reaktionäre „Aufloje Snamja“ in Petersburg veröffentlicht einen bezeichnenden Depeschwechsel zwischen der Elisabethgrader Abteilung des Verbandes des russischen Volkes und dem Truppenchef in Siedee, Oberst Tichanowski. Der Verband beglückwünschte Tichanowski zu der von ihm beim Kampfe mit den Reiterern entwickelten „Schnelligkeit“. Der Oberst antwortete: „Laßt es euch gut gehen, russische Männer, glaubt, eure Bajonette sind höher als Lappen!“ Unter „Lappen“ verstand der Oberst vermutlich die roten Fahnen. Entzückt telegraphierte der Verband zurück: „Hurra russische Bajonette und heldenhafte Oberst!“

Die Danerubewegung schwilt.

Petersburg, 28. September. Im kasanischen Gouvernement beteiligten sich an siebzig Dörfern an den Agrarunruhen. Die Administrationsbeamten wurden getötet und andere Regierungsvertreter flohen. Der Premierminister fragte bei dem dortigen Gouverneur an, warum nicht rechtzeitig Maßregeln ergriffen wurden.

Das Justizministerium arbeitet einen Gesetzentwurf über Ent-
eignung der Majorate und Erbfolge aus. (1)

Wie die Mönche agitieren.

Der Mönchsgeistliche Heliodor, Mitglied der Jaroslauer Ab-
teilung des „Verbandes des russischen Volkes“, nähert sich nach Be-
endigung des Gottesdienstes dem aus der Kirche strömenden Volke,
hält die Leute an und spricht davon, wie dringend nötig es wäre,
„sich vom Joch der Juden und Unruhstifter zu befreien und den
Christusverräter in die erforderliche Abwehr entgegenzusetzen“. Die Agitation des Mönches bringt jedoch wenig
Früchte. Die meisten lehnen sich ab, ohne ein Wort zu sagen. Ein
alter Mann sagte: „Geh, Mönch, bete zu Gott, verwirre nicht das
Volk; geh weg, wir wollen mit dem eigenen Verstande leben;
deinen Verstand brauchen wir nicht.“ („Kowoj Putj“ 21. Sep-
tember.)

Geldsammlungen für Pogromhender.

Das Zentralkomitee des „Verbandes des russischen Volkes“ hat
an die Abteilungen des Verbandes ein Zirkular gerichtet, in dem es
empfehlend, Geldsammlungen zugunsten der Garnison von Siedlee
um ihrer Verdienste im Kampfe gegen die Unruhstifter zu eröffnen.
An vielen Orten ist mit den Geldsammlungen bereits begonnen
worden. („Kowoj Putj“)

Die guten Freunde der russischen Regierung werden immer
dreister und frecher.

Mäkelhaftes Attentat.

Man schreibt uns aus Helsingfors vom 25. September:
In der vergangenen Nacht explodierte in dem Holzstapel der
Reservepolizei-Kaserne eine Bombe. Der starke Luftdruck drückte
viele Fensterscheiben der Kaserne und der benachbarten Häuser
ein. Die Erschütterung war so stark, daß die schlafenden
Polizisten aus ihren Betten geschleudert wurden. Einer trug
dabei Verletzungen an den Händen und am Gesicht davon,
die übrigen blieben unverletzt.

Das Attentat erregt umso größeres Aufsehen, als vor
einigen Tagen bei einer Reparatur an städtischen Wasser-
leitungsröhren Dynamit nebst einer erfolglosen Zündschnur
gefunden wurde. Die Bourgeoisie ist entsetzt und beschuldigt
— selbstverständlich — die Arbeiter, diese Taten begangen
zu haben, obwohl kein begründeter Anlaß zu dieser Ver-
dächtigung vorliegt.

Die Polizei hat keine Spuren der Täter entdecken können.
Aber die bürgerliche Presse gibt sich den Anschein, genug
solcher Spuren zu haben, und sie weist darauf hin, daß die
Arbeiterchaft sich wegen der Auflösung der Roten Garde und
der Vernehmung der Polizei rächen wolle! — Die Arbeiter
erklären diese Attentate für plumpe Provokationen, um die
Konstabler, die sich mit dem arbeitenden Volke solidarisch
fühlen, gegen die Arbeiter aufzubringen und um neue Unter-
drückungsmaßregeln zu rechtfertigen, welche in den Regierungs-
kreisen fortgesetzt geplant werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. September.

Die Massenstreik-Abstimmung. — Anarchosozialismus und Lokalfisten.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Mannheim, 28. September, 5,0 Uhr nachmittags.

Die Abstimmung über die Anträge zum Punkt Massenstreik er-
gab heute morgen das von uns als wahrscheinlich bezeichnete
Resultat. Der Antrag des Parteivorstandes und der Kontroll-
kommission wurde mit 388 gegen 5 Stimmen angenommen, nachdem
er durch einen Teil des Amendements Kautsky erweitert worden
war. Damit ist nunmehr in Uebereinstimmung mit der Mehrzahl
der Gewerkschaftsführer durch Parteitagbeschluss ausgebrochen:
Pflicht jedes Parteigenossen ist, dafür zu wirken, daß die Gewer-
schaftsbewegung allezeit vom Geiste der sozialdemokratischen Ideen-
welt erfüllt sei. Für den amendierten Antrag stimmten auch die
Genossen Legien, von Elm, Wömelburg, dagegen Ge-
nosse Hue.

Der Rest der Vormittagsitzung wurde ausgefüllt mit
der Beratung der Anträge, die sich auf schärfere Bekämpfung
der als anarchosozialistisch bezeichneten Lokalfisten bezogen. Der
Antrag des Parteivorstandes und der Kontrollkommission bedrohte
die Verfechter der anarchosozialistischen Ideen mit dem Ausschluss
aus der Partei und forderte die Mitglieder der Lokalorganisationen
zum Anschluss an die Zentralverbände auf. Ein Antrag von Elm
und von Böhm forderte sogar die Erklärung des Parteitages, daß
die Angehörigen der Lokalorganisationen künftig überhaupt nicht
mehr als Mitglieder in der Partei geduldet würden. Für diese An-
träge trat eine Anzahl Gewerkschaftsführer mit allem Nachdruck ein.
Anarchosozialistische Querstreiber und lokalfistische Sonderbündel
schädigten sowohl die Partei wie die Gewerkschaften, deshalb müsse
endlich einmal ein entscheidender Schritt getan werden. Von der
anderen Seite wurde demgegenüber dargelegt, daß der Begriff des
Anarchosozialismus schwer zu definieren sei, daß ebendies keines-
wegs alle Lokalfisten sich zum Anarchosozialismus bekennen hätten.
Wegen gewisser Konfusionen und Meinungsabirungen können links-
stehende Genossen umso weniger ohne weiteres aus der Partei hinaus-
geworfen werden, als gerade die Befürworter eines solchen
Kaiserschnittes gegenüber ebenso schärfer Konfusionen von
revisionistischer Seite die weitgehendste Toleranz bekundeten.

Zu einer Abstimmung über die Anträge kam es nicht, da ein
Antrag angenommen wurde, über sämtliche Anträge zu diesem
Punkte zur Tagesordnung überzugehen und Parteivorstand und
Kontrollkommission zu beauftragen, dem nächsten Parteitage eine
Resolution im Sinne der Lübecker Resolution vorzulegen. Die An-
nahme dieses Tagesordnungsantrages erfolgte mit großer Mehrheit
und wurde lebhaft applaudiert. Bemerkenswert ist noch, daß durch den
frühzeitigen Schluss der Debatte den zum Worte gemeldeten Genossen
Ströbel und Stadthagen die Möglichkeit genommen wurde,
eine Reihe von Angriffen gegen den „Vorwärts“, dem Lieblingen
mit den Anarchosozialisten vorgeworfen wurde, gefährdend zurückzu-
weisen.

Mannheim, 28. September, 9,20 nachm.

Die Verhandlung über die Paiseier beanspruchte nur wenige
Minuten. Genosse Richard Fischer präzisierte mit wenigen
Worten den Standpunkt, den er im vorigen Jahre in Jena aus-
sprechend dargelegt hatte. Die Jenaer Resolution wurde darauf
debatteelos mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgten die Referate über „Sozialdemokratie und
Volkserziehung“. Genosse Schulz-Bremen, selbst ehemaliger
Volksschullehrer, legte in zweifelhafte, ins Kleinste durcharbeitetem Vor-
trage den sozialdemokratischen Standpunkt zur Erziehungsfrage dar.
Genosse Schulz behandelte im Einverständnis mit der Genossin
Jettin den theoretischen Teil der Frage. Er zeichnete in scharfen
Strichen den historischen Verdegang der Volkserziehungsfrage vom Stand-
punkt des historischen Materialismus. Mit zwingender Logik entwickelte
er, wie das Erziehungsweesen, über das die bürgerlichen Philosophen
und Pädagogen sich heute noch nicht geeinigt haben, weil sie von der
historischen und ökonomischen Bedingtheit der Erziehungsweese nichts
wissen sich im Laufe des geschichtlichen Verdeganges entwickelt und

gewandelt hat. Dem platonischen Erziehungsideal, das den Staatszweck
zur Voraussetzung hatte, folgte das christliche Erziehungsideal der Jen-
seitsflucht, das nach der Reformation den Charakter einer Erziehung zur
Untertanentreueförmigkeit annahm. Der große Pädagoge Comenius,
mehr noch Rousseau, Pestalozzi, Basedow usw. sahen in der Er-
ziehung die Aufgabe zur Ausbildung der harmonischen Persönlichkeit
und gesellschaftlichen Glückseligkeit, während neue Pädagogen das
soziale Moment ausschalteten und die individuelle Erziehung zum Selbst-
zweck erhoben. Der Kapitalismus kann die Erziehung für die Allgemeinheit
nicht durchföhren, weil die Klassencheidung und die Klassenprivilegien
Klassenziehung bedingen. Erst der Sozialismus vermag das Er-
ziehungsweesen für alle gleich zu gestalten und mit der Klassen-
cheidung auch die Schiedung zwischen Kopfarbeitern und Handarbeitern,
von Karrenschiebern einerseits und Architekten und Professoren
andererseits aufzuheben. Dem durch durchsichtige Klarheit sich aus-
zeichnenden, logisch sich lückenlos gliedernden Vortrage folgte starker
Beifall.

Klara Zetkin behandelte den praktischen Teil der Frage:
die Erziehung in der und durch die Familie und die Er-
ziehung des Kindes zum selbstbewußten, aber von sozialem
Empfinden befehltem Menschen. Genossin Zetkin hatte nur eine
knappe Disposition skizziert und sprach frei, mit dem glänzenden
rhetorischen Pathos, das die brillante Rednerin auszeichnet. Es ist
unmöglich, in kurzen Strichen den überreichen Inhalt des Vortrages
auch nur anzudeuten. Der enormen geistigen Leistung entsprach
der physische Kraftaufwand. Das Bureau ersuchte deshalb
die Rednerin, ihr zweifelhaftes Referat abzugeben, und
im Druck den Rest dem mündlich vorgetragenen Teil an-
zuschließen. Einem einstimmig angenommenen Antrage entsprechend
sollen beide Referate in Massenaufgabe verbreitet und einem ein-
zustehenden Bildungsausschuss als Material überwiesen werden.
Genossin Zetkin verließ unter feierlichen Ovationen die Tribüne.
Morgen ist erster Punkt der Tagesordnung das Referat über Straf-
recht, Strafreform und Strafvollzug.

Legitimitätsprinzipien.

Die braunschweigische Regentenschaftsfrage wächst sich
zu einer höchst seltsamen politischen Burleske aus, in
der die Vertreter der verschiedenartigsten Legitimitäts-
prinzipien derart gegeneinander argumentieren und volent-
sieren, daß es einem in die Geheimnisse des Gottesgnaden-
tums nicht eingedrungenen Sterblichen außerordentlich schwer
wird, sich in dem Wirrwarr zurechtzufinden. Zu unserer Ver-
schämung müssen wir gestehen, daß wir bisher noch nicht ge-
wußt haben, daß es so viele Arten von ganzen und halben
Legitimitätsprinzipien gibt, wie die streitenden Parteien zur
Geltendmachung ihrer Forderungen und Wünsche aufzuzählen
wissen. Da gibt es Legitimitisten, die zwar das Legitimitäts-
prinzip im allgemeinen gelten lassen, im besonderen jedoch
nur, soweit es sich dem preussischen Königshause nützlich er-
weist und nicht „die Grundlagen der deutschen Reichs-
verfassung“ negiert. Eine zweite Legitimitistenpezies erkennt
zwar das Anrecht des Herzogs von Cumberland auf den
braunschweigischen Thron an, hält aber nach ihrem Legi-
timitätsprinzip nicht für erforderlich, daß der Herzog selbst
den Thron besteigt, sondern begnügt sich mit einem seiner
Söhne. Eine dritte Sorte hält, bescheidener als
die zweite, bereits dann das Legitimitätsprinzip
für gewahrt, wenn ein mit dem Welfenhause
entfernt verwandter deutscher Prinz, z. B. einer, der eine
welfische Urgroßmutter hat, das Thronchen der braun-
schweigischen Lande erhält. Und eine vierte Sorte wieder
erklärt, alle derartige Meinungen bedeuteten den Bruch mit
dem heiligen Legitimitätsprinzip; der Thron gebühre allein
dem Herzog von Cumberland, ganz gleich, ob dieser auf
Hannover verzichte oder nicht.

Es ist nur allzu erklärlich, daß in diesem kuriosen
Prinzipienrauge auch der braunschweigische Landtag nicht
eingutreffen gewagt, sondern sich in weiser Vorsicht auf die
Erklärung beschränkt hat, daß zwar eine endgültige Regelung
der braunschweigischen Regierungsverhältnisse sehr erwünscht
sei, sich aber dennoch nicht die sofortige Wahl eines neuen
Regenten empfehle, sondern es dem Reichskanzler als Vor-
sitzenden des Bundesrats zu überlassen sei, zur „Beseitigung
der gedachten Gegenstände“ die geeigneten Schritte
zu tun.

Wie seltsam sich in manchen dieser legitimistischen Köpfe
die Welt malt, zeigt ein in der welfischen „Deutsch. Volksztg.“
veröffentlichter „Offener Brief“ eines Herrn von
Plessen auf Reetz in Mecklenburg, eines Legitimitisten
strengster Observanz aus obotritischer Vorzeit. Nach einer
langen Verjüngung auf die Legitimitätsanschauungen des Herrn
L. v. Berlach, der Grafen Roon und Westfalen, Stolberg-
Stolberg ufm. schreibt er:

„Wer hat denn das Recht, einen Fürsten von
Gottes Gnaden zuzulassen oder nicht zuzu-
lassen? Ist nicht schon dieser bloße Ausdruck
„zulassen“ ein Lohn auf alle Legitimität?“

„Wie, wenn heute die sozialdemokratische Mehrheit im Reichs-
tage für sich in Anspruch nähme, bei einem Thronwechsel in
deutschen Ländern allemal erst prüfen zu wollen, ob der Ver-
treffende auch „zugelassen“ werden kann? — Ist denn das
Gottesgnadentum des Königs von Preußen
besser, wie das des Herzogs von Braunschweig?
Sieht man denn nicht, daß man mit solchen Grundsätzen
lediglich die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgt? Die
Sanktionierung der Revolution von oben muß
die Revolution von unten nach sich ziehen!
Justitia fundamentum regnum, an der Wiege des Nord-
deutschen Bundes habe ich die Justitia nicht gefunden.“ (Herr
v. Rollinrod.)

„Hat nicht König Georg V. in einem Schreiben an den König
Wilhelm nach Nikolaburg vom 27. Juli 1886 um die Mitteilung
der Friedensbedingungen gebeten? Hat nicht der Herzog von
Cumberland und zu Braunschweig-Lüneburg ausdrücklich die
Reichsverfassung anerkannt und Preußen um Erweisung bundes-
freundlicher Gesinnung ersucht, ohne je eine Antwort von Preußen
zu erhalten? Ist es nicht an Preußen, die Friedensbedingungen
zu nennen? Warum verweigert Preußen das? Oder gibt
etwa Bundesbruch und Einfall in anderer
Herren Länder ohne nachfolgenden Friedens-
schluss einen Rechtsittel auf das Land? Wirft
man hier legitime Thronerben um ohne jede Gründe?
(Verl. den preuss. italien. Vertrag vom 8. April 1866!)“

Die preussisch-konservervative Partei als solche hat durch San-
ktionierung des Bundesbruchs im Jahre 1866 „von der Revolution
gegesen“ — und wird „daran sterben“, sie ist es bereits; eine
konservervative Partei kann nur wiedererstehen, wenn die „Kon-
servervative“ sich wieder darauf besinnen, daß die einzige Politik,
die Bestand hat, die der unbedingten Wahrung vor dem Recht ist,
das die Anerkennung des „Macht vor Recht“, Anerkennung des
Ziels der Sozialdemokratie ist, und daß das Emporkommen der
letzteren in erster Linie dem Bismarckschen „Macht vor
Recht“ zu verdanken ist. Wie sagte Fürst Bismarck zum kur-
hessischen Minister v. Raumbach? „Daß ich nicht das Recht
zur Annullation habe, weiß ich; ich habe aber die
Macht dazu, und ich gebrauche sie in meinem

Interesse.“ — Das könnte gerade so gut Bebel oder
Singer gesagt haben.“

Dem Ideengang des Herrn v. Plessen haftet der Moder-
geruch längt vergangener Jahrhunderte an; aber er ist
wenigstens konsequent. Wenn der Rechtsittel des Gottes-
gnadentums nur soweit gilt, als er dem Belieben oder An-
sprüchen fremder Fürstenthümer nicht widerspricht, oder er
dem Reichs- bezw. Landesinteresse angepaßt ist, oder die Um-
stände nicht eine Suspension als tunlich erscheinen lassen,
dann ist das ganze Legitimitätsprinzip keinen Pfifferling
wert.

Allerdings müßte nach der Auffassung dieses Legi-
timitisten die ganze braunschweigische Regierungsgeschichte bis
zum Jahre 1830 rückgängig gemacht werden, denn auch die
Regierungsübernahme des von 1831 bis 1884 regierenden
Herzogs Wilhelm erfolgte nicht nach dem heiligen Prinzip
der Legitimität, sondern nach dem Recht der Gewalt. Es
war bekanntlich die braunschweigische September-Revolution
des Jahres 1830, die dadurch daß sie seinen Bruder
Karl zur Flucht zwang, den Herzog Wilhelm auf den Thron
brachte. —

Deutsches Reich.

Mit einem Geheimzirkular aufzuwarten, das ihr „auf den Re-
daktionstisch geflogen“, ist die „Freisinnige Zeitung“ auch
einmal in der Lage. Inbes ist der Gang sehr mager, denn es
handelt sich lediglich um ein Zirkular des sozialdemokra-
tischen Parteivorstandes an die Organisationsleiter, worin
zu eifriger Arbeit an der Organisation und der Verbreitung der
Presse mit Rücksicht auf die nahenden Reichstagswahlen aufgefordert
wird. Die Notwendigkeit solcher Arbeit wird an den geeigneten
Ansprüchen der Gegner nachgewiesen. Irgend welche Geheimnisse
erfahren die Gegner aus diesem Zirkular nicht. Es dient ihnen
denn auch lediglich dazu, um die eigenen Anhänger zur politischen
Arbeit anzuregen. Das wird für unsere Genossen ein Ansporn
sein, nicht zurückzulieken.

Hochwürdige Abonnenten-Akquisiteure. Zum herannahenden
Quartalwechsel sind die Zeitungen aller Parteien eifrigst
bemüht, sich nicht nur ihren Leserkreis zu erhalten, sondern auch
möglichst viele neue Abonnenten heranzuziehen. Am bequemsten hat
es bei diesem Liebeswerben die Zentrumspresse. Sie spannt einfach
die katholischen Pfarrer, Kapläne und Vikare als Abonnenten-Akquisi-
teure ein. Das ultramontane Fraktionsorgan, die Berliner „Ger-
mania“, verzeichnet unterm 28. August 1906 folgendes als „streng
vertraulich“ bezeichnete Schreiben an die Pfarrämter:

„Euch geehrter hochwürdigster Herr! Bei Durchsicht der Post-
bezugslisten hat sich herausgestellt, daß am vorigen Platze kein
einziges Exemplar des Zentralorgans der Zentrumsparthei, der
„Germania“, gehalten wird. Ueber die dringende Notwendigkeit
eines einflussreichen Parteiorgans des Zentrums am Sitze der
Parlamentare sind wohl alle Anhänger desselben einig. Leider
geschieht aber vielerorts noch viel zu wenig, um dieses Unter-
nehmen in einer form lebensfähig zu erhalten, die der Gott sei
Dank, noch stärksten Fraktion im deutschen Reichstage würdig
ist. Aber gerade die „Germania“, welche hier in Berlin, der
nordischen Diasporagegend, erscheinen muß, und der es deshalb
naturgemäß an der lokalen Unterstützung, die den Zentrums-
blättern in guskatholischen Gegenden in so reichem Maße zuteil
wird, fehlt, bedarf der weitgehendsten Berücksichtigung
aller katholischen Kreise Deutschlands, deren Interessen sie vertritt
und deren heiligste Güter sie zu wahren berufen ist. Es müßte
daher doch nicht schwer fallen, an jedem katholischen Orte
wenigstens ein bis zwei Exemplare der Zeitung zu halten, zumal
der Bezugspreis für die zweimal täglich erscheinende Zeitung ein
außerordentlich billiger ist. . . . Sollten Ew. Hochwürden aber
aus irgend welchen Gründen selbst nicht in der Lage sein, die
„Germania“ noch bestellen zu können, so dürfen wir wohl bitten,
einen oder mehrere gutstufierte Einwohner zu einem gemeinsamen
oder Einzel-Abonnement zu veranlassen. „Germania“, Altien-
gesellschaft für Verlag und Druckerei. Müller.“

Deutsche „Sozialreform“. Das Reichsversicherungsamt hat an
alle deutschen Berufsvereinigungen Anfragen darüber gerichtet,
welche Schritte sie unternommen haben, um dem Mißbrauch
geistiger Getränke unter den Arbeitern der ihnen unter-
stellten Betriebe entgegenzutreten. Gleichzeitig werden die Berufs-
vereinigungen aufgefordert, dieser Angelegenheit fortgesetzt ihr
Augenmerk zu schenken.

Durch künstliche Verteuerung der Lebensmittel, durch eifrigste
Behinderung der Bestrebungen der Arbeiterorganisationen auf Hebung
der Lebenshaltung und Verkürzung der Arbeitszeit wirken die ver-
blüdeten Regierungen und ihre diversen Behörden mit allen Kräften
dahin, der Schnapspest die Tore so weit wie möglich zu öffnen. —
Und hinterher erläßt das Reichsversicherungsamt papierene Zirkulare
gegen den Mißbrauch geistiger Getränke! Eine wahrhaft praktische
Methode! —

Fleischnot und Fleischverbrauch.

Durch die konservervative Presse läuft die aus den „Verl. Pol. Nachr.“
stammende Behauptung, die Ursache der jetzigen Fleischnot sei nicht
in der zu geringen deutschen Viehproduktion, sondern darin zu suchen,
daß neben der normalen mit der Bevölkerung Hand in Hand gehenden
Steigerung des Fleischverbrauchs eine starke, beinahe sprunghaft
auftretende Vermehrung des Verbrauchs eingetreten sei. Das schöne
Verlegenheitsgerede stellt sich sofort als Schwindel heraus, wenn
man die neuesten statistischen Angaben über Bevölkerungszuwachs
und Fleischverbrauch in Betracht zieht.

Die Bevölkerung des Deutschen Reiches und des Zollgebiets ist,
wie schätzungsmäßig festgestellt worden ist, von 1905 bis 1906 ge-
stiegen von 60 246 000 auf 61 102 000 Personen. Die Zahlen der
im 2. Vierteljahr 1905 und 1906 im ganzen Reich beschauten Schlach-
tiere sind hingegen folgende:

	1905	1906
Ferde und andere Einhufer	29 234 Stück	28 948 Stück
Ochsen, Bullen und Kühe	675 916	662 122
Jungvinder und Kälber	1 588 106	1 476 507
Schweine	3 143 114	2 981 888
Schafe	484 033	486 138
Ziegen	152 931	170 906
Gunde	947	1 013

Hiernach ist die Bevölkerung gewachsen um 856 000 Personen
innerhalb eines Jahres, während im gleichen Zeitraum die Zahl der
geschlachteten Ferde usw., des gesamten Rindviehes und der Schweine
von 5 896 890 auf 5 149 465 Stück, also um 246 925 Stück zu-
rückgegangen ist. Nur bei den Schafen, Ziegen und Gunden
ist ein Aufschwung, der natürlich nur durch die Fleischnot herbeige-
führt ist, zu verzeichnen.

Das Spremberger Eisenbahnunglück und die beleidigte preussische Eisenbahnverwaltung.

Vor der Strafkammer IV des Landgerichts Hamburg fand
am Donnerstag ein Nachspiel zu dem verhängnisvollen Sprem-
berger Eisenbahnunglück statt. Der derzeitige Redakteur des in
Hamburg erscheinenden „Bedruf der Eisenbahner“, Karl Weiß
in Tredden-Löbtau, soll in einem den Unfall behandelnden Artikel
den inzwischen verstorbenen Eisenbahnminister Ludde beleidigt
haben. Der Minister hat kurz vor seinem Tode gegen B. Straf-
antrag gestellt. Der inkriminierte Artikel erschien in der Nummer
vom 18. Januar des „Bedruf“ und war betitelt: „Die schwere
Betriebsunfälle von Spremberg vor dem preussischen Abgeord-
nethause und dem Landgericht in Kottbus“ und beschäftigte sich
mit der Interpellation im Abgeordnetenhause und der Antwort des

Ministers Dubde. In der sich schon schließenden Kritik über u. a. ausgeführt: „Es bleibt bei der fluchwürdigen Sparpolitik, das dem Militär- und Marineetat Millionen über Millionen in den Taschen wirft auf Kosten der Gesundheit und des Lebens von Beamten, Arbeitern und Publikum!“ Der Angeklagte erklärte, eine Beleidigung des Ministers Dubde habe ihm ferngelegen; den Artikel habe er auf Grund eines Berichtes des konservativen „Dresdener Anzeigers“ verfaßt und die Kritik der „Leipziger Volkszeitung“ wörtlich entnommen, gegen die kein Strafverlangen gestellt sei.

Nach Verlesung des 70 Seite langen Urteils des Landgerichts Kottbus vom 20. Dezember 1901 gegen den Eisenbahnassistenten Stulz und zwei Weichensteller denen die Schuld an der Katastrophe zur Last gelegt wurde, belandete Geheimrat Oberbaurat Piernay, der aus im Kottbusser Prozeß als Sachverständiger fungierte, daß die Schuld an dem Eisenbahnunfall nicht an irgend welchen Sperranlagen noch an einer Ueberbürdung der beschuldigten Beamten liege. Auf der Strecke seien keine Mängel zu ermitteln gewesen, ebenso nicht in den sonstigen Einrichtungen und der Befehle. Es sei ein weitverbreiteter Irrtum, wenn behauptet werde, daß zweigleisige Strecken mehr Sicherheit böten für die Verkehrssicherheit. Nichts sei freilich, daß ein Zusammenstoß zweier von entgegengesetzten Richtungen kommender Züge, wie es hier der Fall war, ausgeschlossen sei. (Ra also!) Zur Verhinderung solcher Unfälle auf eingleisigen Strecken seien aber bewährte Vorrichtungen vorhanden, deren aufmerksame Bedienung Sache der damit beauftragten Beamten sei.

Vorsitzender Landrichter Dr. Peine: Ist Ihnen etwas von einer Ueberbürdung der Beamten auf preussischen Eisenbahnen bekannt? — Sachverständiger: Davon kann keine Rede sein. Es sind von erfahrenen Sachverständigen Grundzüge über die Dienstdauer der Beamten festgestellt, die von den Eisenbahnverwaltungen sämtlicher Bundesstaaten anerkannt worden sind. In keinem einzigen Falle bei irgend einer Beamtenkategorie ist die Grenze der Leistungsfähigkeit überschritten. Im Gegenteil ist man bestrebt, den Beamten das weitestgehende Wohlwollen zu erweisen. Nirgends werden auf Kosten der Beamten dem Staat irgend welche Vorteile verschafft. (Dem Herrn Sachverständigen scheinen mir in die unterschiedlichen Gerichtsurteile, in denen von der langen Arbeitszeit und Ueberbürdung der Eisenbahnbeamten und von hierdurch verursachten Betriebsunfällen die Rede ist, unbekannt geblieben zu sein.)

Der Staatsanwalt hielt bei der sozialdemokratischen Tendenz des „Reden“ den Angeklagten für schuldig. Es sei ihm darum zu tun gewesen, Staatseinrichtungen verächtlich zu machen. Der Antrag lautet auf 300 M. Geldstrafe. Der Verteidiger Dr. Witt erwidert, der Minister hätte sich gar nicht beleidigt fühlen können, da nicht er, sondern das von ihm übernommene System freigesprochen worden sei. Dem Angeklagten müsse der Schutz des § 193 zugestanden werden.

Nach mehrstündiger Beratung des Gerichts wurde der Angeklagte kostenlos freigesprochen. Begründend wurde ausgeführt, daß die Kritik des Ministers hinsichtlich des von ihm angeblich belästigten Sparsystems objektiv unrichtig sei, weil das Spremberger Unglück, wie das Kottbusser Urteil in Verbindung mit der Aussage des Sachverständigen ergebe, nicht auf verkehrte Einrichtungen, sondern auf Verschulden mehrerer Personen zurückzuführen sei. Wenn jemand ein System angreife, es ein fluchwürdiges nenne, so enthalte das eine schwere Beleidigung des obersten Repräsentanten des Systems. Doch müsse dem Angeklagten der Schutz des § 193 zugestanden werden, da es jedem Staatsbürger freistehe, Kritik an Einrichtungen zu üben. Der Angeklagte habe als Redakteur eines gewerkschaftlichen Blattes das seiner Meinung nach ungerichtete Sparsystem der Eisenbahnverwaltung treffen wollen, mithin müsse angenommen werden, daß es ihm nur um die Kritik dieses Systems zu tun war. Obwohl er sich in der Form vergriffen habe, müsse nach den dargelegten Gründen auf Freisprechung erkannt werden.

Herr Erzberger hat neulich die Behauptung aufgestellt, zwei Berliner Blätter seien von der Kongo-Regierung bestochen worden. Die bürgerlichen Zeitungen drängten auf Kamekennung — weniger aus Heiligkeitgründen natürlich als in der Hoffnung, unter den zwei Blättern könnte sich vielleicht auch das eine oder das andere ihrer Konkurrenzorgane befinden.

Herr Erzberger stellt nun aber etwas zu große Anforderungen an die Redlichkeit seiner Mitmenschen; denn er sucht sich aus der Affäre zu ziehen durch die Behauptung: nach den Namen der beiden Blätter habe er seinen Gewährsmann nicht gefragt!

Wenn man nicht wüßte, daß Herr Erzberger der Zentrums-Partei angehört — nach dieser Leistung allein könnte es keinem Zweifel unterliegen. —

Beleidigte Richter. In der „Zeff. Ztg.“ vom 16. August vorigen Jahres erschien ein Artikel über die Verhandlung gegen den Grafen Pädler-Klein-Eschirne wegen Falschung und Beleidigung vor der Glogauer Strafkammer. Wegen dieses Artikels war Klage erhoben gegen den verantwortlichen Redakteur des genannten Blattes Albert Wähing wegen Beleidigung des Glogauer Gerichts. In der Verhandlung am Mittwoch zu Frankfurt a. M. bestritt der Angeklagte, daß der Artikel den daraus hergeleiteten Vorwurf der Parteilichkeit gegen die Richter enthalte. Das Gericht hielt aber die Beleidigung für vorliegend und verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 100 Mark.

Es handelte sich um einen Bericht, der allzu respektvoll, von der sonst Angeklagten zuteil werdenden erheblich abweichende Behandlung des angeklagten Grafen behauptete. Wegen Nachdruck dieses Berichtes wurde bereits der Genosse Niem-Dresden von der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ als Verantwortlicher des Kopierblatts der „Görlitzer Volkszeitung“ vom Görlitzer Landgericht mit einer höheren Geldstrafe belegt. —

Husland.

Ungarn.

Es wird weiter gelogen!

Der Kossuthpartei gelang es, den Londoner City Club zu einem Besuche in Budapest zu bewegen. Es soll nämlich heißen, daß Liberale zu „Liberalen“ gekommen sind. Wie es aber mit dem Liberalismus in Ungarn bestellt ist, das beweist zur Genüge der Umstand, daß die Anhänger der „Unabhängigkeitspartei“ Kossuth, Apponyi und Polanyi mit dem ausgesprochen reaktionären Blick in einem Kabinett Platz nahmen. Ganz abgesehen davon aber wäre es auch sonst der größte Unsinn, den edlen Grafen Apponyi und den Handelsagenten Polanyi für liberal zu halten.

Die Engländer also wollten die magyarischen „Liberale“ Institutionen kennen lernen. Woher solche genommen werden sollen, darauf war man wahrlich sehr neugierig. Doch nicht so die ehrbare Koalition. Sie kommt niemals in Verlegenheit! Es mußte daher gelogen werden, und da das Lügen bei dieser Interessengruppe bereits zur Tugend geworden ist, so wurde dem Handelsminister Kossuth die Ehre zu teil,

vor den Engländern einen längeren Vortrag über „Arbeiterverhältnisse und soziale Gesetzgebung Ungarns“ zu halten. Lauter Poteminsche Dörfer wurden den Engländern gezeigt, und damit sie die Lügen verdauten, hat man sie von Banett zu Banett geschleppt.

Da unsere ungarischen Genossen das Treiben der Koalition nur zu gut kennen, so ließen sie unser Bruderorgan „Népszava“ in einer englischen Separatausgabe erscheinen, in der die gesamten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse Ungarns ganz objektiv, der Wahrheit entsprechend dargestellt werden. Die Koalition war verblüfft, da die Engländer von ihr bereits ganz entzückt schienen.

Doch nicht nur unsere Genossen, sondern auch ein bürgerliches oppositionelles Organ, das „Magyar Szó“ hat mitgewirkt, der Koalition das Geschäft zu verderben, indem einem jeden der englischen Gäste das Blatt zugesandt wurde, dessen Leitartikel gleichfalls in englischer Sprache verfaßt war und folgenden Wortlaut hatte: Gentlemen!

„Sie haben die ungarische Regierungspartei mit Ihrem Besuch beehrt. Wissen Sie, zu wem Sie gekommen sind? Wissen Sie, daß diese Partei zur Regierung gelangte, indem sie sich bei allem beteiligte, was sie zu der Zeit, als sie in der Opposition war, als Vaterlandsverrat brandmarkte? Daß sie all dies unternahm, um die im Zuge befindliche Volksbefreiung, das allgemeine, geheime Wahlrecht, die zur Zurückhaltung der Auswanderung von Bauern (deren jährlich 300 000 das Land verlassen) geplante Parzellierung zu verhindern? Und sie hat dies unternommen, um die Feudalherrschaft wieder aufzurichten. Wissen Sie, daß diese Partei die Pressefreiheit, die Freiheit der Meinungsäußerung, die Versammlungsfreiheit mit Füßen tritt? Wissen Sie, daß diese Partei in Ungarn die Unabhängigkeit der Gerichte sistierte? Wissen Sie, daß diese Partei Ludwigs Kossuth verleugnet? Wenn Sie, die Mitglieder der liberalen Partei Englands, all dies wissen: warum sind Sie hergekommen unter diese Leute? Wenn Sie es aber nicht wußten, dann kehren Sie um und reisen Sie heim, beschämt, daß man Sie so irreführen konnte! Dabei aber erzählen Sie, daß Sie in dem schönsten, gefegneten Lande der Welt waren, aus dem jedoch dank der Rücksichtslosigkeit und dem Egoismus seiner Führer jährlich 300 000 Menschen flüchten müssen!“

Sind nun die bürgerlichen Redakteure des „Magyar Szó“ auch „vaterlandslose Gesellen“?

Nach Ansicht der Koalitionssippe ganz gewiß! — Die Doppellektion, die den Herrschaften hier erteilt worden ist, würde allen w e n i g e r dichthäutigen Politikern zu denken geben. Aber diese Bande läßt sich so leicht nicht verblüffen. Es wird weiter gelogen werden! —

Belgien.

Die Kongofrage in der Kammer.

Wie das „Kerfale XX. Siebel“ („20. Jahrhundert“) mitteilt, hat die Regierung die Absicht, das seit Jahren schlummernde Gesetzesprojekt über die künftige Verwaltung des Kongostaates zu Beginn der kommenden Session der Kammer zur Beratung vorzulegen, wozu sich übrigens das Haus durch die derzeitige Annahme der Resolution Deernaert verpflichtet hat. Die Meinung allerdings, die das Kerfale Blatt daran knüpft, daß am Ende eine Annektion des Kongostaates in einem nicht allzu fernem Zeitpunkt, „früher vielleicht, als vorausgesehen war“, bevorzähle, ist nach den letzten absolutistischen Erklärungen des Königs etwas naiv. Uebrigens ist die Diskussion des in Rede stehenden Verwaltungsgesetzes durch die Intrigen des Königs jahrelang hintertrieben worden, trotzdem es in seiner derzeitigen reaktionären Fassung von einer durchgreifenden Reform sehr weit entfernt ist. — Wie immer die Haltung der Regierung sein wird, jedenfalls wird das Haus eine gründliche Debatte über die sogenannten Reformdekrete und die absolutistische Erklärung des Königs zu bestehen haben.

Die Kammer wird am 13. November eröffnet. —

Schweden.

Die „Bankplünderungs-Revolutionäre“.

Nach dem Bericht der Stockholmer Polizei über die Bankplünderungspläne soll der Student der Pharmazie Rymann, der als der Hauptmacher gilt, geäußert haben: „Ich war niemals für Bankplünderungen eingenommen, aber was soll man machen, wenn man die Aufforderung dazu vom Zentralkomitee erhalten hat?“

In seiner Mittwochsnummer veröffentlicht „Social-Demokraten“ eine Erklärung Hine Berggrens zu der Angelegenheit. Darin wird ausdrücklich hervorgehoben, daß sowohl das russische sozialdemokratische wie das sozialrevolutionäre Zentralkomitee sich entschieden gegen Bankplünderungen, auch gegen solche in Rußland selbst, gewandt haben; dann heißt es weiter:

„Vor anderthalb Wochen war ein Mitglied des Zentralkomitees der russischen sozialdemokratischen Partei hier in Stockholm, und bei einem Besuch, den er mir abstattete, möchte er mich darauf aufmerksam machen, daß, wenn irgend welche Plünderungen hierher kämen und sagten, sie hätten an Bankplünderung teilgenommen, wir uns nicht einbilden sollten, daß derartige im Namen oder mit Billigung der Partei unternommen werden wäre. — „Russische Bankplünderungen“ — wie einige Zeitungen schreiben — ist ein ganz irreführender Ausdruck. Kein Russe war hier je daran beteiligt. Und die russischen Revolutionäre haben sich, wie gesagt, gegen eine solche Tat in ihrem Heimatland erklärt. Sie müssen selbstverständlich unumkehrbar dagegen sein in einem Lande, wo sie in den Tagen der Verfolgung eine Freistätte gefunden haben und finden können. Es verdient in diesem Zusammenhang erwähnt zu werden, daß von Schweden noch kein russischer Revolutionär an Rußland ausgeliefert worden ist und daß auch keiner wegen seiner Ansichten oder wegen Teilnahme an der Revolution ausgewiesen worden ist. Wäre das auch nicht geschehen!“

Der „Chef“ der „Roten Garde“, Luoto, der offenbar mit dem Bankplünderungsplan zu tun hatte und ja auch mit verhaftet worden ist, wird in der sozialdemokratischen Presse als eine Person geschildert, die in keiner Weise auf Vertrauen in der Arbeiterklasse Anspruch erheben kann. In „Social-Demokraten“ wird seine Handlungsweise u. a. wie folgt geschildert:

„Während der finnischen Revolutionswoche gelang es ihm, sich mit Hilfe seiner Anhänger zu einem wichtigen Vertrauensamt in der damals neu gegründeten Roten Garde aufzuwickeln. Er nennt sich nun „Chef der Roten Garde“; aber dazu hat er kein Recht; denn die Garde ist bekanntlich aufgelöst, und was davon übrig geblieben ist, das ist lediglich Luotos Schar, die den Namen der Roten Garde annahm und Luoto zum „Chef“ erlor.

Wie er dies Vertrauen mißbrauchte, ist allbekannt. Er verschwendete zunächst einige tausend Mark aus der Kasse der Garde. Was die Mitglieder mit Mühe und Schwweiß gesammelt, das wurde von Luoto und seinen nächsten Vertrauten verpraßt, und viel wäre zu berichten über die wilden Sauforgien, die die werten Herren veranstalteten.

Gewiß suchte er das Verschwinden der Kasse damit zu erklären, daß das Geld „zu geheimen Masseneinkäufen“ gebraucht worden sei, aber bis jetzt hat keiner irgend etwas auch nur von einem Restposten gesehen, und die Garde wartet noch immer auf den Rechenschaftsbericht!

Nach Vergewand der Kasse verschwand — auf unerklärliche Weise — der Kassierer der Roten Garde. Wie er aus dem Wege geräumt wurde, das weiß keiner; vielleicht weiß es aber Luoto, der einige Papiere brauchte, die der verschwindende Kassierer in Verwahrung gehabt hat.“ — — —

Nach allem muß man auf den Gedanken kommen, daß auch hier die russischen Regierungs-Banden ihre unsauberen Hände im Spiele haben und daß durch jene Mächte das Mordrecht verächtet werden soll, daß die russischen Plünderer in Schweden trotz aller Polizeihilfen bis jetzt noch immer gehen. —

Persien.

Auf dem Wege zum Parlament. Teheran, 27. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Schah ist bei seiner Rückkehr aus der Sommerresidenz hier enthusiastisch begrüßt worden. Die Stadt war illuminiert.

Die Zusammenstellung der Wahllisten zum Parlament hat bereits begonnen. Die Eröffnung der Abgeordnetenversammlung erfolgt nach einem Monat. —

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Mannheim.

(Telegraphischer Bericht.)

Mannheim, 23. September.

Fünfter Verhandlungstag.

Vormittagsitzung.

Beginn 8 1/2 Uhr.

Der Vorsitz führt Singer.

Zunächst wird folgende Erklärung Adolf Hoffmann-Dein verlesen:

Als Genosse Vebel in seiner gestrigen Schlussrede darauf hinwies, daß die deutsche Regierung, wenn sie in die russische Revolution militärisch eingreifen will, die Zustimmung des Reichstages brauchen und den Reichstag einberufen würde, machte ich den Zwischenruf: „Die macht's auch ohne das!“ worauf Vebel erwiderte: „Das sagt ein Reichstagsabgeordneter!“ Um jeder falschen Auslegung des Zwischenrufes vorzubeugen, erkläre ich, daß gerade meine Erfahrung als Abgeordneter (Truppenabteilungen nach Südwestafrika usw.) die Veranlassung zu diesem Zwischenruf gab, da ich bei dem persönlichen Regiment und seiner Pflichten es nicht nur für möglich, sondern sogar für wahrscheinlich halte, daß die jetzige Majorität des Reichstages die später nachgefragte Zustimmung erteilt, wenn der Vertreter der Regierung selbstverständlich erklärt: es war zum Schutze deutscher Interessen und deutschen Kapitals notwendig.

Als nicht die mangelnde Kenntnis der Verfassung sondern das mangelnde Vertrauen zur Regierung und zur Majorität des Reichstages war die Ursache des Zwischenrufes. (Lebhafter Beifall.)

Darauf tritt der Parteitag in die Tagesordnung ein.

Singer:

Wir kämen zunächst zur Abstimmung über die zum Punkt Massenstreik gestellten Resolutionen und Amendements. Ich schlage Ihnen vor, die Resolution 136 als Grundlage für die Abstimmung zu nehmen, zu deren ersten und zweiten Teil die Amendements gestellt sind. Ich schlage weiter vor, daß diese Resolution 136 durch Vorabstimmung über die Amendements den Wortlaut erhält, den der Parteitag für richtig befindet.

Zum ersten Teil der Resolution liegen vor: das Amendement Legien-Vebel 171; es lautet: der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagbeschluss zum politischen Massenstreik und hält nach der Feststellung, daß der Beschluss des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht mit dem Jenaer Beschluss, allen Streit über den Sinn des Kölner Beschlusses für erledigt; um zweiten Teil der Antrag 170 (K a u t s c h) und der Antrag 163 (D u a r d u. G e n.). Die Unterzeichneten beantragen:

1. In der Resolution Vebel im zweiten Teil, dritte Zeile von oben liest:

Dieselben stehen an Wichtigkeit hinter der sozialdemokratischen Partei nicht zurück

zu fügen:

Sie sind nicht minder notwendig wie die sozialdemokratische Partei.

2. An den Schluß der Resolution folgenden Passus anzuschließen:

Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken und sich bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit wie bei jeder anderen öffentlichen Betätigung an die Beschlüsse der Parteitage gebunden zu fühlen in dem Sinne, wie es Genosse Bömelburg definiert hat. Dies ist geboten im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung selbst, denn die Sozialdemokratie ist die höchste und umfassendste Form des proletarischen Klassenkampfes, und keine proletarische Organisation, keine proletarische Bewegung kann ihrer Aufgabe vollständig gerecht werden, die nicht vom Geiste der Sozialdemokratie erfüllt ist.

Karl Kautsch mit 32 Genossen.

Wenn die Resolution in der Form, wie sie durch die Vorabstimmung sich ergeben wird, angenommen wird, würde ich sämtliche dazu sonst noch vorliegenden Anträge (58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 142, 145, 149, 167) für erledigt erklären. In anderen Fällen würde der Reife nach über sie abgestimmt werden.

Auf Grund genügend unterstützter Anträge würde die Abstimmung über das Amendement Legien-Vebel (171), über das Amendement Kautsch (170) und über die Gesamtresolution eine n a m e n t l i c h e sein.

Kautsch (zur Geschäftsordnung): Ich habe Ihnen eine Mitteilung zu der Abstimmung zu machen. Wir haben unsere Resolution eingebracht — den Schlussatz — weil wir es für notwendig hielten, daß diese Grundsätze klipp und klar von dem Parteitag angenommen würden. Nun hat sich aber im Laufe der Diskussion das Sonderbare herausgestellt, daß sich eine ganze Reihe von Rednern, darunter der Referent selbst, erklärt haben, diese Grundsätze seien selbstverständlich, sie müßten aber abgelehnt werden aus gewissen opportunistisch-taktischen Rücksichten. Wenn wir nun jetzt über unseren Antrag abstimmen, so stimmen wir nicht darüber ab, ob diese Grundsätze richtig sind, sondern ob diese opportunistischen Gründe maßgebend sind. (Unruhe und Zurufe. Glocke des Vorsitzenden.)

Singer: Ich habe mit dem Genossen Kautsch ausdrücklich verabredet, als er mir mitteilte, er wolle den Antrag zurückziehen und verlange das Wort dazu, daß er auf eine Begründung seines Antrages auf Zurückziehung nicht eingehen könne. Ich habe ihn einige Sätze sprechen lassen, um den Sinn der Zurückziehung klarzulegen aber ich möchte bitten, keine längeren Ausführungen zu machen.

Kautsch: Ich glaube, der Sinn ist ganz klar. Nach den vorausgegangenen Ausführungen wäre die Abstimmung gefälscht gewesen und hätte nicht die richtige Stimmung des Parteitages wiedergegeben. Um dem zu entgegen und eine einstimmige Annahme der Resolution zu ermöglichen, ziehen wir unseren Antrag, das heißt den Schluß derselben zurück. (Bravo!)

Singer: Damit würden wohl auch selbstverständlich die zu diesem Teile der Resolution gestellten Amendements (164 und 165) zurückgezogen sein. Auch Antrag 166 ist zurückgezogen.

Antrag Adolf Braun mit 19 Genossen zu Antrag 136: Der erste Satz ist folgendermaßen zu formulieren: „Der Parteitag beharrt auf der Ueberzeugung, daß der Massenstreik ein wichtiges und unter Voraussetzungen, zu denen die Reaktion führen kann, unentbehrliches Kampfmittel nicht nur der politischen, sondern auch der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung ist.“

Stadthagen: Darf ich fragen, von wo an die Nummer zurückgezogen sein soll? Hier wird angenommen, lediglich von den Worten „Dies ist geboten“ an (Widerpruch).

Singer: Ich habe die Erklärung nicht anders auffassen können, als daß Kautsch seine Resolution aufrechterhält bis zu den Worten: „Dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werden.“

Kautsky: Nein, wir halten die Resolution aufrecht bis zu den Worten „In diesem Sinne zu wirken“.

Singer: Danach bleiben doch die zu der Resolution Kautsky gestellten Amendements zurückgezogen. Ich möchte nun meinen, daß der Antrag auf namentliche Abstimmung über die früher bestandene Resolution Kautsky nur den Sinn hatte, die jetzt zurückgezogenen Sätze zur besonderen Abstimmung zu bringen, während ja über die ersten Sätze Einmütigkeit in der Diskussion geherrscht hat. Wenn das der Fall ist, würde sich diese namentliche Abstimmung erübrigen (Zustimmung der Antragsteller).

Wir kommen nun zu Nr. 1 der Resolution 136, hierzu liegt vor das Amendement 171 (Legien-Bebel). Die Abstimmung über dieses Amendement 171 wird namentlich sein.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung ist die Annahme des Amendements Legien-Bebel mit 323 gegen 82 Stimmen. Mit Nein stimmen Baumert-Lahr; Otto Braun-Königsberg; Ehardt-Salzungen; Eichhorn-Durlach; Hermann von Elm-Dramfeld; Ewald-Berlin; Paas-Pforzheim; Marie Sed-Offenburg; Gewehr-Eberfeld; Geber-Leipzig; Goldstein-Rwidau; Grauer-Richtenberg; Grenz-Leipzig; Grunow-Ober-Schöneweide; Grünig-Niel-Gaarden; Gündel-Johanngeorgensadt; Haberland-Barmen; Hagen-Leipzig; Häuser-Steinberg; Heinrichs-Niedorf; Henning-Erfurt; Hoffmann-Hamburg; Kahle-Altona; Kautsky-Berlin; Kimmell-Hamburg; Kih-Geiz; Knaut-Meerane; Krohn-Konstanz; Ledebour-Berlin; Lipinski-Leipzig; Lehmann-Mannheim; Lohmann-Einbed; Rosa Luxemburg-Bromberg; Raab-Berlin; Martin-Milhausen; Müller-Burgen; Müller-Zwidau; Riendorf-Niel; Volkender-Leipzig; Raute-Eilenburg; Reihhaus-Erfurt; Rindfleisch-Niel; Rönnau-Schleswig; Schneider-Berlin; Schulz-Bremen; Schulz-Berlin; Schwarz-Lübeck; Sasse-Schwelm; Seige-Wöfned; Seitel-Richtenberg; Stengels-Hamburg; Stolle-Gesau; Störz-Speter; Stubbe-Hamburg; Sühling-Mannheim; Thiel-Kempelhof; Winter-Offenburg; Wimmer-Wolfenbüttel; Wollermann-Schöneberg; Wartig-Neuenhagen; Zieg-Hamburg und Zubeil-Berlin.

Kunze wird die Abstimmung über das Amendement Kautsky Nr. 170 vorgenommen: Zum ersten Teile dieses Amendements sind Änderungsanträge nicht gestellt, zum zweiten Teile erster Satz liegt das Amendement Quard Nr. 163 vor:

163. Im Amendement Kautsky zur Resolution Bebel im 2. Absatz am Schluß des ersten Satzes an Stelle: „beherrscht werden“, „erfüllt werden“ zu setzen.

Quard mit 20 Genossen.
Dieses Amendement wird angenommen. In der Abstimmung über die so gestellte Resolution Kautsky wird Nr. 1 angenommen und ebenso Nr. 2, deren Text bis zu dem Worte: „wirken“ reicht.
Damit hat der Antrag Bebel (Nr. 136) folgende Gestalt erhalten:

I.
Der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagbeschlus zum politischen Kampfstreit und hält nach der Feststellung, daß der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht mit dem Jenaer Beschluß, allen Streit über den Sinn des Kölner Beschlusses für erledigt.

Der Parteitag empfiehlt nochmals besonders nachdrücklich die Beschlüsse zur Nachachtung, die die Stärkung und Ausbreitung der Parteioorganisation, die Verbreitung der Parteipresse und den Beitritt der Parteigenossen zu den Gewerkschaften und der Gewerkschaftsmittglieder zur Parteioorganisation fordern.

Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Kampfstreits für gegeben erachtet, hat derselbe sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen.

II.
Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig für die Hebung der Klassenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft; sie sind nicht minder notwendig wie die sozialdemokratische Partei, die den Kampf für die Hebung der Arbeiterklasse und ihre Gleichberechtigung mit den anderen Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiet zu führen hat, im weiteren aber über diese ihre nächste Aufgabe hinaus die Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung und Ausbeutung durch Aufhebung des Lohnsystems und die Organisation einer auf der sozialen Gleichheit aller beruhenden Erzeugungs- und Austauschweise, also der sozialistischen Gesellschaft, erstrebt, ein Ziel, das auch der Klassenbewusste Arbeiter der Gewerkschaft notwendig erstreben muß. Beide Organisationen sind also in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen.

Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralkomitees der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.

Um aber jene Einheitslichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Kampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken.

Die so gedachte Resolution wird in namentlicher Abstimmung mit 388 gegen 5 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen nur Dr. Aiberth-Ingolstadt, Ehardt-Salzungen, Hermann von Elm-Dramfeld, Grunow-Nieder-Barmen und Queffen.

Das Resultat der Abstimmung wird mit Beifall begrüßt.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Singer: Es ist wünschenswert und würde zur Abkürzung der Verhandlungen beitragen, wenn wir im Anschluß an diese Diskussion die Anträge verhandeln würden, die sich noch auf das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei beziehen. Eine Behandlung dieser Anträge unter dem Eindruck der vorhergehenden Diskussion würde sehr nützlich sein.

Der Parteitag ist mit diesem Vorschlage einverstanden.

Es handelt sich um den Antrag 160, der an Stelle des früher eingereichten Antrages 147 steht, ferner um die Anträge 162, 163 und 167, die sämtlich genügend unterstützt werden. Nicht genügend unterstützt werden die Anträge 104, 105, 129, 133, 1 und 146.

Außerdem liegt vor ein genügend unterstütztes Amendement Dunder-Dresden, dem Antrag 162 hinzuzufügen: „und erwartet, daß ihrem Eintritt dort nichts in den Weg gelegt wird“.

Gleichfalls genügend unterstützt ist folgende Resolution Zubeil, die an Stelle der Anträge 160 und 162 treten soll:

Es treten bedauerlicherweise immer bewußter Tendenzen hervor, die die gewerkschaftlichen Organisationen in den Dienst anderer, die die deutsche Sozialdemokratie gesüßentlich bekämpfenden Bewegungen stellen und eine Agitation gegen die Partei fördern wollen. Da durch dieses Treiben die Ausbreitung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen aufs schwerste geschädigt wird, erklärt der Parteitag:

Die anarcho-sozialistischen Bestrebungen sind mit den Zielen und Interessen der Sozialdemokratie ebenso wenig vereinbar, wie die politischen Bestrebungen anderer Parteien. Die Parteipresse hat daher die Pflicht, die anarcho-sozialistische Bewegung wie jede der Sozialdemokratie feindliche Bestrebung aufs entschiedenste zu bekämpfen. Die Parteigenossen haben die Aufgabe, Personen, welche für diese anarcho-sozialistischen Bestrebungen eintreten und für sie agitieren, ebenso wenig wie die Anhänger anderer Parteien in ihren Reihen zu dulden. Diejenigen Parteigenossen, welche in den lokalen Gewerkschaften organisiert sind, ersucht der Parteitag in Uebereinstimmung mit der Resolution des Lübecker Parteitags, sich den zentralorganisierten Gewerkschaften anzuschließen.“

Singer: Ich nehme an, daß das Amendement Dunder auch für diese Resolution gelten soll. (Zustimmung.)

Endlich steht noch das Amendement 160 zur Debatte.

Im zweiten Absatz zweite Zeile des Amendements 162 sind die Worte: „den Zielen und“ zu streichen.

Das Wort zur Begründung der Resolution 160 erhält v. Elm: Wenn es auf meine Version allein ankäme, würde ich den Antrag 160 zurückziehen. Dazu bin ich aber nicht in der Lage, da der Antrag von einer größeren Zahl von Genossen unterschrieben ist. Der Unterschied zwischen unserem Antrage und dem Antrag 162 des Parteivorstandes ist kurz folgender: Zunächst wird in unserem Entschlusse die Veröffentlichung von Teilen des Protokolls der Gewerkschaftskongressen verurteilt. Nachdem dies bei den vorausgegangenen Debatten von allen Seiten auch vom Parteivorstand mit aller Entschiedenheit geschehen ist, könnten wir uns damit vollständig genügen lassen.

Dann wird in dem Antrag 160 verlangt, daß die Anarcho-Sozialisten aus unseren Reihen ausgeschlossen werden. Ich will das so erklären, daß ein Teil der Antragsteller, als wir die Resolution berieten, sich für einen direkten Ausschluß nicht ohne weiteres erklären konnten. Die neueste Nummer der „Einigkeit“ erklärt nun aber folgendes: „Unser Weg ist vorgezeichnet. Allen revolutionären Geistern innerhalb der deutschen Proletariatsklasse sind die Türen unserer Organisation geöffnet. Wir werden trotz Parteitagbeschlüssen als gewerkschaftliche Kampfororganisation den Beschlüssen folgen, die auf unseren Kongressen gefaßt werden. (Hört, hört!) Als Gewerkschaft gelten für uns die Beschlüsse des siebensten Kongresses der vereinigten deutschen Gewerkschaften.“ Nachdem so die „Einigkeit“ erklärt hat, daß ihre Anhänger unter keinen Umständen Parteitagbeschlüssen Rechnung tragen wollen, glaube ich, muß die notwendige Konsequenz unsererseits sein, daß wir erklären: Wir haben keine Gemeinschaft mehr mit den Leuten, die sich selbst außerhalb des Rahmens der Parteioorganisation gestellt. (Sehr richtig!) Wenn sie trotzdem innerhalb derselben bleiben wollen, so nur deshalb, um unsere Organisationen zu ihren Zwecken auszunutzen. Um das unmöglich zu machen, müssen wir heute für den Ausschluß eintreten. Die Resolution ihres letzten Kongresses, die nun für sie für maßgebend erklärt wird, sagt, daß der Klassenkampf im Sinne des revolutionären Sozialismus geführt werden muß. Revolutionärer Sozialismus ist aber in ihrem Sinne etwas anderes, als im Sinne der Sozialdemokratie. Das kommt ausdrücklich in dem zweiten Absatz der Resolution zum Ausdruck, wo es heißt, daß dieser revolutionäre Sozialismus zum Ausdruck gebracht werden muß in der Propaganda für die Idee des Kampfes und Generalstreiks. Das sind anarcho-sozialistische Tendenzen, wie sie bei den Sozialisten schon früher zutage getreten sind. So in der Versammlung der Lokalfisten im August 1904, in der Dr. Friedberg über Parlamentarismus und Generalstreik referierte. Seine Ausführungen, die abseitige Zustimmung fanden, gingen dahin: wir werden dem allgemeinen Wahlrecht keine Kränze nachweihen. Der Parlamentarismus ist ein Instrument der herrschenden Klassen und hat uns keinen Vorteil gebracht. Der Generalstreik ist das einzige Mittel, womit man den Klassenstaat tödlich treffen kann. Die damals angenommene Resolution lautete in dem gleichen Sinne, daß mit dem Parlamentarismus eine Verschleierung der Ziele des Sozialismus verknüpft sei. Ebenso wurde im September 1905 in der bekannten Feenpalastversammlung eine Resolution angenommen, nach welcher der Generalstreik das einzige Mittel zum Sturz des Kapitalismus sei.

Während nun die Gewerkschaften von vornherein die anarcho-sozialistische Bewegung im Interesse der Partei bekämpft haben, hat leider dieselbe energische Abkühlung in den Kreisen der Parteigenossen in Berlin nicht stattgefunden. Der „Vorwärts“ brachte damals einen geharnischten Artikel gegen die Anarcho-sozialisten. Damals aber war es Stadthagen, der indirekt im „Vorwärts“ das Vorgehen der Anarcho-sozialisten entschuldigte und die Hauptschuld auf die nicht genügende prinzipielle Aufklärung durch die Redaktion des „Vorwärts“ (Hört, hört!) legte. Die Leipziger Volkszeitung hat damals das Vorgehen entschuldigt, sie schrieb: Die weltpolitische Krisis und die gesamten Verhältnisse Europas erstrecken sich auch auf die deutschen Arbeiterklassen. Man fühlt instinktiv, daß man großen weltgeschichtlichen Konflikten und Entscheidungen entgegengeht, daß aber die bis dahin gebrauchten Waffen in den bevorstehenden Kämpfen nicht genügen. In solchen Perioden klappert nicht alles wie auf dem Erzerplatz. Das schadet auch schließlich nicht so viel. Das Schwergewicht der Massenbewegung bringt alles in Ordnung. Es ist auch eine bekannte Tatsache, daß noch im letzten Jahre drei „Vorwärts“-Redakteure die Anarcho-Sozialisten indirekt dadurch unterstützten, daß sie bei ihnen die Mairade hielten. Koch ist einer von den Lokalfisten heute Stadtverordneter in Berlin. Bei diesen Konfusionsräten ist eben alles möglich. Während Friedberg es für richtig hielt, sein Mandat niederzulegen, hat es dieser Genosse nicht getan. Bezeichnend ist dabei nur, daß die Berliner Parteigenossen die anarcho-sozialistischen Bestrebungen dadurch indirekt fördern, daß sie solche Leute zu ihren Vertrauensmännern machen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Bezeichnend ist auch, daß sämtliche Druckarbeiten dieser Leute vom Parteivorstand gedruckt werden. Erst kürzlich hat die bekannte Abplitterung vom Metallarbeiter-Verband stattgefunden. In der ersten Nummer des Organs der neuen Organisation hieß es: „So steht der größte deutsche Verband — der Metallarbeiter-Verband — aus, ein stolzer in sich kranker Koloss auf tönernen Füßen, vor dem zurzeit niemand Respekt hat. (Heiterkeit.) Wird die Organisation gesund, so könnte sie mit 300 000 Kämpfern unter kluger Leitung ganz Deutschland in die Schranken rufen. (Heiterkeit.) Jede Ausperrung, ja die Androhung einer solchen muß mit Woffenstreiks beantwortet werden.“ (Heiterkeit.) Mit derartig konfusen Ideen ist das ganze Organ behängt, und diese Zeitung wird gedruckt in der Vorwärtsdruckerei. (Hört! Hört!) Ebenso die hier verteilte Broschüre: Wo sitzen die Verräter an der Arbeiterklasse? (Hört! Hört!)

Singer: Ich möchte nur gleich bemerken, daß diese Broschüre von Parteitag wegen nicht verteilt worden ist.
v. Elm: Nein, aber sie ist am Eingang verteilt. Wenn solche Broschüren in Parteidruckerei gedruckt werden, so wird ihnen dadurch der Stempel der Partei aufgedrückt, und sie erscheinen der Masse weniger gefährlich, als wenn sie anderswo gedruckt werden. Die Leute werden natürlich auch über die Anbelagerung der Meinungsfreiheit schreiben, aber wenn sie sich direkt außerhalb der Partei stellen, haben wir keine Veranlassung, ihnen unsere Institutionen, die von den Geldern der organisierten Arbeiter erhalten werden, zur Verfügung zu stellen. (Sehr richtig!) Parteitagbeschlüsse haben diese Leute nie respektiert. (Hört! Hört!) Der Haller Parteitag hat erklärt, daß sich die Arbeiter gewerkschaftlich in Zentralverbänden organisieren sollen, auch die Lübecker Resolution hat sich nach dieser Richtung geäußert. Aber jeder Appell an ihre Genossenschaft ist bisher vergeblich gewesen. Und alle Einigungsversuche sind nichts weiter als Zeitvergeudung. Als direktes Verbrechen an der Arbeiterbewegung muß ich es bezeichnen, wenn diese Leute nicht nur ihre Tätigkeit auf die Großstädte beschränken, sondern nach Oberschlesien, Mecklenburg und Westfalen gehen und die rüdeste Agitation gegen die Parteileitung betreiben. In Oberschlesien hat die Generalkommission mit großen Kosten Stützpunkte für die Arbeiterorganisation geschaffen. Dorthin kommen nun diese Leute und suchen gerade jetzt, wo der Kampf für die Gewerkschaften ohnehin schwer ist, Zerplünderung herbeizurufen. Und wenn man ihre Agitation anstellt, so ist sie nicht weiter als ein Schimpfen auf die Zentralverbände. Da kann man hören: „Wenn es Ihnen ernst ist mit Ihren Bestrebungen dann wenden Sie sich an von den Zentralverbänden. Eure Führer haben das eigenste Interesse daran, mit den Unternehmern in Harmonie zu leben, um ihr ruhiges, beschauliches Leben weiter führen zu können. Sie bieten alles auf, um Euch in das alte Geleir zurückzuführen.“ Damit ist die Agitationsweise dieser Leute genauglam bewiesen. Das beweisen auch die Wahlen in Reuthe und Rattowig, wo durch die Zerplünderung die Polen an Stimmenzahl ganz erheblich gewonnen

haben. Weiter haben diese Herrschaften indirekt und direkt Verrat an der Arbeiterklasse geübt, indem sie den Kapitalisten direkt Material geliefert haben.

So hat die „Einigkeit“, als einziger der Maurer Machate zu Breslau im Oktober 1903 zu 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil er zwei Kollegen zum Eintritt in die Organisation aufgefordert und sie dabei auf die Fesseln getreten, die Strafe gebilligt und gemeint, wenn man sich der Zentralverbände absolut nicht erwehren könne, müsse man sich an den Staatsanwalt wenden. (Hört! Hört!)

Ueber die Veröffentlichung des Protokolls will ich weiter nicht reden. Aber doch noch eins! Auf der Konferenz, die hier besprochen worden ist, ist von den Gewerkschaftsführern beraten worden über Abwehrmaßnahmen gegen die Ausperrungstaktik der Arbeitgeber. Die „Einigkeit“ hat diesen Teil des Protokolls nicht veröffentlicht. Das anarcho-sozialistische „Freie Arbeiter“ brachte diesen Teil des Protokolls, und was es bedeutet, weiß jeder von Ihnen. (Sehr richtig!) Denn wenn man das, was in internen Kreisen beraten wird, den Unternehmern verrät, so ist das sehr gemein, daß kein Wort zu scham genug ist, um ein solches Vergehen zu verurteilen. (Sehr richtig!) Woher hat nun der „Freie Arbeiter“ das Material genommen? Die Protokolle sind nur in wenigen Exemplaren verteilt worden. Ausgeschlossen ist, daß außer dem einen Exemplar, das man der „Einigkeit“ übergab, auch dem „Freien Arbeiter“ eines übergeben worden ist. Daran sehen Sie, wie die Anarchisten mit den Anarcho-sozialisten Hand in Hand arbeiten und direkt Verrat an der Arbeiterklasse üben. Darum ist es notwendig, daß wir diese Gesellschaft von unseren Hochschulen abschütteln. Ihre Auffassung über den Klassenstreik kennen wir ja. Aus den wenigen Proben, die ich gegeben habe, erkennen Sie ja, daß sie den Klassenstreik und den Generalstreik nicht nur anwenden wollen, um politische Volksrechte zu erobern oder zu verteidigen, sondern sie wollen ihn bei jeder Gelegenheit anwenden, um den Achtungstag zu bekommen, zur Desorganisation der heutigen Gesellschaft und stellen sich damit vollständig auf den Boden des Anarchismus. Deshalb bin ich der Meinung, daß es notwendig ist, Stellung dazu zu nehmen, daß wir uns das nicht mehr gefallen lassen. Die Leute haben sich durch ihre Agitation und ihre Versuche längst außerhalb der Partei gestellt. (Sehr richtig!) Nachdem wir jetzt die Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaft für begründet haben, wo wir Stellung genommen haben zu den Klassenstreik, haben wir mit den Anarchisten und Anarcho-sozialisten nichts gemein. Diese sind die zerlegenden Elemente in der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung, und darum müssen wir einmütig gegen sie Stellung nehmen. Ich ersuche Sie deshalb, die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Verfammlungen.

Die Zentralkommission der Krankenkassen hatte am Donnerstag die Kassenvorstände und Verwaltungsbeamten zu einer Versammlung einberufen. Ueber den verflochtenen Verbandstag der Ortskrankenkassen Deutschlands erstatteten die Delegierten Koblenzer und Sgdoth Bericht, der ohne wesentliche Diskussion entgegengenommen wurde. — Hierauf referierte Simanowski über die Stellung der Apotheker in den Vororten zu dem Verlangen, den Krankenkassen einen Rabatt zu gewähren. Schon seit längerer Zeit wird darüber geklagt, daß die Vorortapotheken in der Rabattgewährung sich sehr verschieden verhalten. Die Zentralkommission ist deshalb beauftragt worden, mit den Vorortapotheken in Verbindung zu treten, um einen Vertrag, wie er in Berlin besteht, zustande zu bringen. Die Zentralkommission hat sich bemüht, diesen Auftrag auszuführen; es ist ihr aber nicht gelungen, ein Resultat zu erlangen. Auf die Anfrage der Kommission hat nur ein Teil der Apotheker geantwortet. Nur einige derselben sind bereit, einen Rezepturrabatt von 10 Prozent zu gewähren. Das erscheint als ein so geringes Zugeständnis, daß es unannehmbar ist, umso mehr, als die Preise für Handverkaufartikel in den Vorortapotheken erheblich teurer sind, als in den Berliner Apotheken. Verhandlungen mit dem Verein der Vorortapotheker sind der Kommission zwar zugesagt worden, es scheint aber auf Seiten der Apotheker keine Reizung zu Verhandlungen vorhanden zu sein, denn bis jetzt hat die Kommission vergebens darauf gewartet, daß der Verein der Vorortapotheker die in Aussicht gestellten Verhandlungen anknüpfen soll. Auf Vorschlag des Referenten beschloß die Versammlung, in der 78 Krankenkassen vertreten waren, einstimmig: Die Zentralkommission ist ermächtigt, nach eigenem Ermessen zu veranlassen, daß in Vororten, wo die Apotheker die Rabattforderungen der Krankenkassen nicht bewilligen und auch mit der Zentralkommission nicht verhandeln wollen, die Arzneilieferung für die Krankenkassen nur einzelnen bestimmten Apotheken übertragen wird, die anderen Apotheken aber gänzlich gemieden werden. — Wie Simanowski noch mitteilte, kann in allen Fällen, wo es nötig werden sollte, Arznei aus Berliner Apotheken nach den Vororten geliefert werden. Durch die Ausführung des Beschlusses werde es möglich sein, die Vorortapotheken zum Abschluß eines Vertrages mit den Krankenkassen zu bewegen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Magdeburger Aufruhrprozess.

Magdeburg, 28. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Seitens der Geschworenen wurde die Schuldsfrage bei fünf Angeklagten bejaht, während die Schuldsfrage bei 18 Angeklagten verneint wurde. Es erhielten die Angeklagten Buße 6 Monate, Bayer 9 Monate, Bürgam, Girt und Appel je 3 Monate Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. (Ueber die Ursachen des Prozesses berichten wir an anderer Stelle der heutigen Nummer. D. N.)

Lohnbewegung in der Hosoper.

Budapest, 28. September. (B. L. B.) Das Orchester, der Chor und das technische Personal der Hosoper hat korporativ die Direktion erklärt, daß, falls bezüglich der seit längerer Zeit angeforderten Gehaltsaufbesserung nicht bis zum 30. September die bindende Zusage gegeben wird, daß die Gehaltsaufbesserung am 1. Januar ins Leben tritt, sie ihre Mitwirkung einstellen werden. Die Direktion verharret auf dem Standpunkt, daß die Gehaltsaufbesserung erst am 1. Juni in Kraft treten kann, da vorher ihre Bewilligung im Abgeordnetenhaus notwendig ist. Falls das Personal diesen Standpunkt nicht akzeptiert, soll die Direktion, wie gerücheweise verlautet, entschlossen sein, die Oper am 1. Oktober zu schließen.

Ein Mordurteil.

Stockholm, 28. September. (B. G.) Wegen Aufreizung von Bekehrungsbedürfnissen wurde gestern der Sozialist Sundström in Gese zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt. Mehrere aufreizende Schriften wurden beschlagnahmt.

Verhaftung von Dumamitgliedern.

Petersburg, 28. September. (B. G.) Auf Anordnung der politischen Polizei wurden heute morgen der Weiskopf und ehemalige Abgeordnete Afanasjew sowie der ehemalige Dumaabgeordnete Michailitschenko verhaftet. Gründe für die Verhaftung werden nicht angegeben.

Zwei neue Opfer.

Riga, 28. September. (B. G.) Die Revolutionäre Mannus und Dubalski, die vom Feldgericht wegen des Attentates auf die Strakenbahn zum Tode verurteilt worden sind, wurden heute morgen erschossen.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Mannheim.

Telegraphischer Bericht. (Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Wollenkühn: Nachdem Elm unsere Resolution selbst zur Annahme empfohlen hat, brauche ich auf den Unterschied zwischen seiner und unserer Resolution nicht mehr einzugehen. Aber wir können nicht, wie es Elm durchblicken ließ, ohne weiteres alle Leute ausschließen, die Mitglieder einer solchen Organisation sind. Wir sind durch das Organisationsstatut gebunden. ...

*) Resolution des Parteivorstandes. Der Parteitag beschließt:

In den in der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften verbundenen Organisationen treten bedauerlicherweise immer bewusster Tendenzen hervor, die diese Organisationen in den Dienst der anarcho-sozialistischen, die deutsche Sozialdemokratie gesichtslos belämpfenden und schmähernden Bewegung stellen, ja die eine anarcho-sozialistische Agitation gegen die Partei fördern wollen. ...

Die anarcho-sozialistischen Bestrebungen, wie sie in den lokalorganisierten Gewerkschaften sich geltend machen, sind unvereinbar mit den Zielen und Interessen der Sozialdemokratie. Die Parteipresse hat daher die Pflicht, die anarcho-sozialistische Bewegung auf das entschiedenste zu belämpfen und die Parteigenossen haben die Aufgabe, Personen, die für diese anarcho-sozialistischen Bestrebungen eintreten und für sie agitieren, soweit diese Personen Parteigenossen sind, aus ihren Reihen auszuscheiden. ...

*) Resolution v. Elm: Weil die unter gewerkschaftlicher Firma auftretenden politischen Zweiterorganisationen, genannt „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften“, sich immer bewusster in den Dienst anarcho-sozialistischer Propaganda und Ziele gestellt haben, weil ferner diese Organisationen entgegen den Beschlüssen der Parteitage der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, welche der Arbeiterschaft die gewerkschaftliche Organisation in Zentralverbänden empfehlen, die gewerkschaftlichen Zentralverbände fortgesetzt in der gefährlichsten Weise belämpfen, weil ferner diese Organisationen im offenen Gegensatz zu den Beschlüssen sozialdemokratischer Kongresse den anarcho-sozialistischen Generalstreik propagieren und überdies durch eine besondere Verberung ihres Organisationsprogramms die anarcho-sozialistische Agitation direkt gefördert haben, und weil die Vorstände dieser „Freien Vereinigungen“ interne Beratungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission über das Verhalten bei politischen Massenstreiks — die schon aus Gründen der Parteistategie geheim bleiben mußten — in der „Einigkeit“ veröffentlicht und dadurch die Partei zum Gegenstand allgemeiner Angriffe gemacht haben, wiederholt der Parteitag die Resolution des Völkcker Parteitag:

Der Kampf der Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete erfordert einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in den betreffenden Organisationen. Er hat zur Grundbedingung die Ausübung strenger Disziplin in der Aktion, die Respektierung der Beschlüsse der Mehrheit durch die Minderheit gemäß den Grundgesetzen der Demokratie. Wer der Partei oder seiner Berufsorganisation in einem von ihnen geführten Kampf durch Taten entgegenwirkt oder Sonderrundelei zur Führung solcher Gegenagitation betreibt, verstößt wider das vorentwickelte Lebensprinzip der Arbeiterbewegung. Es sind daher die örtlichen Organisationen der Partei berechtigt, solche Mitglieder so lange aus ihrer Mitte auszuschließen, als sie in diesem Verhalten verharren.

*) Resolution des Parteivorstandes: Die anarcho-sozialistischen Vereinigungen keinerlei Gemeinschaft mit der modernen Arbeiterbewegung haben, und daß jede Mitarbeit von Parteigenossen in diesen Vereinen, Versammlungen und Versammlungen unvereinbar mit der Förderung der Partei ist. Den anarcho-sozialistischen „Freien Vereinigungen“ ist die Parteipresse zu verschließen und sind die Redaktionen verpflichtet, der anarcho-sozialistischen Propaganda und Organisation mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Die Antragsteller: T. von Elm; Th. Bömelburg; Jul. Koch; Wilh. Frisch; Eugen Bräuner; A. Nörten; J. Efftinge; Mattutat; Fr. Fischer; C. Winkelmann; August Reu; Paul; Heinrich Marx; F. Klein; Sidow; H. Sacke; C. Bae; W. Müller; Limberg; Paul Runge; Wähler; Koch; G. Reichel; Sebring; E. Hoffmann; J. Adamek; Dr. Albert; A. Dörter; Adolf Braun; J. Simon; A. Brandes; Paul Müller; R. Zahn; J. Bruhn.

politischen Bewegung. Der Parteitag soll über Dinge beschließen, über die die Gewerkschaften selbst ein völlig freies Bestimmungsrecht haben und haben müssen. Wir können doch nicht ohne weiteres bestimmen, daß Mitglieder des Parteivorstandes zur Generalkommission hinzugezogen werden sollen oder daß gemeinsame Sitzungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission abgehalten werden und dergleichen. ...

Dr. Liebknecht-Berlin begründet den Antrag 103. Die Polemik von Wollenkühn ist nur deshalb möglich gewesen, weil er den klaren Wortlaut des Antrages nicht berücksichtigt hat. Es hieße Eulen nach Athen tragen, wollte ich näher darlegen, daß ein Bedürfnis nach Verbesserung einer engeren Fühlung zwischen Partei und Gewerkschaften zum Zwecke eines besseren Einverständnisses besteht; es fragt sich nur, in welcher Weise das geschehen kann. ...

Der Gedanke einer organisatorischen Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaft ist nicht nur ein Ziel, auf dem wir zu wirken, sondern auch in anderen Ländern bereits realisiert. Ich weise nur hin auf Dänemark, Österreich, Belgien, Holland, Schweden. Da sind Partei und Gewerkschaften in enger Weise organisatorisch verbunden, und zwar ohne daß dadurch die Beweglichkeit einer der beiden Organisationsformen gekürzt wäre. ...

*) Resolution des Parteivorstandes: Die anarcho-sozialistischen Vereinigungen keinerlei Gemeinschaft mit der modernen Arbeiterbewegung haben, und daß jede Mitarbeit von Parteigenossen in diesen Vereinen, Versammlungen und Versammlungen unvereinbar mit der Förderung der Partei ist. Den anarcho-sozialistischen „Freien Vereinigungen“ ist die Parteipresse zu verschließen und sind die Redaktionen verpflichtet, der anarcho-sozialistischen Propaganda und Organisation mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

*) Resolution des Parteivorstandes: Die anarcho-sozialistischen Vereinigungen keinerlei Gemeinschaft mit der modernen Arbeiterbewegung haben, und daß jede Mitarbeit von Parteigenossen in diesen Vereinen, Versammlungen und Versammlungen unvereinbar mit der Förderung der Partei ist. Den anarcho-sozialistischen „Freien Vereinigungen“ ist die Parteipresse zu verschließen und sind die Redaktionen verpflichtet, der anarcho-sozialistischen Propaganda und Organisation mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

*) Resolution des Parteivorstandes: Die anarcho-sozialistischen Vereinigungen keinerlei Gemeinschaft mit der modernen Arbeiterbewegung haben, und daß jede Mitarbeit von Parteigenossen in diesen Vereinen, Versammlungen und Versammlungen unvereinbar mit der Förderung der Partei ist. Den anarcho-sozialistischen „Freien Vereinigungen“ ist die Parteipresse zu verschließen und sind die Redaktionen verpflichtet, der anarcho-sozialistischen Propaganda und Organisation mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Singer teilt mit, daß zu der Resolution 102 noch ein Amendement Scheide-Dortmund eingegangen ist, im letzten Absatz an Stelle der Worte „erzucht die Parteileitung“ zu setzen: „haben die Pflicht“.

Zur Geschäftsordnung erklärt v. Elm: Nach Beendigung meiner Ausführungen haben mir eine Reihe von Genossen, die meinen Antrag mit unterschrieben haben, ihre Einverständnisse damit kundgetan, daß ich denselben zurückziehe. Sollte keiner der Antragsteller Widerspruch erheben, dann ziehe ich die Resolution zugunsten der Resolution der Parteileitung hiermit zurück.

Da sich kein Widerspruch erhebt, gilt die Resolution 100 und damit auch die dazu vorliegenden Amendements als zurückgezogen.

Den Antrag 107 begründet Fröhlich-Böln:

Dieser Antrag bezweckt, endlich den Quartreibern ein Ende zu machen. So wie bisher kam es nicht weiter. Die Wägen der Partei sind den Lokalfisten zur Verfügung gestellt. Der „Vorwärts“ hat diesen Zweiterorganisationen keine Spalten geöffnet, hervorragende Parteigenossen haben in ihren Versammlungen Reden gehalten. (Sehr gut!) Das ist eine indirekte Förderung jener Organisationen. (Sehr wahr.) Der Kampf der Lokalorganisationen richtet sich nicht gegen den Kapitalismus, sondern gegen die eigenen Klassen Genossen und dem muß ein Ziel gesetzt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Wir dürfen uns nicht gegenseitig zerfleischen, sondern die Arbeiter müssen sich einmütig gegen den Kapitalismus zur Wehr setzen. (Erneute lebhafteste Zustimmung.) Sehen Sie nur, wie sogenannte Genossen nach dem Rheinland kommen und dort unsere Gewerkschaften mit Koch bewirten! Dagegen müssen wir einschreiten. (Sehr wahr!) Ich bitte Sie deshalb, unseren Antrag anzunehmen. Der Antrag wird den Gewerkschaften und nicht in letzter Linie der Partei zum Segen gereichen. (Lebhafte Beifall.)

Inbeil-Berlin

fähig zur Begründung seiner Resolution aus: Nachdem Elm seinen Antrag zurückgezogen hat, braucht man auf diesen Antrag nicht mehr einzugehen. Ich persönlich hätte gewünscht, daß auch der Vorstand seine Resolution zurückgezogen hätte. (Sehr richtig!) Dann hätten auch wir die Resolution zurückgezogen. Eine Frage von so hoher Bedeutung wie die vorliegende, die vor allen uns in Berlin eine ungeheure Flut von Mißbilligungen und Streitigkeiten bringt (Sehr richtig!), eine Frage, die uns zwingen würde, einen Teil unserer besten Parteigenossen in Berlin auszuschließen, da sie zum Teil auf einer anderen gewerkschaftlichen Basis stehen, hätte man uns nicht so unvorbereitet auf dem Parteitag bringen dürfen. (Sehr richtig!) Solche tief einschneidende Fragen sollte man so rechtzeitig zur Debatte stellen, und die Resolution so frühzeitig fassen, daß die Parteigenossen in den einzelnen Orten zu ihrer Stellung nehmen können. (Sehr wahr!) Wir haben unsere Resolution gestellt, weil wir nicht nur nach links treffen wollen, sondern auch nach rechts. (Lebhafte Zustimmung.) Ein Teil der Parteigenossen ist jeden Augenblick bereit, Leute von rechts mit vollen Armen aufzunehmen, nach links aber mit der größten Strenge vorzugehen. Wir haben daher diese Form gewählt. Wir sind nicht einverstanden mit der Resolution des Parteivorstandes, die auch nur eine Seite trifft, die andere aber unbeachtet läßt. Wir haben es im Wahlsampfe 1903 erlebt, daß Leute, die in der Generalkommission standen, aber unserer Partei nicht zugehörten, die Sozialdemokratie auf das schärfste belämpften, aber in der Generalkommission in Berlin über tief einschneidende Fragen urteilten, die auch die Sozialdemokratie betreffen. (Sehr wahr!) Wenn etwas geschieht, muß es nach beiden Seiten geschehen. Dann würde eine Verständigung in der Zukunft zu erzielen sein, die heute, nach meiner Ueberzeugung nicht erzielt werden kann, weil kein Delegierter, ohne seine Parteigenossen zu hören, endgültig über diese Frage entscheiden kann. Deshalb bitte ich Sie, über die gestellten Resolutionen und Amendements, auch über die des Parteivorstandes, zur Tagesordnung überzugehen. (Lebhafte Beifall.)

Barth-Berlin hat sich als Vertreter der „Einigkeit“ zum Worte gemeldet. Der Parteitag beschließt, ihm vor Eintritt in die Diskussion das Wort zu gewähren.

Puffig:

Genossen! Ich bin zu langen Ausführungen zu diesem Punkt der Tagesordnung nicht vorbereitet und habe auch nicht die Absicht, Ihre Geduld sehr lange in Anspruch zu nehmen. Ich spreche Ihnen vor allen Dingen meinen Dank aus, daß Sie mit als Nichtbelegterten gestatten, mich zu äußern. Es ist von Seiten des Genossen Elm unsere Organisation, die Organisation der Freien Vereinigung Deutschlands, in unverantwortlicher Weise angegriffen worden. Genosse Elm hat alle Gewerkschaften, die sich der Freien Vereinigung angeschlossen haben, ohne weiteres in einen Topf mit den Anarchisten geworfen. Wir sind damit nicht ganz einverstanden (Hört, hört! Widerspruch), daß man uns ohne weiteres aus den Reihen der Parteigenossen zu streichen sucht. Als Redakteur der „Einigkeit“ nehme ich nach wie vor das Recht für mich in Anspruch, als demokratischer Sozialist zu gelten (Hört! hört! Lachen), weil ich davon durchdrungen bin, daß der Sozialismus in der nächsten Etappe die kapitalistische Gesellschaftsordnung ablösen wird. Die Momente, die Genosse Elm zur Begründung seines Antrages angeführt hat, kann ich auch nicht so ohne weiteres durchgehen lassen. Er zitiert die von einer leichten gegründeten Arbeiterorganisation herausgegebene Broschüre: „Wo sitzen die Verräter an der Arbeiterschaft?“. Diese Broschüre hat mit unserer Organisation oder die „Einigkeit“ hat mit dieser Broschüre absolut nichts zu tun. (Hört! hört!) Diese Sache wurde in solchem Zusammenhang gebracht, daß man auf den Gedanken kommen konnte, wir ständen hinter dieser Broschüre. Weiter ist von dem Genossen Elm gesagt worden, daß die „Einigkeit“ harte Urteile, die über kämpfende Proletariat gefällt worden sind, gutgeheißen hätte oder damit einverstanden gewesen wäre. Das muß ich ganz entschieden zurückweisen. Die kann dem ein Arbeiterblatt dazu kommen, wenn in einem Lohnkampf jemand denunziert wird und wenn ein Urteil über diesen Genossen gefällt wird, das gutzuheißen. Das ist in unserer Zeitung niemals geschehen. (Oh! Hört! hört!) Wenn nun weiter gesagt wird, unsere Agitation bedeutet geradezu ein Verbrechen an der Arbeiterorganisation (Sehr richtig!), so ist gewiß, daß wir unsere Agitation für unsere Ansichten betreiben und daß wir dahin gehen, wo wir Anhaltspunkte für unsere Agitation finden. Wird es nicht von anderer Seite gerade so gemacht? Auch der Vorhalt, daß wir in irgend einer Weise in der Agitation von dem Parteivorstand Nachhülle bekommen hätten, ist schon von Bebel und Piepmann zurückgewiesen worden. Wenn wir ohne die Hälfte des Parteivorstandes und trotz der Bekämpfung durch alle Zentralverbände nicht verstanden sind, so zeigt dies doch von einer inneren Verdrängung unserer Organisation. (Lachen, Widerspruch.) Glauben Sie denn, daß in Berlin 2000 Mitglieder aus dem Metallarbeiterverband ausgeschieden sind bloß um der schönen Augen Wieseenthal willen und gegen die schönen Augen Cohens? Da müssen Gründe vorhanden sein, und die liegen in den inneren Einrichtungen der Verbände. Selbstverständlich sind bei uns ebenso gut Anarchisten wie bei den Zentralverbänden. Dies tut auch gar nichts zur Sache. Wenn Friedeberg das Wort von den Anarcho-sozialisten geprägt hat, so verlangt auch Friedeberg nicht, daß jeder, der der Freien Vereinigung der deutschen Gewerkschaften angehört, sich mit seinen Grundgedanken identifiziert. Friedeberg hat das Recht, bei uns seine Meinung zu äußern, so gut wie jeder andere. Wir wollen selbstverständlich alle revolutionären Elemente, die mit den heutigen Zuständen nicht einverstanden sind, in unserer Organisation vereinen. Wir wollen die Anarchisten so wenig von uns abstoßen, wie es bisher die Zentralverbände getan haben. Wenn sie Schulter an Schulter mit uns kämpfen wollen, dann nehmen wir sie an. Wenn es nun als unerhört bezeichnet wurde, daß einem Lokalfisten in Berlin ein Stadtverordnetenmandat übertragen wurde, so muß nach meiner Ansicht den Berliner Genossen das Recht zustehen, darüber zu entscheiden, ob sie ihn für würdig halten oder nicht. Ich glaube, daß Sie unsere Organisationen einseitig beurteilen. Wenn Sie sich von unseren grundlegenden Prinzipien und unserer Taktik informieren wollen, so müssen Sie dies auf unseren Kongressen und in unserer Presse versuchen und sich nicht nur nach einem einzelnen herausgerissenen Blatt ein Urteil bilden.

Es ist folgender Antrag Fischer-Verein eingegangen:

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, bis zum nächsten Parteitag den Versuch zu machen, in Verbindung mit der Generalkommission diese Frage im Sinne der Lübedischen Resolution zu regeln und geht damit über die zur Frage der Lokalorganisierten Gewerkschaften gestellten Anträge zur Tagesordnung über.

Dieser Antrag charakterisiert sich als motivierte Tagesordnung. Er steht also mit zur Diskussion und kommt nach Schluß derselben zuerst zur Abstimmung.

Rosa Luxemburg:

Parteigenossen! Ich glaube, es wird sich unter uns wohl keiner finden, der nicht mit dem Grundgedanken der Resolution des Parteivorstandes einverstanden wäre. Wir stehen ja hoffentlich alle auf dem Standpunkt, daß die Zentralorganisation die geeignetste Form für den modernen gewerkschaftlichen Kampf ist, und daß der Anarchismus heutzutage in Deutschland wie in der gesamten kapitalistischen Welt höchstens als eine Folge der geistigen Verirrung und geistigen Defizienz der Arbeiter betrachtet werden muß. Trotz alledem aber würde ich die Annahme der vom Parteivorstand vorgelegten Resolution als einen großen Mißgriff betrachten. (Sehr richtig!) Vor allem kann ich mir in meinem beschränkten Untertanenverstand (Heiterkeit) nicht klar machen, wie die Stellungnahme der Vertreter der Zentralverbände zu dieser Resolution mit ihrer Haltung zu der vorhergehenden Resolution Kautsky in Einklang gebracht werden kann. Dort, wo es sich um die selbstverständliche Sache in der Welt handelte, daß jeder Sozialdemokrat auch innerhalb der Gewerkschaft als Sozialdemokrat handeln und die Beschlüsse der Parteitage respektieren soll, sträubte man sich mit Gewalt dagegen, weil das nach außen hin den Eindruck hervorrufen könnte, die Gewerkschaften wären ganz am Gängelbande der Sozialdemokratie. Hier aber ist man ganz damit einverstanden, daß die Sozialdemokratie eine scharfe Aktion zugunsten einer bestimmten Organisationsform der Gewerkschaft unternimmt. Ich befürchte, daß bei einer solchen Doppelstellung das Verhältnis der Gewerkschaften zu der Sozialdemokratie sich etwa im Sinne jenes bekannten bauerischen Ehevertrages gestaltet, wo die Frau dem Manne sagte: Wenn wir in einer Frage einverstanden sind, so soll Dein Wille geschehen; wenn wir auseinander gehen, soll nach meinem Sinne gehandelt werden. (Heiterkeit.) Ferner finde ich es unverantwortlich, wenn hier die Partei gewissermaßen als Schutztruppe gegen eine bestimmte Gruppe von Gewerkschaften gedrängt werden soll; daß wir uns damit innerhalb der Parteireihen Jant und Jwitz auf den Hals laden sollen. Es ist doch kein Zweifel, daß unter den Lokalorganisierten sehr viele brave Genossen vorhanden sind, und es wäre unverantwortlich, wenn wir, um den Gewerkschaften in dieser Frage direkt zu dienen, den Jwitz in unsere Reihen hineintrügen. Wir respektieren die Ansicht, daß die Lokalisten nicht den Jwitz in den gewerkschaftlichen Organisationen soweit treiben sollen, daß sie die gewerkschaftliche Organisation dadurch unterbinden; aber im Namen der soviel gepriesenen Gleichberechtigung muß man doch mindestens daselbe für die Partei anerkennen. Wenn wir die Anarchosozialisten, wie der Parteivorstand vorschlägt, aus der Partei direkt ausschließen, so geben wir damit ein trauriges Beispiel dafür, daß wir nur Energie und Entschlossenheit finden, um unsere Partei nach links abzugrenzen, daß wir nach rechts aber die Tore nach wie vor sehr weit offen lassen. (Sehr richtig!) von Elm hat hier angeführt als ein Beispiel des anarchosozialistischen Unsinns, daß in der „Einigkeit“ oder in einer Konferenz der Lokalorganisierten ausgesprochen sei: „Der Generalstreik wäre als das einzige Mittel des richtigen revolutionären Klassenkampfes zu betrachten“. Nun ist das selbstverständlich ein Unsinn und nichts anderes. Aber, wer te wende, es steht genau so weit entfernt von der sozialdemokratischen Taktik und von unseren Prinzipien, wenn David erklärt, die gesetzlichen, parlamentarischen Mittel sind die einzigen Mittel der Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Man sagt uns, die Lokalisten, die Anarchosozialisten untergraben auf Schritt und Tritt durch ihre Agitation die sozialdemokratischen Grundsätze. Aber es ist genau ebenfalls eine Untergrabung sozialdemokratischer Grundsätze, wenn einer von den Zentralverbänden, wie Ringmann auf einer Konferenz im Februar, sich gegen das Prinzip des Klassenkampfes erklärte. (Widerpruch.) Der Anarchismus ist in unseren Reihen nichts anderes, als eine Reaktion nach links gegen die Ausschreitung nach rechts. (Sehr richtig!) Wenn Sie den Anarchismus bekämpfen wollen, so bleiben Sie treu unserem althergebrachten Prinzip; wegen Ansichten wird bei uns niemand ausgeschlossen. Wir wollen die Leute dadurch unschädlich machen, und die ganze anarchosozialistische Bewegung dadurch untergraben, daß wir gegen den Opportunismus Front machen, denn er ist der eigentliche Nährboden der anarchosozialistischen Ausschreitung. Wenn wir keinen von der äußersten Rechten ausgeschlossen haben, so haben wir jedenfalls auch kein Recht, die äußerste Linke auszuschließen. (Bravo! und Widerpruch.)

Scheide-Dortmund:

Die Anträge gegen die Lokalisten sind die notwendige Konsequenz der Beschlüsse, die wir bei dem vorherigen Punkte der Tagesordnung gefaßt haben. (Sehr richtig!) Wenn wir den Zentralverbänden die Beschlüsse der Parteitage aufzuzwingen wollten, so dürfen wir nicht den Lokalisten eine Hintertür lassen. (Sehr richtig!) Ich möchte Sie bitten, dem Antrage des Parteitages zuzustimmen mit der Abänderung, die ich beantragt habe, daß die Lokalisten nicht nur aufgefordert werden, sondern daß es ihnen zur Pflicht gemacht wird, sich zentralistisch zu organisieren. Was das ewige Ersuchen nicht, haben wir ja seit Lübed gesehen. Die Ausführungen von Puttly klangen ja etwas veröhnlicher. Aber wenn man das Organ der Lokalisten, dessen Redakteur er ist, kiest, dann pfeift es aus einem ganz anderen Loch. (Sehr richtig!) Da werden ständig die schmächtigsten Angriffe auf Parteigenossen verübt. Wie kommt es denn, daß gerade die Berliner Parteigenossen sich so gegen die Annahme der Resolution des Parteivorstandes sträuben. Ich möchte fast sagen, daß hier wohl ein persönliches Freundschaftsverhältnis mit vielen Lokalisten besteht. Wir haben uns oft genug gefragt, wie es möglich ist, daß die Lokalisten in Berlin es so treiben können und daß trotzdem Redakteure des „Vorwärts“ in Versammlungen der Lokalisten Vorträge halten. (Hört! hört!) Ich habe schon am ersten Verhandlungstage die Art und Weise kritisiert, wie der sich als Sozialdemokrat hinstellende Maurer Gehl unsere Partei in ziemlich läppischer und einseitiger Weise heruntergerissen hat, so daß die „Tremontia“, das Zentrumsorgan, ihre helle Freude daran hatte, und der Bericht in der „Einigkeit“ stimmt beinahe überein in Schimpfereien über die Sozialdemokratie mit dem, was Christliche und Dirich-Dundersche Blätter damals schrieben. (Hört! hört!) Den Zentralverbänden wirft man ihre Neutralität vor, Gehl aber hat selbst erklärt, daß die lokalistischen Gewerkschaften von jeder Partei unabhängig sein müßten, das heißt nichts anderes, als daß die Lokalisten mit der Sozialdemokratie nichts zu tun haben wollten, sondern ihre anarchosozialistischen Tendenzen in die Arbeiter hineintragen wollten. Auf der letzten Versammlung des Berliner Gewerkschaftsartikels erklärt Kluge: „Bei uns sind Revisionisten, Radikalisten und Anarchisten vertreten. Die letzteren überwintern aber bald. (Hört! hört!) Wir müssen jetzt unter allen Umständen tabula rasa mit den Leuten machen!“ Wir appellierten in den letzten Tagen an das Gefühl der Zentralverbände; jetzt wollen wir an das Ehrgefühl der Lokalisten appellieren. Diejenigen, die es eifrig mit der Sozialdemokratie meinen, mögen zu uns herüber kommen und die anderen, die es nicht sind, die sollen bleiben wo der Pfeffer wächst. (Lebhafter Beifall.)

Körfen:

Genosse Zubeil hat sich wieder einmal geirrt. Was er hier behauptet hat, liegt lange zurück. Fischendorfer ist vor drei Jahren von seiner Organisation nicht mehr wieder gewählt worden und sitzt nicht in der Berliner Gewerkschaftskommission. (Hört! hört!) In der Nummer 44 der „Einigkeit“ vom Jahre 1908 hieß es: „Zur

Warnung an diejenigen, die es angeht! Es ist in letzter Zeit mehrfach uns gemeldet worden, daß einzelne fanatisierte Verbände, aufgeregt durch gewissenlose Dummheit, an Mitglieder der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften angelegentlich Organisationsherantreten und sie durch Bedrohung mit Gewalt, Maßregelung und Boykottierung zwingen wollen, den Zentralverbänden beizutreten oder ihre Marken zu kaufen, und es versuchen und teilweise auch erreichen, sie aus der Arbeit zu vertreiben, wenn sie ihren Zweck nicht erreichen. Diese Fanatiker wissen sehr gut, welche schwere Strafe sie trifft, wenn ihr Tun zur Kenntnis der Behörde kommt. Zur Belehrung teilen wir folgenden Fall mit. (Hört! hört!) Und nun kommt der Fall M a c h a t e. Weiter heißt es: „Wir bitten unsere von den Verbandsfanatikern so mißhandelten Genossen also, solange sie sich nicht anders helfen können, und das wird ihnen in der Regel nicht schwer werden, diesen Schritt nicht zu unternehmen“. Das heißt also: wenn es irgend möglich ist, denunziert nicht, wenn es aber nicht anders geht, dann ist auch die Denunziation erlaubt. Der „Vorwärts“ sagte dazu: „Diese schloße Denunziation von Arbeitsbrüdern bei den Scharfmachern, die Aufforderung, die Massenjustiz auf unbedingbare Kollegen zu hegen, steht in einem Arbeiterblatt, das sich immer noch bis jetzt gerühmt hat, den Massenstandpunkt schärfer zu vertreten, als irgend ein anderes Gewerkschaftsblatt. Ein Arbeiterblatt trägt Material herbei zur Justizhausvorlage.“ So der „Vorwärts“ feinerzeit, und da hat man den Mut hier hinzutreten und zu erklären: „Wir haben es niemals getan. Nachdem der Antrag Elm zurückgezogen ist, kann ich mich zur Sache kurz fassen. Der Antrag des Parteivorstandes ist eigentlich nur eine Wiederholung dessen, was in Lübed und Jena beschlossen ist. Würden Sie diesen ablehnen, dann heißt das, die gegenwärtige Situation noch zugunsten der Lokalisten verbessern. (Sehr richtig!) Ich kann daher nur dem Antrage 107 zustimmen. Der Antrag des Parteivorstandes trifft noch lange nicht, was getroffen werden soll. Es sollen die Anarchosozialisten getroffen werden, wo sind denn die? Sie entweichen überall da, wo man zugreifen will. Heute sind sie hinter Friedberg, morgen heißen sie einen Artikel von Kleinlein gut. Wenn der „Vorwärts“ heute einen Artikel schreibt, dann kommt sofort ein Artikel von anderer Seite: das geht und gar nichts an, was der geschrieben hat, wir sind gute brave Parteigenossen. Es ist eben jüwiel Liebe in Berlin für diese alten braven Genossen. (Sehr richtig!) Was trennt denn die Zentralverbände noch von den Lokalisten? Das Vereinsgesetz nicht; und die Unterstützungsanstalten machen sie heute auch mit. Sie haben zwar formell die Wiesenthal-Organisation abgelehnt mit drei Stimmen Mehrheit, aber Tatsache ist heute, daß die Gewerkschaft der Metallarbeiter ihre Anträge an Herrn Wiesenthal zur Abfertigung gibt. Die letzten Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den lokalistischen Arbeitern sind teilweise von Wiesenthal bearbeitet worden. (Hört! hört!) Das zur Steuer der Wahrheit. Dann sagen die Lokalisten, sie gehen nicht mit uns, wegen der langfristigen Taktik. Ich habe aber hier ein Exemplar der Lokalisten, da heißt es sogar: Die lokalistischen Hiesler in Berlin wollen einen Tarifvertrag abschließen, der unzulässig ist. (Große Heiterkeit.) Nur der Einwand der Unternehmer, daß man doch nicht auf ewige Zeit einen Tarif abschließen könne, hat sie davon abgehalten. So blieb den Lokalisten nur noch die Neutralität als trennender Punkt übrig. Weibel hat auch auf diesem Parteitag wiederholt, was man darunter versteht, und anders haben wir es verstanden. (Sehr richtig!) Nachdem der Parteitag so einig auch in dieser Frage ist, wird nun ja abzuwarten sein, was die Lokalisten weiter machen, nachdem ihnen auch dieser letzte Punkt weggenommen ist. Darüber besteht ja kein Zweifel, daß sie heute rein gewerkschaftlich keine Bedeutung haben, aber sie benagen die Partei, um immer wieder einen Teil in die Bewegung zu treiben. Sie denunzieren, brauchen die ruppigsten Schimpfwörter, die sie schon in Anbetracht der Gegner unterlassen sollten. (Sehr richtig!) Jedes Mittel ist ihnen recht, wenn sie nur einen Teil in die Arbeiterbewegung treiben können. Sie stehen sich hinter die Partei, um da Hilfe zu haben, daher dieser unsaubere Zustand in Berlin. Ich bitte Sie, einmal praktisch zu arbeiten und nicht nur wieder platonische Beschlüsse zu fassen. Stimmen Sie dem Antrag 107 zu, damit jenen unsauberen Elementen das Handwerk gelegt wird. (Lebhafter Beifall.)

Lebebour:

Mit Einzelbeschwerden, die hier vorgetragen sind gegen die Lokalisten und Anarchosozialisten können wir, mit den meisten wenigstens, durchaus einverstanden sein. Zum Beispiel erkläre ich es auch für eine scharfe Handlungsweise, was Körfen aus der „Einigkeit“ vorgelesen hat, aber bei den Anträgen, die hier vorliegen, wird der Kardinalfehler gemacht, das Vorgehen gegen die Lokalisten und gegen die Anarchosozialisten zu konfundieren, von dem Parteitage den Ausschluß von Parteigenossen zu fordern, weil diese Parteigenossen irgend einer anderen gewerkschaftlichen Formation angehören. Das ist ganz unmöglich. Wir können die Lokalisten nicht als Lokalisten ausschließen, das wäre direkt ein Eingriff in die gewerkschaftliche Organisation. (Ruf: „Wo steht denn das? Wer verlangt das?“) Das ist bestimmt gewünscht. Haben Sie nicht die Rede von Körfen gehört? Dann müßten wir auch umgekehrt fordern, daß die Zentralverbände alle Nichtsozialdemokraten ausschließen. (Widerpruch.) Wenn einzelne sich als Anarchosozialisten erklärende Personen der Partei angehören, so kann man gegen diese Anschlußanträge stellen. Es ist aber verkehrt, die gesamten Lokalisten als Antisozialdemokraten anzusprechen. Ein Beispiel dafür ist gerade Theodor Fischer, der Stadtverordneter in Berlin ist und meinem Wahlkreis angehört. Er hat in einer Versammlung der lokalistischen Zimmerer erklärt, daß sie die anarchosozialistischen Theorien verwerten und auch den von Kleinlein ergangenen Anruf, wo die Lokalisten aufgefordert werden, der Sozialdemokratie den Rücken zu kehren. Also wie kann man Fischer als Anarchosozialisten denunzieren? Das ist ein Beweis dafür, wie behändigt die Fragen durcheinander geworfen werden. Wenn Elm behauptet, daß wir in Berlin die Anarchosozialisten nicht abgeschüttelt haben, so kennt er die Vorgänge in Berlin nicht, denn nach jenem Pronunziamento Friedbergs für die Idee des Anarchosozialismus im Feenpalast, wo er auch die Lokalisten für den Anschluß gewann, sind wir in unserem Wahlkreis als erste sehr energig dagegen vorgegangen, haben drei Tage lang darüber diskutiert und schließlich mit überwältigender Mehrheit eine Resolution angenommen, die die anarchosozialistischen Bestrebungen auf das entsetzteste verurteilt. (Hört! hört!) Also wir haben den Anarchosozialisten so entschieden die Tür geschlossen, wie man das nur tun kann. Wenn man aber einen moralischen Anschlußantrag annimmt für alle Lokalisten, so müßten alle diese Lokalisten als Organisation sich für die neue Parteibildung des Anarchosozialismus erklären haben. Das liegt nicht vor. Gegen einzelne Personen wie Kleinlein würde auch ich einen Anschlußantrag für gerechtfertigt halten, falls er noch Parteigenosse ist. Aber im übrigen würde es vollkommen den Traditionen der Partei und der Gerechtigkeit widersprechen, wenn wir einen moralischen Anschlußantrag für alle diese Leute annehmen. Deshalb möchte ich bitten, nur den Antrag auf Tagesordnung anzunehmen. Sollten Sie den Vorstandsantrag annehmen, dann jedenfalls mit dem Amendement Dunder, daß den Lokalisten bei ihrem Uebertritt in die Zentralverbände keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden. (Bravo.)

Kriem-München:

Durch die Annahme der Resolution Weibel-Regien hat die Arbeiterbewegung Deutschlands einen mächtigen und ehrenvollen Schritt zum Zusammenschluß der beiden Kampfesorganisationen gemacht. Wir dürfen aber dabei nicht stehen bleiben, sondern müssen suchen, daß die Abtrennungsbestrebungen der Anarchosozialisten und Lokalisten nicht gefördert, sondern gehindert werden. (Sehr richtig!) Es ist nahezu unglücklich, daß es noch immer Leute gibt, die sich durch die Angriffe der Lokalisten auf die Unterstützungsanstalten der Zentralverbände beeinflussen lassen. Auch den Parlamentarismus wollen die Lokalisten nicht. Kater hat selbst gesagt, daß die Leute die Zeit für den Parlamentarismus und das Geld für die Zentral-

verbände mit ihren großen Unterstüßungen sich sparen sollten. Ich betrachte die sogenannte freie Vereinigung der Gewerkschaften als nichts anderes, als eine Gegenorganisation zur Zersplitterung der Kräfte der Arbeiter. Diese Zersplitterungsversuche von Antisozialdemokraten müssen ebenso energig bekämpft werden, wie die Organisationen der Christlichen! Wer verbürgt uns, daß diese freien Organisationen bei den bevorstehenden Kämpfen nicht auch ebenso arbeiterverräterisch vorgehen, wie die Christlichen? Wie können diese Organisationen ihre Mitglieder bei Lohnkämpfen unterstützen, wenn sie kein Geld in den Taschen haben? Ich konnte es in München erleben, daß Leute, die schon zehn Jahre im Metallarbeiterverband organisiert waren, durch diese Leute so verbrocht gemacht wurden, daß sie aus dem Verband austreten wollten. Ich kann auch nicht dem Standpunkt der Rosa Luxemburg beitreten, die da sagte, daß diese Leute ebenso gut organisieren, wie wir. In dieser Zeit schwerer wirtschaftlicher Kämpfe gilt für uns das Wort: Wer nicht für uns ist, der ist gegen uns! (Sehr richtig!) Leute, die gewerkschaftlich auf einem anderen Standpunkt stehen, gehören nicht zur Partei. (Sehr richtig!) Annäherungsversuche, wie sie der Antrag Fischer will, kann ich dagegen begrüßen. Dem Antrag 107 kann ich zustimmen. Ein großer Teil unserer Genossen begreift es nicht, daß in unseren Blättern vorn auf die Anarchosozialisten losgehauen wird und hinten stehen ihre Annoncen. (Sehr richtig!) Die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission ist nicht scharf genug.

Ein von Ring-Offenbach begründeter und von Koch-Remischke damit belämpfter Schlußantrag, daß die Verhältnisse in Solingen noch nicht erörtert seien, wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Puttly-Berlin bekräftigt die Behauptung Körstens, daß die freie Vereinigung der Berliner Hiesler einen unzulässigen Tarifentwurf vorgelegt habe. Ein solcher Entwurf sei von den Unternehmern vorgelegt worden.

Berlin-Berlin bekräftigt sich auf Mitteilungen, die ihm von zentralorganisierten Hieslergenossen geworden seien.

Stadthagen: Es ist wichtig, wenn Elm behauptet, ich hätte im „Vorwärts“ Friedbergs Vorgehen und das der Anarchosozialisten unterschuldigt. Meine damalige Erklärung im „Vorwärts“ beweist das Gegenteil. Ich habe darin erklärt, daß der Anarchosozialismus auf ganz unklaren Theorien aufgebaut sei, die dieselbe Wurzel hätten, wie der Revisionismus. Ferner habe ich ausdrücklich gesagt, es sei im höchsten Grade bedauerlich, daß die Einigungsbestrebungen des Parteivorstandes zwischen Zentralverbänden und Lokalorganisierten scheitern sollten. Seitdem habe die Verbitterung bei den lokalorganisierten Genossen so stark Platz gegriffen, wie nie zuvor. Aber diese Verbitterung darf nicht so weit gehen, daß die Lokalorganisierten nicht in die Zentralverbände hineingehen wollten. Diese Erklärung ist von v. Elm also vollständig verfälscht und verdreht worden. (Sehr richtig!)

v. Elm: Nach der Erklärung Stadthagens nehme ich meine Behauptung zurück. Wir haben hier eine Reihe Kongreßteilnehmer gesagt, Stadthagen habe das Vorgehen der Anarchosozialisten direkt unterschuldigt. Wenn das nicht der Fall ist, ist die Sache damit erledigt. Gegen Puttly stelle ich fest, daß die „Einigkeit“ doch denunziert hat. Wenn Lebebour behauptet, Fischer sei nicht Anarchosozialist, so erkläre ich einfach, daß Fischer die Kongreßresolution der Lokalorganisierten mit verfaßt hat.

Stadthagen: Ich bedauere, daß v. Elm nicht einfach erklärt hat, daß das, was er behauptet hat, falsch ist. Er hat sich auf Hintertreppenerzählungen von Kongreßteilnehmern berufen. Ich bin dadurch gezwungen, den entsprechenden Satz aus meiner längeren Erklärung zu verlesen, dann mag der Parteitag entscheiden, ob auch nur die Möglichkeit eines Jretums vorlag: An einer Stelle der Erklärung heißt es: „Ihnen hilft man nicht durch Fernbleiben, sondern durch Propagandierung der Einheitslichkeit von Gewerkschaft und Partei innerhalb der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen ab. Das ist in Berlin und der Provinz Brandenburg dringend erforderlich“. Weiter heißt es zum Schluß: „Möge die besagte Annahme der Feenpalast-Resolution zu einer Stärkung der Ueberzeugung beitragen, daß zur Bewältigung des Emanzipationskampfes der Arbeit dringend erforderlich Vertiefung der Erkenntnis des Zusammenhanges der Dinge, Einheit auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiete ist. Hält man sich diese Ziele vor Augen, so kann auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete Zentralisation unter gleichzeitiger freier Entfaltungsmöglichkeit der einzelnen agitatorischen Kräfte und ein in Unterordnung unter den Willen der Partei vom Massengefühl zum Massenbewußtsein leitendes Organ in Berlin vor mancherlei Erschwerung der Aufklärungsarbeit, die unter so unendlichen Opfern nach vorwärts dringenden Genossen und die Partei bewahren.“ (Hört! hört!)

Wetz-Weipzig (zur Geschäftsordnung): Durch den Schluß der Debatte sind wir Weipziger verhindert, dem Genossen von Elm zu antworten und seine Angriffe auf die „Leipziger Volkszeitung“ zurückzuweisen.

Es folgt die Abstimmung. Sie ergibt die Annahme des Antrages Fischer-Berlin auf motivierte Tagesordnung mit großer Mehrheit. (Beifall.)

Damit sind alle anderen Anträge erledigt; ebenso dieser ganze Punkt der Tagesordnung.

Auf Vorschlag Weibel wird die Zeit für die Einbringung von Vorschlägen zur Wahl der Parteileitung bis nach Schluß der Nachmittags-sitzung verlängert.

Eine Reihe Begrüßungstelegramme ist eingelaufen, darunter eines von blinden Parteigenossen Berlins. (Bravo!)

Der Gauleiter Schlafer-Vielefeld vom Tabakarbeiterverband teilt die Absicht der dortigen Unternehmer mit, 10 000 Tabakarbeiter auszusperrten. (Entrüstungsrufe.)

Die Mannheimer und Ludwigshafener Arbeitergesangsvereine laden die Delegierten für nächsten Sonntag zu einer Fahrt nach Worms ein.

Schluß 12 1/2 Uhr.

Nachmittags-sitzung, 2 1/2 Uhr.

Den Vorsitz führt Dreesbach.

Der Parteitag tritt in die Beratung von Punkt 6 der Tagesordnung:

Maisier.

Richard Fischer als Referent legt dem Parteitage erneut die schon in Jena angenommene Resolution vor. Dieselbe lautet:

Die Maisier ist eine zur Unterstützung der Massenforderungen und des Klassenkampfes des Proletariats sowie zur Förderung des Weltfriedens von den internationalen Arbeiterkongressen beschlossene Demonstration, deren wirksame und würdige Gestaltung gemeinsame Aufgabe aller politischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist. Als solche Massendemonstration wird sie vom Unternehmertum und den bürgerlichen Regierungen bekämpft, aber dieser Widerstand kann für die Arbeiterklasse kein Anlaß sein, von der Durchführung der Maisier abzusehen. In Uebereinstimmung mit den internationalen Arbeiterkongressen von Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 betrachte die deutsche Sozialdemokratie die allgemeine Arbeitstube als die würdigste Form der Feier. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitstube am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitstube vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen.

Auf diesen Punkt der Tagesordnung beziehen sich auch die nachfolgenden Anträge, die alle genügend unterstützt sind und als Amendements zu der Resolution Fischer gelten:

52. Vielefeld-Wiedenbrück: Der auf dem Parteitage in Jena zur Frage der Maisier beschlossene Resolution folgendes hinzuzufügen:

In Erwägung jedoch, daß im wirtschaftlichen Kampfe die gewerkschaftlichen Organisationen die Verantwortung nur allein zu tragen

und dafür zu sorgen haben, daß sie stets kampfbereit dem Unternehmertum gegenüberstehen, und der Kampf um die Arbeitsruhe am 1. Mai wiederum nur durch starke gewerkschaftliche Organisationen mit dauerndem Erfolg geführt werden kann, es ferner in der Natur der Sache liegt, daß dieser Kampf leicht zu weiteren Komplikationen mit dem Unternehmertum führen kann, und endlich der Erfolg des Kampfes um die Arbeitsruhe am 1. Mai von der jeweiligen wirtschaftlichen Konjunktur (eines oder mehrerer Berufe, eines Ortes oder ganzer Industriezentren) und der damit verbundenen Schlagfertigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen abhängt, erachtet es der Parteitag als eine Pflicht der gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen, sich den von den maßgebenden Instanzen der gewerkschaftlichen Organisationen in bezug auf die Arbeitsruhe am 1. Mai gefassten Beschlüssen unterzuordnen.

Ebenso wenig wie durch die direkte Aktion ohne entsprechende Nachstellung des Klassenbewußtseins der Arbeiter in der Organisation der Arbeitsruhe erobert werden kann, ebensowenig ist es möglich, die Arbeitsruhe am 1. Mai durch planloses Einschleichen der Arbeiter an diesem Tage selbst der Verwirklichung näher zu bringen. Wie es eine geschichtliche Tatsache ist, daß planlose Putzschüsse der Unterdrückten nur die Machtposition derselben schwächen und die der Unterdrücker stärken, ebenso kann die planlose, die vorhandenen Nachfaktoren nicht abwägende Einstellung der Arbeiter am 1. Mai sehr leicht zur Erschütterung der eroberten Nachstellungen des organisierten Proletariats führen, zum Vorteil der Kapitalistenklasse. Nur durch tiefgreifende Organisation der Arbeiterklasse und eingehende Schulung derselben im Kampfe ist es möglich, allen politischen wie gewerkschaftlichen Forderungen, und damit auch der Arbeitsruhe am 1. Mai Geltung zu verschaffen.

53. 17. sächsischer Reichstagswahlkreis. Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen, um Mittel und Wege zu finden, der Kaiserfeier mehr als bisher den Charakter zu verleihen, der ihrer würdig ist.

54. Teltow - Weeslow - Storkow - Charlottenburg:

a) Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften ins Einvernehmen zu setzen über die Art der Kaiserfeierbeschlüsse, damit Differenzen, wie in diesem Jahre beim Metallarbeiterverband vermieden werden, um die Kaiserfeier der Zukunft einheitlicher und machtvoller gestalten zu können.

b) Der Parteitag verpflichtet die örtlichen Wahlvereinsvorstände, zwecks Durchführung und Regelung der Arbeitsruhe am 1. Mai mit den örtlichen Gewerkschaftskommissionen rechtzeitig in Verbindung zu treten.

c) Diejenigen Genossen, welche am 1. Mai trotz eines regelrecht gefassten Gewerkschaftsbeschlusses arbeiten, sind auf Antrag aus der Partei auszuschließen.

55. Hanau: Der Parteivorstand wird beauftragt, zwecks Durchführung und Regelung der Arbeitsruhe am 1. Mai mit der Generalkommission der Gewerkschaften rechtzeitig in Verbindung zu treten.

56. Nieder-Saxen: Die Versammlung erwartet, daß der Parteitag bei Punkt 4 der Tagesordnung zum Ausdruck bringt, daß die deutsche Sozialdemokratie an der durch den internationalen Arbeiterkongress 1889 zu Paris beschlossenen Form der Kaiserfeier festhält und energisch Propaganda für die Kaiserfeier zu machen hat. Ferner soll jeder Parteigenosse verpflichtet sein, solchen Bestrebungen, wie sie in dem Antrage (51a) des Genossen Robert Schmidt auf dem Kölner Gewerkschaftskongress gekennzeichnet sind, auf das entschiedenste entgegenzutreten.

57. Stuttgart: Alle redege wandten Parteigenossen haben sich zur Kaiserfeier der Partei und den Gewerkschaften als Referenten unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

131. Kassel-Melsungen: Versammlung beantragt folgenden Zusatz zur Kaiserfeier: Veranstaltungen, die den Charakter der offiziellen Kaiserfeier tragen, dürfen nach dem ersten Sonntag im Mai nicht mehr stattfinden.

Berichterstatter Richard Fischer:

Als wir im vorigen Jahre in Jena die Frage der Kaiserfeier besprachen, da standen wir unter dem Eindruck, daß zwischen Partei und Gewerkschaften über die Form der Kaiserfeier und ihren Charakter Meinungsverschiedenheiten obwalteten. Wir haben deshalb auch in Jena nach einem ausführlichen Referat eine längere Diskussion gehalten. Dies Jahr, glaube ich, liegt zu längeren Ausführungen kein Anlaß vor. Soweit Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren, sind sie durch die Jenaer Resolution, die ja einstimmig angenommen wurde, beseitigt. Dazu kommt, daß die Gewerkschaften seit einer Reihe von Jahren auf dem Standpunkte standen, den sie auch in Jena betonten, sich in der Kaiserfeierfrage solange bedingungslos den Beschlüssen der Partei zu unterwerfen, bis eventuell ein nächster internationaler Kongress zu einer neuen Form definitiv Stellung genommen hat. Die Gewerkschaften werden, nach ihren bisherigen Absichten zu schließen, auf dem nächsten internationalen Kongress in Stuttgart diese Frage von neuem zur Beratung bringen. Da, wie gesagt, zwischen Partei und Gewerkschaften keine Meinungsverschiedenheiten obwalteten, können wir uns dieses Jahr damit begnügen, daß wir die Jenaer Resolution unüberändert wieder annehmen. Deshalb glaube ich von einer besonderen Begründung absehen zu können. Die vorliegenden Amendements bitte ich sämtlich abzulehnen. Der Antrag 53 besagt zwar, man solle nur der Jenaer Resolution bestimmte Sätze zufügen; aber diese Sätze stehen in einem Gegensatz zu der Jenaer Resolution. (Sehr richtig!) Das wäre das gleiche, als wenn man einem Glas Juckerwasser eine Portion Essig hinzusetzt und dann sagen wollte: das ist auch noch Juckerwasser. (Gelächter.) Der Antrag würde geradezu den alten Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft hervorheben. Wenn es in dem Antrage heißt: die Gewerkschaften allein haben die Verantwortung zu tragen, so stimmt das nicht. In Jena hat die Partei sich bereit erklärt, eventuell für die durch die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai entstehenden Kosten mit aufzukommen, und wir haben es ja in diesem Jahre gesehen, daß da, wo die Gewerkschaften aus eigener Kraft nicht imstande waren, die Opfer der Kaiserfeier zu tragen und sich an die Parteilasse wandten, allen diesen Gelenden ohne Einschränkung Rechnung getragen ist. Berlin z. B. hat 100 000 M., Hamburg 6000 M. für die Opfer der Kaiserfeier aus der Parteilasse hergegeben. Der Antrag ist auch deshalb unannehmbar, weil er einen Unterschied macht zwischen den gewerkschaftlich und den politisch organisierten Genossen. Wieser suchten wir immer eine gegenseitige Vereinbarung herbeizuführen; jetzt soll ausgesprochen werden, daß allein die gewerkschaftlichen Organisationen über die Form zu bestimmen haben und daß die gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen sich dem fügen müssen. Wie aber, wenn zwei verschiedene Beschlüsse vorliegen? Man braucht nur diese Frage aufzuwerfen, um einzusehen, daß man den Antrag ablehnen muß. Wenn weiter darin die Rede ist von planlosen Putzschüssen usw., so geht man darüber am besten zur Tagesordnung über. (Sehr richtig!) Den Antrag 53 halte ich für so selbstverständlich, daß es geradezu als Beleidigung aufgefaßt werden muß, wenn man verlangt, daß Parteivorstand und Generalkommission sich sozusagen noch in Unkosten stützen sollen, um der Kaiserfeier einen würdevolleren Charakter zu verleihen. Auch der Antrag 54 muß kurzgehandelt abgelehnt werden. Die Differenzen im Metallarbeiterverband in Berlin sind Sache der Berliner; der Parteitag hat sich damit nicht zu befassen. Ueber Punkt b haben wir schon bei dem vorhergehenden Punkte entsprechende Diskussionen gepflogen und Punkt c trifft ganz verschiedene Dinge durcheinander. Was die Gewerkschaften mit den Mitgliedern machen sollen, die ihren Beschlüssen nicht Folge leisten, ist Sache der Gewerkschaften und nicht der Partei. In erster Linie müssen die Gewerkschaften dafür sorgen, daß Disziplin in ihren Reihen herrscht und glauben sie dazu der Unterstützung der Partei zu bedürfen, so muß man von Fall zu Fall entscheiden. Aber wie können wir beschließen, daß jemand, der einen Beschlüß seiner Gewerkschaft nicht respektiert, aus der Partei ausgeschlossen werden muß. Denn dadurch würden wir ja die Gewerkschaft als eine Instanz hinstellen, die über der Partei steht. (Sehr richtig!) Der

Antrag 55 ist ebenso selbstverständlich wie der Antrag 53. Der Antrag 55 spricht die Erwartung aus, daß der Parteitag zum Ausdruck bringt, daß die Sozialdemokratie an der durch den internationalen Arbeiterkongress zu Paris 1889 beschlossenen Form der Kaiserfeier festhält und energisch Propaganda für die Kaiserfeier zu machen hat. Das haben wir getan, indem wir in Jena die Resolution fassten, die ich Ihnen heute abermals unterbreite. Zu dem, was der zweite Teil des Antrags fordert, liegt gar kein Anlaß vor. Der Jenaer Beschluß hat alle Gegeneinwendungen beseitigt. Es hat sich dabei auch nicht um Bestrebungen gehandelt, sondern um die Auffassung eines einzelnen Genossen und es ist nicht Aufgabe des Parteitages, über eine persönliche Auffassung zu entscheiden, ein Jahr nachdem ein Parteitag dazu Stellung genommen hat. (Sehr richtig.) Den Antrag 57 endlich halte ich gleichfalls für selbstverständlich. Die Sache ist zu kleinlich, als daß ein Parteitag erst darüber Beschluß zu fassen braucht. Wir würden der Partei damit geradezu ein Armutszeugnis ausstellen. Ich bitte Sie also, unter Ablehnung aller Amendements den Beschluß von Jena zu wiederholen. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion wird eröffnet.

Sewering-Bielefeld:

Die Anregung zu dem Antrag 52 kam nicht von einem Gewerkschaftsbeamten, sondern von einem Genossen, der sich in hervorragender Stellung in der Partei befindet. Ob die Möglichkeit zur Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai vorhanden ist, darüber kann nicht die politische Organisation entscheiden, sondern nur die Gewerkschaften. Nicht aus finanziellen Gründen haben wir den Antrag gestellt, sondern um unsere Kollegen nicht in einen Gewissenskonflikt hineinzutreiben. Daß es an Entscheidung zu kämpfen für die Arbeitsruhe am 1. Mai bei den Gewerkschaftsmitgliedern fehlt, kann wohl niemand sagen, aber die Hauptfrage ist und bleibt doch die Organisation in gewerkschaftlicher und politischer Hinsicht. Vor unbefonnenen Putzschüssen muß ganz entschieden gewarnt werden.

Weitere Vorträge liegen nicht vor. Das Schlußwort erhält

Richard Fischer-Berlin:

Die Partei hat niemals beansprucht, daß diese Frage von der politischen Organisation entschieden werde, sondern sie hat das den Gewerkschaften überlassen und deshalb sind alle Schlußfolgerungen des Vorredners hinsichtlich. Ich kann nur wiederholen: Nehmen Sie einstimmig die Vorschläge meiner Resolution an und überlassen Sie es dem internationalen Kongress, das weitere zu beschließen. (Lebhafter Beifall.)

Die Abstimmung ergibt die unüberänderte Annahme der Resolution 159.

Es folgt Punkt 7 der Tagesordnung:

Sozialdemokratie und Volkserziehung.

Von hierzu neben den Zeitsähen der Referenten vorliegenden Anträgen werden die folgenden genähend unterlegt:

152. Die in Ziffer II. im Eingang des zweiten Absatzes stehenden Worte: „da er aus diesem Grunde den Gegensatz zwischen Handarbeit und Kopfarbeit, zwischen Praxis und Theorie aufhebt,“ — sind zu streichen.

David, unterstützt durch 21 Genossen.

153. Der erste Absatz von Ziffer V. ist zu streichen. — Danach ist der Eingang des folgenden Absatzes wie folgt zu fassen: „Der Sozialdemokratie erobert die Aufgabe“, usw.

David, unterstützt durch 21 Genossen.

154. In der dritten Zeile, letzter Absatz, ist vor dem letzten Satz einzufügen: „Aufhebung des Lehrerinnen-Fölibats.“

Lily Braun, unterstützt durch 26 Genossen.

73. Genosse Hoch-Hanau:

Zu den Zeitsähen über: Volkserziehung und Sozialdemokratie: I. Unter Ziffer 1 im Absatz 3 den zweiten Satz dahin zu ändern: Eine planmäßige Föderung der Volksschule scheitert, obwohl sie im Interesse der sozialen Entwicklung liegt, zunächst daran, daß die Arbeiterkinder in einem Maße, das mit den Rücksichten auf die Volkserziehung nicht zu vereinbaren ist, zur Erwerbsarbeit herangezogen werden. Außerdem fehlen der herrschenden Klasse der stetig wachsenden Ausgaben für Militär, Marine und Kolonialpolitik die nötigen Geldmittel zur planmäßigen Föderung der Volksschule.

II. Unter Ziffer 1 im Absatz 3 den letzten Satz zu streichen.

III. Unter Ziffer 3 dem Absatz 2 zuzufügen: unter Heranziehung des Reiches zur Deckung der Kosten.

IV. Unter Ziffer 3 zwischen Absatz 5 und 6 folgenden Absatz einzuschalten: Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder, Kontrolle und Einschränkung der Kinderarbeit im Haushalte der Eltern unter Mitwirkung der Schule.

V. Unter Ziffer 3 zwischen Absatz 6 und 7 folgenden Absatz einzuschalten: „Aufficht der Fortbildungsschule über die Beschäftigung der Schüler in den Fabriken, Werkstätten usw., Pflicht der Arbeitgeber, der Fortbildungsschule die verlangten Mitteilungen über die Beschäftigung der Arbeiter unter 18 Jahren zu machen. Einspruchsrecht der Fortbildungsschule gegen eine solche Beschäftigung der jungen Arbeiter, welche deren Fortschritte in ihrer Ausbildung nicht entspricht. Recht der Eltern zur sofortigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses in dem Fall, daß der Arbeitgeber nicht sofort auf Anweisung der Fortbildungsschule den jungen Arbeiter so beschäftigt, wie es mit Rücksicht auf seine Ausbildung notwendig ist.“

VI. Unter Ziffer 3 nach dem vierten Satze einzuschalten: Dieser Aufforderung werden die Eltern um so besser nachkommen können, je günstiger Arbeits- und Lebensverhältnisse sich die Arbeiter dank der Erzielerung ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen erringen, je weniger sie auf das Mithverdienen ihrer Kinder angewiesen sind, je gründlicher sie ihre eigene Ausbildung betreiben, je mehr Zeit ihnen für die Erziehung ihrer Kinder bleibt.

74. Hannover-Stadt: In Erwägung, daß mit dem Wachstum der Partei die theoretische Ausbildung der Parteigenossen nicht gleichen Schritt gehalten hat, dem Bildungsbedürfnis der Parteigenossen aber mehr entgegengekommen werden muß, beschließt der Parteitag:

1. Den Landes- und Provinzialorganisationen ist zu empfehlen, zur Ausbildung von Agitatoren Unterrichtskurse einzurichten, welche zugleich als Vorkurse zu der vom Parteivorstand zu errichtenden Bildungsschule zu gelten haben.

2. Den örtlichen Organisationen ist zu empfehlen, mehr wie bisher für das elementare Wissen der Genossen Sorge zu tragen.

75. Brandenburg a. S.: Der Parteitag beauftragt den auf Grund der Zeitsähe zum Thema: „Volkserziehung und Sozialdemokratie“ eventuell zu wählenden Bildungsausschuß mit der Zusammenstellung eines Verzeichnisses guter Jugendschriften. Der Bildungsausschuß hat die Grundzüge, die für seine literarische, künstlerische und wissenschaftliche Wertung von Büchern usw. besonders für die Jugend maßgebend sein sollen, möglichst bald zu formulieren und in der Parteipresse zur Diskussion zu stellen. Das Verzeichnis ist, mit einer entsprechenden kurzen Einleitung versehen, im Parteiverlag herauszugeben. Den Parteibüchern wird zur Pflicht gemacht, dieses Jugendschriftenverzeichnis, das fortlaufend zu erweitern ist, ihren Abonnenten alljährlich im Oktober als Beilage zu liefern.

77. Necklinghausen: Die Partei richtet mehr als bisher ihr Augenmerk auf die Jugenderziehung. Dort, wo es irgend möglich ist, sind Jugendorganisationen zu errichten. Letztere sollen bemüht sein, auf allen Gebieten des Wissens nachzuholen, was die Volksschule vernachlässigt hat, und die Jugend mit sozialistischem Geiste zu erfüllen.

80. Teltow-Weeslow-Storkow-Charlottenburg:

a) Der Parteitag möge beschließen: Nach dem Aktentat auf die Volksschule ist es Pflicht der Sozialdemokratie geworden,

ihrerseits eine Volkserziehung auf Grundlage der Naturwissenschaften in die Wege zu leiten, um den Massen den Erwerb einer gefestigten Weltanschauung zu ermöglichen. Die Organisation dieses Unterrichts hat auf einheitlicher Grundlage für ganz Deutschland von der Partei als solcher zu geschehen.

b) Zwecks Propaganda unter der proletarischen Jugend ist der Parteivorstand zu beauftragen, die Jugendbeilage der „Gleichheit“ sämtlichen Parteibüchern beizugeben und sie nach Bedarf zu erweitern.

c) Resolution: Der Parteitag begrüßt mit Freuden die aus der Jugend selbst heraus gewachsenen Bestrebungen, die proletarische Jugend in einer Organisation zusammenzuschließen, welche geeignet ist, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterjugend zu heben, das Solidaritätsgefühl in den jungen Herzen zu wecken, die geistige Weiterbildung zu fördern. Er betrachtet die freie Jugendorganisation als Glied der modernen Arbeiterbewegung, welches die weitgehendste Unterstützung der erwachsenen Arbeiter fordert. Der Parteitag sagt aus diesem Grunde derselben seine vollste moralische und materielle Unterstützung zu.

81. Stuttgart: Der Parteitag verpflichtet die Kreisorganisationen, soweit es im Rahmen der Landesgesetzgebung möglich ist, durch Gründung von Jugendorganisationen für Schutz und Aufklärung der arbeitenden Jugend zu sorgen.

84. Elberfeld-Barmen: Die Verhandlung vorwärts wird beauftragt, recht bald eine wöchentlich erscheinende Jugendzeitung ins Leben zu rufen. Dieselbe soll zum denkbar billigsten Preise abgegeben werden.

85. Pirna: Der Parteitag wolle beschließen, der Parteivorstand wird beauftragt, eine Jugendzeitschrift herauszugeben, welche den zu Eltern aus der Schule entlassenen Kindern unentgeltlich überreicht werden kann.

Die Anträge 78, 82 und 83 finden keine ausreichende Unterstützung.

Referent H. Schulz-Bremen:

Wir beiden Referenten, Genossen Jettin und ich, haben uns in die Arbeit so geteilt, daß wir die Schul- und Erziehungsfrage im engeren Sinne — sachtechnischen Sinne — zugefallen ist, während Genossin Jettin die Anwendung unserer pädagogischen Grundsätze auf das proletarische Elternhaus und auf die Volkserziehung, ferner die politischen Aufgaben der Partei in bezug auf die Bildung und theoretische Festigung der Genossen darzustellen übernommen hat. Die Leitgedanken meiner Ausführungen bilden deshalb die ersten drei der ihnen vorliegenden Zeitsähe. Genossin Jettin wird hernach die übrigen drei Zeitsähe begründen. Zum erstmalig befaßt sich ein Parteitag der deutschen Sozialdemokratie mit der Erziehungsfrage. Wohl ist auf früheren Parteitagern gelegentlich über eine oder die andere Unterfrage pädagogischer Art gesprochen worden; wohl ist in den programmatischen Debatten in Erfurt und Halle die Schule gestreift worden, aber selbst hier nur recht flüchtig. So beschränkte sich Liebknecht 1890 in Halle auf die lakonische Bemerkung: „Die allgemeine gleiche Volkserziehung durch den Staat ist selbstverständlich, ebenso der unentgeltliche Unterricht in allen Bildungsanstalten.“ In Erfurt 1891 ging Liebknecht zwar etwas weiter auf die im praktischen Teile des dort beschlossenen Programms entfalteten Schulforderungen ein, begnügte sich aber auch hier mit einem kurz gehaltenen Kommentar der Forderungen der Unentgeltlichkeit des Unterrichts in den öffentlichen Volksschulen, der Verpflegung und des Aufwandes in höhere Schulen. Grundsätzlich zur Erziehungsfrage sagte er nicht. Auch bei den späteren gelegentlichen kurzen Debatten, die sich meistens um Anträge zum Parteitag, besonders um die stetig wiederkehrenden Wünsche nach Bekämpfung einer sozialistischen Kinderliteratur drehten, kam man kaum über einige mehr oder weniger wichtige oder unwichtige Nebendinge hinaus. Wesentlich besser sind die mannigfachen Schulangelegenheiten auf den zahlreichen Landeskonferenzen und Zusammenkünften von Gemeindevorstellern, die in den letzten Jahren in zunehmendem Maße stattgefunden haben, darangesprochen. Weil die Schule in Deutschland Landesangelegenheit, nicht Reichssache ist, sind die parteigenösslichen Abgeordneten in den Einzelparlamenten vor die Aufgabe gestellt, sich mit den Schulangelegenheiten zu befassen und sie aus diesem Grunde auch auf ihren Landesparteitagen zur Sprache zu bringen. Ähnlich liegen die Verhältnisse bezüglich der Gemeindevorstellung. Die Aktionsprogramme unserer Parteigenossen in einzelnen Bundesstaaten enthalten deshalb auch weit mehr einzelne Forderungen in bezug auf die Schule nach dem Erfurter Programm. Aber auch bei diesen Debatten und den daraus entstandenen Programmen ist man selten bis auf den grundsätzlichen, sozialistischen Kern der Erziehungsfrage gekommen, wie das übrigens in der Natur der Sache liegt! Die Landtagsabgeordneten und noch mehr die Gemeindevorsteher haben es in der Hauptsache mit den praktischen Schulangelegenheiten zu tun. Wohl können sie gelegentlich in Anknüpfung an den Religionsunterricht eine grundsätzliche Debatte über diese Seite des Schullebens herbeiführen, aber in der Hauptsache beherrschen praktische und äußere Schulfragen, Schulbauten, Klassenfrequenz, Lehrerbeförderung und ähnliche Dinge die Debatte bei der Beratung des Schuletats. In solchen Fragen haben sich zahlreiche sozialdemokratische Stadtverordnete und Landtagsabgeordnete im Laufe der Zeit und bei dem lebhaften Interesse der Sozialdemokraten für alle Schulangelegenheiten, eine hervorragende Sachkenntnis angeeignet, die mit Freuden zu begründen ist, und für deren Förderung und Ausbreitung wir nach wie vor bestrebt sein müssen. Aber als Gegengewicht und auch zugleich als Lichtsamer für diese Fälle praktischer Detailarbeit, ist es ja länger je mehr zur dringenden Notwendigkeit geworden, wieder einmal bis auf den Grund des Erziehungsproblems vom Standpunkte des wissenschaftlichen Sozialismus aus zu steigen. Wieder einmal! Denn es hat schon sozialistische Kongresse gegeben, auf denen die prinzipielle Seite der Erziehungsfrage mit einer so instruktiven Sicherheit und mit einer durchdringenden theoretischen Klarheit dargelegt worden ist, daß man heute darüber erlaunen muß und nicht umhin kann, sich darauf zu stützen, sofern man das Erziehungsproblem mit den Mitteln des historischen Materialismus erschaffen will. Ich denke hierbei nicht an den internationalen Sozialistenkongress in London im Jahre 1898, wo auch über die Erziehung und über die körperliche Entwicklung gesprochen wurde und beschlossen worden ist, aber weniger vom grundsätzlichen — sozialistischen, als vom sozialpolitischen Standpunkte aus. Die Kongresse, die ich im Auge habe, liegen viel weiter zurück. Es sind die ersten sozialistischen Kongresse überhaupt. Die Kongresse der internationalen Arbeiterassoziation, die vom Jahre 1868 an mehrere Jahre hintereinander stattfanden. Damals, als noch die internationale Arbeiterassoziation das organisatorische wie geistige Zentrum des jugendlich-intendurigen Sozialismus bildete mit Marx als dem eigentlichen Kopf der Bewegung, damals haben sich die Arbeiter mit großem Eifer und mit großer Lebhaftigkeit mit den theoretischen Fragen der Jugenderziehung beschäftigt. Schon auf dem ersten Kongress in Genf 1868 bildete der Punkt: „Die Arbeit von Frauen und Kindern“ einen Hauptteil der Verhandlungen. Und ganz im Sinne der Marx'schen Anschauungen über den Zusammenhang auch der Erziehungsfrage mit den ökonomischen Faktoren der betreffenden Zeit wurde diese scheinbar ökonomische Frage so zum Anlaß sowohl einer scharfen Kritik des herrschenden Schulsystems als auch einer klareren Formulierung des sozialistischen Schulideals. Man hat sich auf den beiden nachfolgenden Kongressen in Lausanne 1867 und Brüssel 1868 wiederum mit der Erziehungsfrage beschäftigt. Doch ist man auf die grundsätzliche Höhe der Genfer Entschlieung, deren Text zweifellos von Marx stammte, nicht wieder gelangt. Ich will jetzt auf diese Beschlüsse in ihrem sachlichen Inhalt nicht eingehen; das soll in einem späteren Abschnitte meiner Ausführungen geschehen. Es kam mir vorläufig nur auf die Konstatierung des nicht uninteressanten Gegenstandes an, daß die Partei in früheren Jahren, als sie an Zahl noch klein war und sich die praktische Mitarbeit in den Parlamenten noch nicht erzwungen hatte, um so eifriger in der Diskussion unserer theoretischen Grundsätze war, während in späteren Zeiten mit dem Wachstum der praktischen Mitarbeit die theoretische Diskussion in den Hintergrund gedrängt worden ist. Aber wie ganz allgemein in der

Partei neuerdings ein höchst erfreuliches Wiederbestimmen auf den fördernden Wert theoretischer Klarheit gerade auch für das Wiederleiden der praktischen Kleinarbeit plagegreifen hat, so ist auch für jedwede praktische Tätigkeit auf dem Gebiete der Erziehung, sei es der Kleinkindererziehung, sei es der Schulerziehung, sei es der Erziehung im schulpflichtigen Alter, sei es schließlich der Selbstbildung, die Kenntnis der durch den wissenschaftlichen Sozialismus geschaffenen Grundlagen und Wegweiser von größter Bedeutung. Die praktische Verschärfung der Parteigenossen und Genosseninnen mit den Erziehungsaufgaben ist aber in den letzten Jahren erheblich gewachsen, und sie wird in den nächsten Jahren noch außerordentlich zunehmen. Das wird zum Teil daraus zurückzuführen sein, daß eine neue Generation von sozialdemokratischen Eltern herangewachsen ist, die ihren Kindern die an ihnen selbstgemachten Erfahrungen zu gute kommen lassen wollen. Wer als Kind eines Nichtsozialdemokraten herangewachsen ist, wird das Bedürfnis haben, seinen Kindern die viele Mühe zu ersparen, die er selbst dran setzen mußte, um sich gegen den Willen seiner Eltern zum Sozialdemokraten durchzusetzen. Wer schon sozialdemokratische Eltern gehabt hat, wird trotzdem auf manche trübe Erfahrung zurückblicken, die er seinen eigenen Kindern ersparen möchte. Oder aber, wenn er mit Freude auf seine eigene Kindheit zurückblicken kann, wird er seinen Kindern die gleiche liebe Erinnerung möglich machen wollen. Doch wir wären ungerecht, wenn wir nicht auch unserer lieben Freunde, unserer Feinde, in diesem Zusammenhang gedenken wollten. Auch die politischen Reaktionen, insbesondere die von den verbündeten konservativen Kräftigen, freikonservativen Scholbaronen und nationalliberalen Scharfmachern unter dem zweiseitigen Segen der Geistesheilen und Gelehrten fleißig vorgebrachte preussische Schulreaktion, haben ihr vollendetes Maß Anteil an dem gesteigerten Interesse der Arbeiterklasse an den Schul- und Erziehungsaufgaben. Die Arbeiter haben bisher noch zu vermeiden gesucht, den latenten Konflikt zwischen Klassenstaatlicher Volksschule und sozialdemokratischem Elternhaus zum offenen Ausbruch gelangen zu lassen. Bei dem großen Respekt der Arbeiter vor dem Wissen haben sie selbst in der heutigen unzulänglichen und oft genug arbeitserniedrigenden Volksschule vieles passieren lassen, was sie auf Grund besserer Ueberzeugung lieber bekämpft hätten. Nachdem aber die Schulreaktion ihre in Preußen unbeschränkte Macht zu einer standalösen Herabwürdigung der Volksschule noch unter ihr bisheriges niedriges Niveau ausgenützt hat, nachdem sie vor der Volksschule und den auf sie angewiesenen Volksschülern nicht die geringste Achtung bekundet hat, da verdiente die Klassenbewußte Arbeiterklasse fürwahr die ihr widerfahrene Schmach, wenn sie sich das widerstandslos gefallen ließe. „Tu las voulu, Georges Dandin“, so rufen wir der preussischen und der sich anderswo freiziehenden Schulreaktion zu. Ihr habt es gewollt! Wohlan! Wir nehmen den Fehdehandschuh an. Aber seid überzeugt, wir setzen auf euren einen Scherben mindestens anderthalbe! Und so wollen wir auf diesem Parteitag denn den Anfang machen zu einer dauernden großen Aktion im Interesse unserer Jugend, so wollen wir den Kampf mit den Mächten des Klassenstaats beginnen um den Besitz unserer Kinder. Das Kapital, das den Arbeitern das Mark aus den Knochen saugt und ihnen das Gehirn ausdörret, das ihnen jedes Familienglied vorentzückt, das dem Mann die Frau, der Frau den Mann, den Kindern die Mutter, der Mutter die Kinder treibt, dieses Kapital verächtlich und vergiftet von jeder in unerhörter Verworfenheit die Denkweise und das Gemüt der wehrlosen heranwachsenden Generation der arbeitenden Klasse und es hat neuerdings Vorzüge getroffen, daß diese Verächtlich und Vergiftung in Zukunft noch gründlicher und rücksichtsloser vor sich gehen kann. Dieser strapazenreiche Verdrängung der herrschenden Klasse an dem werdenden Geschlecht gilt es entgegenzutreten. Dem Sozialismus und der Jugend gehört die Zukunft. Je enger beide Hand in Hand arbeiten, um so besser für die sozialistische Zukunft.

Die erste Frage grundlegender Durchforschung des weiten Gebietes der Erziehung im herkömmlichen Sinne ist die Frage nach dem Ziel der Erziehung. — Die Teleologie, die Lehre vom Zweck der Erziehung, bildet darum auch den ersten Hauptteil der wissenschaftlichen Pädagogik, wie sie heutzutage an Seminaren und Universitäten gelehrt wird. Aber über das Ziel der Erziehung sind sich die bürgerlichen Theoretiker bis auf den heutigen Tag nicht einig geworden. Der eine bekämpft den andern. Die Stellungnahme hängt auf beiden Seiten von den philosophischen Systemen ab, denen die betreffenden Theoretiker angehören. Die Philosophie, und zwar die Ethik, soll das Ziel der Erziehung bestimmen, wobei wiederum die Verschiedenartigkeit der Ethik und ihrer Postulate oder doch deren abstrakte begriffliche Formulierung eine Einigung der theoretischen Pädagogen über das Ziel der Erziehung verhindert. In einem Punkte freilich herrscht eine gewisse Uebereinstimmung bei allen bürgerlichen Pädagogen: die Erziehung soll religiös-sittlicher Natur sein, ihr Ziel soll von sittlichen und religiösen Faktoren bestimmt werden. Diese Abhängigkeit der Pädagogik von religiösen und zwar christlichen Tendenzen ist begründet, wenn man berücksichtigt, daß das ganze offizielle Geistesleben seit beinahe 2000 Jahren sich unter dem Zeichen des Kreuzes vollzogen hat, und daß auch die bedeutendsten vordringlichen Philosophen, besonders Plato, von der christlichen Theologie umgeben und für sich mit Befehl belegt worden sind. Kant'sky zeigt in seiner Schrift über die Ethik und die materialistische Geschichtsauffassung die Beziehungen zwischen der antiken und christlichen Ethik auf, und er weist nach, wie diese Verähnlichung auch die bis heute währende gegenseitige Durchdringung von Ethik und Religion im Gefolge hatte, wie seitdem jede ethische Frage zu einer Frage der Theologie wurde. Dadurch ist es auch zu erklären, daß nur christliche Pädagogen bis auf den heutigen Tag vor Plato eine höfliche Verehrung machen, freilich um im nächsten Augenblicke einen Haufen von Vorbehalten gegen den kommunistischen Charakter des Platonischen Staatsideals und des von ihm für seine Staatszwecke vorgezeichneten Erziehungsideals aufzutürmen. Plato will durch die Erziehung gute Staatsbürger schaffen; der Staatszweck ist für ihn zugleich der Erziehungszweck. Das Christentum als Weltreligion konnte mit diesem Staatszweck nichts anfangen. Sein Ideal war nicht der Staat auf Erden, sondern das Reich Gottes im Himmel. Als deshalb die Kirchenväter in den ersten Jahrhunderten der christlichen Zeitrechnung sich mit der Theorie der Pädagogik zu beschäftigen begannen, stellten sie als Ziel der Erziehung das „Ebenbild Gottes“ auf. Dieses Ziel ist eigentlich im Grunde bis heute das herrschende geblieben. Wenn es in der Auslegung sich auch die verschiedenartigsten Formulierungen hat gefallen lassen müssen. Am schroffsten galt dieses Ideal im Mittelalter während der unumschränkten Herrschaft des Katholizismus und es erzeugte, wie Dittes („Geschichte der Erziehung und des Unterrichts“, 10. Auflage, Seite 10) sich ausdrückt: „In seiner Ueberstimmung jene Karikatur der christlichen Erziehung, die in absoluter Weltverachtung und in Erstickung des Fleisches das Radikalmittel zur Vereinerung alles menschlichen Glanz erblickte.“ Als die Reformation die katholische Auffassung zurückdrängte und die christliche Kirche aus der Unklammerung des internationalen Papsttums befreite, damit jeder Staat seine eigene Religion haben und jeder Fürst zugleich der Papst für seine „Landeskinder“ sein konnte, wurde dem rein kirchlichen Zweck der Erziehung auch ein Staatszweck beigegeben. Die Kinder sollten nicht nur zu frommen Kindern Gottes, sondern auch zu gehorsamen Untertanen ihres leiblichen Herrn erzogen werden. Die bedeutendsten Theoretiker der Pädagogik während der Reformation und in den darauf folgenden zwei Jahrhunderten wenden sich mit ihrer Theorie und Praxis fast stets an die „mächtigen Herren und Frauen“, an die Fürsten und Fürstinnen, und bitten um deren Unterstützung, wofür sie ihnen wiederum mit ihrer Pädagogik zu Güte kommen wollen. Und alle Schulordnungen werden im Auftrage der Landesfürsten ausgearbeitet, von ihnen befragt und erlassen. Eine energische Ablehrung von diesem engen und beschränkten Ziel der Erziehung brachte die Aufklärungsgeschichte im 18. Jahrhundert. Zwar hat selbst Comenius formell noch an dem Ebenbilde Gottes fest, doch in seiner humanistischen Auslegung dieses Ideals wird es gleichbedeutend mit dem Ideal allseitiger und harmonischer Menschenbildung. Das Kind soll nach Comenius seiner irdischen und himmlischen Bestimmung entgegen-

geführt, es soll auf Erden brauchbar und glücklich sein und im Himmel selig werden. Man erkennt sehr leicht den großen Fortschritt, den mit Comenius die pädagogische Theorie gemacht hat. Es liegt nahe — ich muß aber leider in diesem Zusammenhange davon absehen, näher darauf einzugehen — die Beziehungen Comenius' zum Kommunismus der böhmischen Brüder nachzuweisen und daraus — wenn auch in christlich-mythologischer Verbrämung seiner Zeit — seine hochliegenden erzieherischen Ideale abzuleiten. Rousseau predigte die Rückkehr zur Natur. Wenn der Jüngling aus seiner Hand geht, wird er weder Knappe noch Soldat, noch Priester sein, er wird zuerst Mensch sein. Die natürliche Erziehung muß den Menschen für alle Verhältnisse geeignet machen. Nebenlicher Art waren die pädagogischen Ziele der deutschen Aufklärer, die sich an Rousseau anlehnten, insbesondere der Philanthropisten. Basedow lud zu seinem Philanthropium in einem Kurfürst (1770) ein, in dem es hieß: „Der Zweck der Erziehung muß sein, einen Europäer zu bilden, dessen Leben so unschädlich, so gemeinnützig, so zufrieden sein möge, als es durch die Erziehung veranlaßt werden kann.“ Das philosophische Ziel, dem auch das pädagogische entsprechen sollte, war das Streben nach Glückseligkeit. Weit aber sie hinaus ragt Pestalozzi, der nicht nur die natürlichen Verhältnisse berücksichtigen will, sondern der auch den Zusammenhang der Erziehung mit den sozialen Zuständen zu erkennen beginnt. Er wollte die harmonische Ausbildung aller Kräfte und Anlagen des Menschen und zwar sollte die Ausbildung der Menschheit durch das Befolgen ihrer Natur selber bestimmt werden. In verstandesmäßiger Mäßigkeit formuliert Kant zu abstrakten philosophischen Begriffen, was Pestalozzi im Ueberflusse des Gefühls und in glühender Begeisterung anstrebt. Kant schätzt die Erziehung sehr hoch, er wollte, daß die Kinder nicht nach blohem Fortkommen für den gegenwärtigen, sondern gemäß der „Idee der Menschheit“ für einen künftigen besseren Zustand der Gesellschaft erzogen werden. Aber selbst Kant, der Gott aus seinem System durch die Haupttür hinauskomplimentiert hatte, um ihn durch die Hintertür wieder einzufangen, konnte sich nicht völlig von der religiösen Tradition freimachen. So war er auch für einen Religionsunterricht, wenn er ihm auch einen reinen Moralunterricht vorzuziehen wollte. Kant ist für die wissenschaftliche Pädagogik, die eigentlich erst im vergangenen Jahrhundert geschaffen worden ist, von großer Bedeutung geworden. Seine idealistische Ethik ist in der bürgerlichen Pädagogik noch heute fast unumsritten. Auch Herbart, der als der eigentliche Beginn der wissenschaftlichen Pädagogik betrachtet wird, kommt nicht darüber hinaus. Er hat Kant höchstens, wenn man will, ins Spießbürgerliche überetzt: Weiden kommt es an auf die Bildung des sittlichen Willens. Dieser Wille muß, wie Herbart, einer der bedeutendsten noch lebenden Theoretiker und Herbartianer, es ausdrückt, „der eigne Wille der Person sei hervorgegangen unter der Einsicht in die absolut bindende Gültigkeit des sittlichen Gesetzes.“ Dieses Sittengesetz ist aber nach Kant über Raum und Zeit erhaben, es ist absolut, für alle Zeiten gültig. Und darin kommt auch der individualistische Grundcharakter der Kantischen Philosophie wieder zum Ausdruck. Es stellt seine Forderungen an den Einzelnen, nicht an die Gesellschaft. Wenn die menschliche Gesellschaft besser werden soll, so muß zunächst der Einzelne besser werden. Zu diesem Zweck muß die Erziehung den Willen der Einzelnen bilden. Am schroffsten kommt die individualistische Grundtendenz der idealistischen Ethik Kants in ihrer Anwendung an die Erziehung zum Ausdruck bei Ziller, einem häufig mit Herbart zusammengekommenen Pädagogen und Schüler Herbart's. Er sagt in seiner Einleitung zur allgemeinen Pädagogik: „Wir denken nicht daran, den Zweck der Erziehung außerhalb des einzelnen zu suchen. Wir wollen diesen nicht denken, um aus der Familie, aus dem Staat, aus der Menschheit etwas zu machen, um sie bestimmten Zielen entgegenzuführen. Die erziehende Tätigkeit muß in dem einzelnen ihren Ausgangspunkt, ihren Verlauf und ihr Ende haben. Eine Tätigkeit, die durch den einzelnen hindurch auf die Gesellschaft zu wirken sucht, ist keine erziehende. Dem Erzieher als solchen geht gar nichts an als die Bildung, die der einzelne in sich trägt und der Gesellschaft zugute kommt, die Erhebung der letzteren aber von dem einzelnen auszugehen hat. Es sind das politische Reflexionen, die außerhalb des pädagogischen Gesichtskreises liegen. Die Sorge um die Menschheit sollte der ohnehin beschränkte Menschengeist dem höchsten Wesen überlassen.“ Diese Worte sind in den Jahren um 1857 herum, also in den Jahren nach der 48er Revolution, in einer Zeit der schwarzen Reaktion geschrieben. Das muß ihren reaktionären, unsozialen Charakter erklären. Belangt so Ziller auf der Grundlage der Kantischen Ethik zum strengsten Individualismus, so bemüht sich eine moderne, an sich nicht unsozialistische Richtung in der wissenschaftlichen Pädagogik, aus derselben Kantischen Ethik die Notwendigkeit einer sozial gerichteten Erziehung, die Sozialpädagogik abzuleiten. Katop, Universitätsprofessor in Marburg, hat mit viel Scharfsinn die von ihm anerkannte soziale Bedingtheit der Erziehung mit dem Kantischen Sittengesetz in organischen Zusammenhang zu bringen versucht. Er hat dabei unübertreffliche Resultate in einzelnen zutage gefördert, aber die eigentliche Aufgabe, die er sich gestellt hat, löst er nicht. Es gelingt ihm nicht, Kant und den Sozialismus und die Sozialpädagogik zum unlöslichen Bunde zu vereinen. Man fühlt bei ihm immer wieder heraus, daß seine Idee sozial und historisch begründet ist, daß sie seinem tiefen Wunsch sehr entspricht, aus der heutigen materiellen Zeit heraus zu kommen und in ein Reich der Wahrheit, Gerechtigkeit und Schönheit zu gelangen. Nur glaubt Katop anscheinend nicht, daß ihm der Sozialismus diesen Wunsch restlos erfüllen kann und darum tröstet er sich mit der Unendlichkeit und Unerlöschlichkeit der „Idee“, dem unbedingt Geheulichen. Damit hat er wie ein echter Philosoph die Welt wieder einmal interpretiert. Es kommt aber auch Marx darauf an, sie zu verändern. Die materialistische Geschichtsauffassung, die uns hierfür die Mittel in die Hand gibt, ist in den Streifen der Sozialpädagogik noch fast ganz unbekannt. Katop hat zwar von ihr gehört, er streift sie im Vorbeigehen und ist auch klug genug, sie nicht in Dausch und Woggen zu verwerfen, aber außer Katop hat sich kaum ein bürgerlicher Pädagoge mit dem Wesen dieser auch für das Verständnis der Pädagogik so außerordentlich wichtigen Methode beschäftigt, geschweige denn sie angewendet. Wohl aber gibt es Gelehrte mit berühmten Namen, die über die wissenschaftlichen Grundlagen der Sozialdemokratie und das sozialistische Bildungsideal so jämmerlich unterrichtet sind, daß es einen Hund erbarmen könnte. So hat der bekannte Professor Paulsen, Philosoph und Pädagoge seines Reichens, in dem von dem Jenerer Professor Klein herausgegebenen Handbuch „Die Pädagogik“ (Band I S. 607) einen Artikel über die Bildung geschrieben, in dem es u. a. heißt: „Das alte Ideal der Demokratie ist gleiche Erziehung und Schulunterricht für alle, ohne Unterschied des Berufes und der Lebensstellung. Gegenwärtig hat sich die Sozialdemokratie diese Forderung angeeignet; sie verpflichtet sich ihre Erfüllung erst nach der Aufhebung der Klassenunterschiede überhaupt, und ist so konsequent, zugleich die Berufsunterschiede als künstlich wegfallend anzusehen und in der vollkommenen Gesellschaft der Zukunft wird jeder in allen Aufgaben geschäftig sein. Das gilt insbesondere von den bisherigen Regierungsberufen. Die Arbeit der Zeitung bedarf besonders vorzüglicher Personen nicht mehr und wird bei allen der Reihe nach umgehen können.“ Und auf welche grundlegenden Theoretiker der Sozialdemokratie beruft sich dabei Paulsen? Etwas auf Marx oder Engels oder Kautsky? O nein! auf Volkamy, den phantastischen Nihilisten aus dem Jahre 2000. Wir wollen Volkamy einen guten Mann sein lassen und uns dafür an diejenigen halten, die wissen müssen, was der historische Materialismus, diese unüberstößliche Methode sowohl zur dialektischen Erforschung der Vergangenheit, als auch zur praktischen Arbeit in der Gegenwart zur klaren Erkenntnis der Zukunft für die Zielbestimmung der Pädagogik zu sagen hat. Die materialistische Geschichtsauffassung geht von dem Satz aus, so erklärt Engels in seinem Antidühring das Wesen der Geschichtsauffassung kurz und präzis, daß die Produktion und der Austausch der Produkte die Grundlage aller Gesellschaftsordnung ist, daß in jeder geschichtlich auftretenden Gesellschaft die Verteilung der Produkte und mit ihr die soziale Erziehung in Klassen

und Stände sich danach richtet, was und wie produziert und wie das Produkt angetauscht wird. Hierin sind die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Umwälzungen zu suchen, nicht in den Köpfen der Menschen, in ihrer zunehmenden Einsicht in die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit, sondern in Veränderungen der Produktions- und Austauschweise. Sie sind zu suchen nicht in der Philosophie, sondern in der Ökonomie der betreffenden Epoche. Darum sind auch die Mittel zur Befreiung entdecker Missethäter und zur Hebung der menschlichen Gesellschaft nicht etwa aus dem Kopf zu erfinden, sondern vermittle des Kopfes in den vorliegenden materiellen Tatsachen der Produktion zu entdecken. Wir haben also nicht spekulativ nach einem Ziel der Erziehung auszusuchen, sondern wir müssen die Tatsachen des ökonomischen Lebens zu begreifen und aus ihnen sowohl die gegenwärtigen als auch die zukünftigen Wege der Erziehung zu erkennen suchen. Aus dem zeitlich begrenzten ökonomischen Ziel ergibt sich auch in entsprechender Ableitung das pädagogische Ziel, die Klassen- und Standeserziehung der Vergangenheit. Diese materialistische Betrachtung macht auch erklärlich, warum wir in der menschlichen Geschichte bisher noch nie, allen Philosophen zum Trotz, eine allgemeine und gleiche Volkserziehung hatten. Die bisherige gesellschaftliche Produktion hat sie noch niemals gefordert. Es lag ein wirtschaftliches Bedürfnis für sie nicht vor. Im Theorien hat sich die wirtschaftliche Entwicklung bisher noch nie geklämmert, wenn diese Theorien nicht auf ihrem Wege lagen. In den Urzeiten der menschlichen Geschichte, als die Menschen in verschiedenen Formen kommunistischer Gemeinschaft lebten, für die die geringe Produktivität der Arbeit sie nötigte, gab es kaum eine gesellschaftliche Erziehung. Soweit man von einer solchen reden konnte, muß sie kommunistischer Art gewesen sein, wie auch die Kinder in jenen vorgeschichtlichen Zeiten in gewissen Sinne kommunistisches Eigentum waren. In den Zeiten der alten Familienformen, über die Näheres bei Morgan's Engels nachzulesen ist, herrschte ein gebundener Geschlechtsverband; wenn er sich allmählich verengte, so war doch nur die Mutter eines Kindes, nicht aber der Vater genau festzustellen. Ein Kind konnte also nicht, wie heute, von seinen Eltern erzogen werden, sondern höchstens von der Mutter; wahrscheinlich aber wurde es durch die Gesamtheit erzogen, soweit in jener primitiven Zeit von Erziehung überhaupt die Rede sein konnte. Sie wird darin bestanden haben, daß die Knaben sich zu den Männern und die Mädchen sich zu den Frauen hielten und durch die Nachahmung allmählich die Fertigkeit der Erwachsenen zu erlangen suchten, denn es handelte sich damals um Fertigkeiten, die durch Übung der Hand oder des Körpers zu erlangen waren. Geistige Bildung gab es noch nicht. Für sie wurden erst die Bedingungen geschaffen, als die Menschheit den großen Schritt aus der Zeit der Unkenntnis in die der Sklaverei getan hatte. Es trat jetzt die Teilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit ein, durch die den Klassen die körperliche Arbeit zufiel, während die durch die Entwicklung Vorbelebten die Leitung dieser Arbeit, den Handel und die Staatsgeschäfte besorgten. Diese bevorrechtete Klasse schuf auch für ihre Angehörigen die Möglichkeit, Kunst und Wissenschaft aus ihrer Mitte heraus zu entwickeln. Hier beginnt die bis heute währende unnatürliche Trennung von Theorie und Praxis, die auf der einen Seite eine scheinbar um ihrer selbst willen vorhandenen Wissenschaft und Kunst schuf, während auf der anderen Seite die körperliche Arbeit zu einer geistlosen, rohen, mangelhaften Tätigkeit degradiert wurde; gut genug, nur von Sklaven und Lohnarbeitern vollführt zu werden.

Mit dieser Teilung von Klassen beginnt auch die Klassen-erziehung, und mit dem gleichzeitigen Aufkommen des Privateigentums und der damit zusammenhängenden Einnahme die Familien-erziehung. Aber die Klassen-erziehung wie die Familien-erziehung gab es eigentlich nur bei der herrschenden Klasse, denn für die zu geistloser Teilarbeit zerlegte Sklavenarbeit bedurfte es keiner besonderen Vorbildung des Geistes; es genügte die mechanische Nachahmung, der in Notfällen die Peitsche zu Hilfe kam. Die Sklaven bekamen ihre Arbeit zugewiesen. Neben das Warum, Woher und Wohin hatten sie sich keine Gedanken zu machen. Dazu waren ihr Herr und seine Beamten da; oder eben dieser Notwendigkeiten wegen mußten die herrschenden Klassen darauf bedacht sein, ihren Nachwuchs von vornherein planmäßig zu erziehen; der Vater wollte seinem Sohne sein Eigentum vererben. Der Sohn mußte darum in den Stand gesetzt werden, dieses Erbe sachgemäß zu verwalten zu können. Er mußte, wenn auch mit Hilfe von Beamten die Produktion leiten, den Kauf und Verkauf von Produkten nachbringen bewirken können; er mußte gemeinsam mit seinesgleichen innerhalb des Staates die Geschäfte der herrschenden Klasse zu besorgen verstehen. Aus allen diesen Gründen sehen wir die Gesetzgeber, Staatslenker und Denker bei den alten Griechen eifrig um die öffentliche Erziehung bemüht. Von der gefühlsbetonen Methode des Aufsehens der Kinder (wenn sie schwächlich waren) bis zu den prunkvollen olympischen Spielen diente alles der planmäßigen Ausbildung der hellenischen Jugend — herrschenden Klasse — wie immer betont werden muß, damit sie gesund an Körper und Geist, geschickt zu Kampf und Spiel und klug im Verkehr mit Freund und Feind heranwachsen konnte. Zum ersten Male trennte sich hier eine Klasse los aus der Allgemeinheit, ließ diese für sich arbeiten, während sie selbst den Produktionsprozess geistig leitete und für diesen Zweck sich auch eine besondere geistige Bildung aneignete. Es ist selbstverständlich, daß diese geistige Bildung sich nicht erschöpfte in mittelbarer Tätigkeit für materielle Interessen, sondern daß sie auch Zeit und Mühe zur Pflege der Wissenschaft und Kunst fand. Dieser Zustand hat, von äußerer Unterdrückung abgesehen, Tausende von Jahren gedauert. Auch im alten Rom war es ähnlich. Und das Christentum, daß sich zwar der Sklaven annahm, sorgte doch nicht für deren geistige Bildung, sondern sagte ihnen im Gegenteil: „Selig sind, die geistig arm sind, denn das Himmelreich ist ihrer.“ Für die herrschenden Klassen freilich wandte das Christentum diese Formel nicht an. Es hat sich ja stets den wechselnden Bedürfnissen anpaßend genügt und Moral mit doppeltem Boden war den christlichen Priestern niemals ein Stein des Anstoßes. So kam es, daß das Christentum, als es erst zur herrschenden Religion sich durchgerungen hatte, auch in geistiger Beziehung die Führung übernahm. Die Klöster wurden zu den Stätten von Kunst und Wissenschaft. Geistliche wurden die Lehrer von Fürsten und Adligen. Die soziale Struktur hatte sich durch das Eingreifen der Germanen in die geschichtliche Entwicklung geändert. Sklaverei im antiken Sinne gab es nicht mehr. An ihre Stelle war die Hörigkeit getreten. Der Feudaladel ist im Besitze der wissenschaftlichen Macht, des Grund und Bodens. Er hat die Bauern zurpflichtig gemacht. Er bildet die weltliche Vorsehung für die Bauern; er zwingt die Bauern zu mühevoller Fron. Da die Kirche der größte Grundbesitzer jener Zeit ist, so arbeitet sie mit dem Feudaladel Hand in Hand. Ritter und Fürsten kämpfen für die Kirche mit dem blanken Schwert, die Kirche tritt für die Vorrechte der Ritter und Fürsten mit dem Schwerte des „Geistes“ ein, indem sie die geistige Bildung des Rittertums übernimmt und zugleich die Massen von unfreien Bauern in Unwissenheit und geistiger Anpaßlosigkeit erhält. Im Mittelalter gibt es auf dem Lande noch keinerlei Anläge zu Schulen für die breite Masse des Landvolkes, wohl aber gibt es Schulen unter geistlicher Leitung an den Fürstentümern, auf den Ritterburgen und hauptsächlich in den Klöstern, aber auch in den Städten des späteren Mittelalters, wo die herrschende Klasse des kaiserlichen Polizeistaates sich Schulen schuf, um sich zur Leitung der Städtepolitik, des Handels und der Produktion zu befähigen. Ritterer waren die Leiter und Lehrer, aber im Mittelalter traten doch auch schon die ersten K u n s t l e r e n B o i l e s h u l e auf. Als sich in den Städten im Gegensatz zum Patriziat ein gebildetes, tatkräftiges Kleinbürgertum entwickelte, das selbstständig und mit eigener Verantwortung in die Produktion eingriff, brauchte es auch geistige Bildung für diese Aufgaben. So entstanden in den großen mittelalterlichen Handels- und Handwerksstädten wie Lübeck, Hamburg, Augsburg, Bremen allmählich die deutschen Schreibschulen, in denen besonders das Schreiben und Rechnen gelehrt wurde.

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Mannheim.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.) Referent H. Schulz (fortfahrend):

Das Schreiben war die Hauptsache, einmal weil der Kleinhandwerker für seine Berufstätigkeit des Schreibens bedurfte, weiter auch, weil in jenen Zeiten die Buchdruckkunst noch nicht erfunden war, also alles geschrieben werden mußte, was gelesen werden sollte. Hier zeigt sich wiederum die Erscheinung, daß eine Klasse nach mehr Bildung verlangt, sobald ihre einzelnen Glieder selbständig im Produktionsprozeß eingreifen und die Klasse selbst auf die gesellschaftliche Arbeit Einfluß gewinnt. Dieser Einfluß der Kleinhandwerker dauerte aber nicht lange und ebensowenig hatte die wirtschaftliche Elite des mittelalterlichen Handwerks lange Bestand. In der Reformation rangen unter religiösem Deckmantel neue Kräfte um die politische und wirtschaftliche Machtstellung. Durch das Eingreifen des Kapitals in die Produktion verdrängt der Manufakturbetrieb allmählich den Zwangsbetrieb des Mittelalters, in politischer Beziehung die der Absolutismus mit seinen Anhängern die Macht an sich. Dadurch wurden die Ursachen, die zur Gründung der Volksschulen in den Städten geführt hatten, in den Hintergrund gedrängt. Die Lehmschule der Volksschule, die im Mittelalter die Kirche vergeblich angestrebt hatte, wurde unter dem Druck der wirtschaftlichen Entwicklung nach der Reformation spielend besorgt. Das steht im Gegensatz zu der beliebten Behauptung, daß die Reformation die Volksschule gegründet oder doch gefördert habe. Aber die bürgerliche Gesellschaftsstruktur verwechelt hier Volksschule mit höherer Schule. Die Reformation, Luther an der Spitze, haben für Hebung der Volksschule nichts getan; sie haben die Volksschule nur verschlechtert, indem sie in die religionslosen Volksschulen des Mittelalters den Religionsunterricht als oberstes und wichtigstes Unterrichtsfach einführten und die Schulen damit zur Dienerin der Kirche degradierten. Da die Reformatoren außerdem die Kirche in den Dienst des Staates stellten, wurde die Volksschule durch die Reformation dem doppelten Zwecke gewidmet, für Staat und Kirche wieder Tagelöhner zu leisten, dem ersten geborenen Unterrichten zu schaffen, und der zweiten demütigen Gläubigen zu züchten. Dagegen hat die Reformation sich der höheren Schulen mit Eifer angenommen. Luthers Schulsystem handelte nämlich nur von den höheren Schulen, denen die Aufgabe zugewiesen wurde, brauchbare Leute für das christliche und weltliche Regiment heranzubilden. Luther lag diese Sorge im Interesse seiner fürstlichen Gönner umso mehr am Herzen, als durch die Aufhebung zahlreicher Klöster ebensoviele alte Bildungstätten aufgehoben und unzählige Lehrkräfte ihres Amtes entsetzt worden waren. Die Kirche verteilte also auch unter den veränderten Verhältnissen Licht und Schatten in bezug auf die Volksbildung in der hergebrachten Weise, indem sie dem Nachspruch der wirtschaftlichen Faktoren entsprechend, den Herrschenden alle Bildungsmöglichkeiten eröffnete, die Beherrschten dagegen mit dem Anstößiglernen von geistlichen Gefängen und Gebetsprüchen und mit dem lutherischen Katechismus abspasste. In dieser traurigen Tatsache vernachlässigten weder die humanistischen Bildungsziele eines Comenius, noch der mutige Überchwang der Pflanztropisten, noch das revolutionäre Pathos eines Pestalozzi etwas zu ändern. Selbst als unter dem Druck der Schande von Jena, unter dem Einfluß der aufsteigenden Ideenströmung, in Preußen ein zaghafter Versuch zu einer großartigen Schulreform gemacht wurde, blieb dieser Versuch doch in den allerersten Anfängen stehen. Erst die hochkommende Bourgeoisie, erst das steigende Vordringen des Kapitalismus in Deutschland zwang die Staaten und Städte, ihrem Schulwesen in seiner Quantität und Qualität mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden und selbst die eifrige Rede reaktionärer Schulpolitik, die in Preußen eine Serie der volksschulfeindlichsten Kultusminister anglich zu erhalten bestrebt war und ist, wurde wenigstens vorübergehend ein wenig durchbrochen. Wir sind damit an die Schwelle der Gegenwart gelangt, die Klassenziehung der Gegenwart! Wenn es nach den Theoretikern der Bourgeoisie ginge, ja, wenn man nur das Manchestertum sinngemäß auf die Erziehung anwenden wollte, so müßte das Zeitalter des Kapitalismus die besten Schulen geschaffen haben. Der Weltbetrübend im freien Spiel der Kräfte sollte es ipso voraussagen, daß die Kräfte jedes einzelnen Wettbewerbers vorher voll zur Entfaltung gebracht werden müßten. Darum verlangt auch die diese wirtschaftliche und politische Revolution der Bourgeoisie begleitende pädagogische Theorie — man denke an Pestalozzi und Dieterweg — „die harmonische Ausbildung aller Kräfte des Menschen“; darum enthalten auch die politischen Programme der liberalen Parteien in ihrem Daseins Wahnblatte die allgemeine Volksschule und ähnliche weitgehende schulpolitische und pädagogische Forderungen. Aber Theorie und Praxis befinden sich leider noch im Gegensatz zu einander und so ist von dem schönen Schulideal, das auch im bürgerlichen Staat verwirklicht sein könnte, nichts verwirklicht, als hier und da einige mehr oder weniger wesentliche Anfänge und hier und da fragwürdige Skulpturen. Die Gründe hierfür zeigt uns eine materialistische Betrachtung der Sachlage auf. Bedarf der Kapitalist, der Fabrikant, der Industrielle gebildeter Arbeiter zum Betriebe seiner Produktion? Die Frage läßt sich nicht mit einfachem Ja oder Nein beantworten. Es kommt zunächst darauf an, was man unter „gebildeter Arbeiter“ versteht; ob man seine Allgemeinbildung oder seine Fachbildung im Auge hat. Es liegt auf der Hand, daß dem Kapitalisten in wirtschaftlicher Beziehung eine noch so hohe Allgemeinbildung des Arbeiters nicht von Schaden sein kann. Aber es liegt ebenso sehr auf der Hand, daß sie ihm in wirtschaftlicher Beziehung auch von keinerlei Nutzen ist. Die praktische Tätigkeit eines Arbeiters in einer Fabrik stellt keine Anforderungen an seine Allgemeinbildung. Es kann einem Hüttenbesitzer gleichgültig sein, ob seine Arbeiter Verständnis für Ritzmische Gemälde, theoretische Abhandlungen und Goethesche Gedichte haben; Allgemeinbildung kann seinetwegen fehlen, wenn dadurch Kosten gespart werden. Der berühmte Riquel, der es auf Grund seiner Vergangenheit und seiner vielfachen Vegetationen wissen mußte, hat es einmal herzlich eingeschanden (am 19. Dezember 1896 im preussischen Landtage): „Die sogenannte allgemeine Bildung, so unentbehrlich sie auch ist, ist für diese Klassen, wenn man aufrichtig sein will und sich nicht darüber fürchtet, es auszusprechen, doch weniger wichtig als die fachliche Ausbildung.“ (Sehr richtig! red.) — Ein ungenau bezeichnendes Wort: Man macht die Rede der allgemeinen Bildung mit, weil es anstandslos nicht anders geht, aber im Grunde seines Herzens wünscht man diese Rede zum Teufel, denn sie kostet Geld. Und wie steht es mit der fachlichen Ausbildung? Ist sie für den kapitalistischen Produktionsprozeß von Nutzen, auch nur zum Teil? Es gibt natürlich bei der technischen Leistungsfähigkeit moderner Großbetriebe eine ganze Reihe von Spezialberufen, in denen die Arbeiter Tätigkeiten leisten müssen. Aber es handelt sich nur um verhältnismäßig wenige Arbeiter im Verhältnis zum großen Ganzen, und zum Teil sind es Arbeiter, die eigentlich keine Arbeiter mehr sind: Techniker, Zeichner, Modelleur, Meister, Vorarbeiter. In einzelnen Industrien und einigen Arbeitszweigen mag auch noch für viel größere Arbeiterkategorien die Tätigkeit und Leistungsfähigkeit in einem Spezialberuf notwendig sein, aber für die große Masse der industriell beschäftigten Arbeiter liegt ein Zwang zur speziellen Berufsbildung kaum oder überhaupt nicht mehr vor. Durch die stetige Teilung der Arbeit, durch die fortwährende Ausschaltung der menschlichen Hand und ihre Ersetzung durch die Maschine, durch die heutigen Fortschritte der Technik, ist die Arbeit in einem großindustriellen Betriebe dermaßen in Hunderte und Tausende einzelner Bestandteile zerlegt worden, daß jeder ungelernete Arbeiter den schließlich nur noch von der menschlichen Hand zu besorgenden Antrieb der Maschine und ihre weitere Bedienung über-

nehmen kann. Der Unternehmer wird aber um so lieber zu dem ungelerneten Arbeiter greifen, als dieser sich billiger anbietet. Die weitere Folge dieser Entwicklung der Technik und des kapitalistischen Arbeitsprozesses ist die Einstellung von Frauen und schließlich gar von Kindern, da selbst diese einen Teil der einfachen Handgriffe, die in einer Fabrik zu machen sind, übernehmen können und dabei den Vorzug größerer Billigkeit und Willigkeit haben. Neuerdings, da durch gesetzliche Eingriffe die Ausbeutung der Frauen- und Kinderarbeit ein wenig eingengt worden ist, sucht der Fabrikant billige Arbeitskräfte von außerhalb her zu bekommen. Ohne Bedenken werden in zahlreichen Betrieben polnische, russische und galizische Arbeiter und Arbeiterinnen eingestellt, unbelümmert darum, ob sie Analphabeten sind. Für die mechanische geistlose Tätigkeit in der Fabrik sind sie nach einigen Stunden, Tagen oder Wochen hinlänglich eingedrillt, so daß sie an der Stelle, an die sie gestellt sind, dem Fabrikanten ebenso viel Mehrwert erbringen, wie es ein gebildeter deutscher Arbeiter tun kann. Was folgt daraus für das kapitalistische Schulideal in der Praxis? Ganz ohne Bildung kann man die Massen heute nicht mehr lassen. Schulen müssen sein, zumal sie schon seit Jahrhunderten gewesen sind. Außerdem ist es für die meisten Zweige der kapitalistischen Produktion von Wert, wenn der Arbeiter wenigstens die Elemente des Lesens, Schreibens und etwas Rechnens beherrscht; auch liegt ihm im Interesse der gegenwärtigen Gesellschaftsorganisation. Aus diesen Gründen ist das Kapital schulfreundlich, aus diesen Gründen fabrizieren die Landtage Schulgesetze und erheben die Gemeindevertretungen die ihnen übertragenen Aufgaben der Schulverwaltung. Aber man sucht doch die Leistungsfähigkeit der Volksschule auf einem möglichst niedrigen Stand zu halten. Und darum schränkt man sie innerlich und äußerlich nach Möglichkeit ein. Das jüngste gesetzgebende Konstrukt in Preußen, das Schulunterhaltungsgesetz, ist dafür ein charakteristischer Beleg: Nach innen wird die Volksschule durch die scharfe Konfessionalisierung und durch die darin zum Ausdruck kommende höhere Wertung des Religionsunterrichts geschädigt, äußerlich schadet der Volksschule die als Folge des Gesetzes eintretende Zunahme leistungsfähiger Jünglingen in Preußen. Die chronische Überfüllung der Schulklassen, der skandalöse Zustand vieler „Schulhäuser“ in Preußen, in denen nach einem Wort des verstorbenen Kultusministers Boffe Leben und Gesundheit der Lehrer und Schüler gefährdet sind, die jämmerliche Besoldung der Lehrkräfte sind ebenfalls Beweise hierfür. Man hat den hieraus resultierenden Passus unserer Leisage: „außerdem bewirkt die zunehmende Arbeitstellung und die dadurch entfallende Schablone und Geisteslosigkeit der Arbeit in vielen Industriezweigen ein Erlahmen des kapitalistischen Interesses für die Volksschule“, bestritten und ihn als unrichtig hingestellt. Ein Antrag verlangt darum auch seine Streichung. Ja, kann man diesem Antrage nicht nur nicht zustimmen, sondern muß dringend vor ihm warnen und um die Verfechtung der Fassung unserer Leisage in diesem Punkte bitten. Genosse Hoch, der Einbringer dieses Antrages, hat ihn in einem Artikel der Mannheimer „Volkstimme“ zu begründen versucht mit der Behauptung, daß das kapitalistische Interesse eine unso intelligenter Arbeiterkraft braucht, je länger die kapitalistische Wirtschaft dauert. In der letzten Zeit klagen die beteiligten Unternehmer ganz besonders häufig über die ungenügende Anständigkeit und Zuverlässigkeit gerade der ungelerneten Arbeiter. Dabei ist vielfach als Grund für die verminderte Leistungsfähigkeit der Arbeiter der Umstand angegeben, daß ein immer größerer Teil der Arbeiter aus ländlichen Gemeinden stammt, in denen die Volksschule noch mehr als in den Städten vernachlässigt wird. So wirkt auch jetzt noch das kapitalistische Interesse als eine Mahnung zur Besserung der Volksschule, freilich eine Mahnung, die gegenüber den anderen volksschulfeindlichen Interessen des Kapitalismus nicht stark genug ist, um zur vollen Geltung zu gelangen. In dem letzten Satz liegt die Möglichkeit einer Einigung zwischen uns und dem Genossen Hoch. Wir bestreiten gar nicht, daß es nicht Industrien und Unternehmern gibt, die besser gebildete Arbeiter brauchen könnten, als sie die heutige Volksschule liefert, aber andererseits halten wir auch an unserer Auffassung fest, daß, wie es in unseren Leitfragen heißt, in vielen Industriezweigen das Interesse des Kapitalismus für die Volksschule erlahmt; man denke an Ziegeleien, Spinnereien, Webereien und gewisse Industriezweige im Ruhrgebiet. Selbst auf den Werken werden viele ausländische Arbeiter angestellt, die weder lesen noch schreiben noch deutsch sprechen können. Mag sein, daß die betreffenden Fabrikanten gebildete Arbeiter ebenso gern nähmen, wenn sie sie ebenso billig und willig bekämen, aber da dieses nicht der Fall ist, so erlahmt eben das Interesse der Kapitalisten an der Volksschule. Gerade diese Tatsache deutet auch die tiefer liegenden ökonomischen Ursachen auf, die die national-liberalen Fabrikanten entgegen ihrer früher (1892) bekundeten Feindschaft gegen die Konfessionalisierung der Volksschule zu Freunden der jüngsten preussischen Schulverschlechterung machte. Engels drückt in seiner „Lage der arbeitenden Klassen in England“ sich so aus: „Wenn die Bourgeoisie ihnen (den Arbeitern) zum Leben so viel läßt, als eben nötig ist, so dürfen wir uns nicht wundern, wenn sie ihnen auch nur soviel Bildung gibt, als im Interesse der Bourgeoisie liegt, und das ist zuviel wahrlich nicht. Es kann aber nicht anders sein, die Bourgeoisie hat wenig zu hoffen, aber manches zu fürchten von der Bildung der Arbeiter.“ Es ist selbstverständlich, daß die ökonomischen Interessen des Kapitals sich nicht überall gleich stark und nicht immer in voller Stärke durchsetzen können. So ist auf Amerika und Frankreich verwiesen worden, wo der Kapitalismus ebenso oder noch stärker herrsche als in Deutschland, trotzdem seien dort die Volksschulen weit besser als in Deutschland. Das trifft zu. Es ist naturgemäß, daß dort, wo freiere politische Verhältnisse sind und der Volkswille sich ungehindert durchsetzen kann, auch bessere Volksschulen sind. In kleineren Staaten haben wir auch in Deutschland ähnliche Verhältnisse. In Preußen, im Lande der unbeschränkten reaktionären Möglichkeiten, im Lande der unbeschränkten Herrschaft der Junker und der volksschulfeindlichen Junkerkritik und Hierarchie, konnte die Schulverfassung gegen den Lauf und vernehmlich bekundeten Willen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt werden. In der kleinen Republik, wo Junker und Pfaffen „nir zu legen“ haben, Vessiersche dafür freilich umso mehr, und wo eine einheitlichere Bevölkerung vorhanden ist als in dem vielgestaltigen Preußen, wurden schon die ersten geheimen Versuche eines Schulreforms, preussische Schulgesetze und preussische Orthodozie einzuführen, durch einheitliche Empörung der Bevölkerung zunichte gemacht. Die tapferen brennischen Volksschullehrer setzten außerdem auf den einen Schmelzen des Schulvogtes andertalbe, indem sie die Abschaffung des Religionsunterrichts überhaupt verlangten, weil nur auf diese Weise jede mißbräuchliche Ausnutzung des Religionsunterrichts wirklich erfolgreich vermieden wird. Es ist unnötig, zu sagen, daß wir den brennischen Lehrern in dieser Beziehung durchaus zustimmen. In Frankreich und Amerika mit ihren viel freieren demokratischen Einrichtungen kann eine Schulreform wie in Preußen überhaupt nicht aufkommen. Aber man darf sich auch auf der anderen Seite durch die begeisterten Berichte einiger Schulmänner und Sozialpolitiker über amerikanisches Schulwesen nicht irreführen lassen. O nein. Es ist auch in Amerika nicht alles Gold, was glänzt, und von dem sozialistischen Schulideal, von einer systematischen Organisation des ganzen Bildungswesens nach pädagogischen sozialen Maßstäben, statt nach dem Geldbeutel des Paters, ist man auch in Amerika und ebenso in Frankreich noch weit entfernt. Sodann muß man sich vor der falschen Schlussfolgerung hüten, als ob der höhere Stand der Volksschule in demokratischen organisierten Staatswesen und ebenso die gelegentlichen vereinzelten Fortschritte im deutschen Schulwesen auf die herrschenden Klassen zurückzuführen sind. Wo immer Fortschritte im Schulwesen sich zeigen, sind sie direkt oder indirekt der modernen Arbeiterbewegung, dem klassenbewußten Proletariat geschuldet. Es äußert sich darin eine Wirkung der zunehmenden

Macht des Proletariats. Ich habe schon früher gelegentlich darauf aufmerksam gemacht, daß eine nach ökonomischer Befreiung und Selbstständigkeit strebende Klasse auch stets das Bedürfnis nach geistiger Auffrischung und Weiterbildung hat, daß es diese Bildung im Interesse seiner wachsenden ökonomischen Macht verlangt. So war es bei den Griechen, so war es bei dem Feudaladel des Mittelalters, so war es bei den städtischen Patriziern, so war es bei dem Handwerkerstand im Mittelalter. Heutzutage bei der Aufwärtsbewegung des Proletariats handelt es sich zwar nicht um die Erlangung der individuellen und ökonomischen Selbstständigkeit des Arbeiters, die zu verlangen angesichts der kapitalistischen Riesenbetriebe ein anstandsloses Beginnen, ein richtiger Bahn wäre, aber individuelle Produktion zur Befriedigung persönlicher Bedürfnisse, ist auch nicht das Ziel der Zukunft und des Sozialismus, sondern gemeinsame Produktion, planmäßige Organisation der Produktion. So wie aber der Kapitalismus selbst schon in der Gegenwart durch Schaffung von Riesenbetrieben und auf andere Weise den kommenden Sozialismus ungewollte Vorarbeit leistet, so läßt auch das organisierte Proletariat schon heute einen in der Richtung zum Sozialismus liegenden, mehr oder minder starken ökonomischen und politischen Einfluß aus. Wo die Bewegungsfreiheit eine größere ist, ist auch dieser Einfluß ein ziemlich großer. Wo man dem Proletariat die Bewegungsfreiheit zu unterbinden versucht, wie in Preußen-Deutschland, tritt der Einfluß des Proletariats weniger in die Erscheinung, hier wirkt er mehr nach innen auf das Proletariat zurück und verstärkt dessen Geschlossenheit, Kraft und revolutionäre Energie. Während deshalb in angedeuteten Ländern die klassenbewußte Arbeiterkraft sich mehr positiv an dem freibewussten Ausbau des Schulwesens beteiligen kann, wie in England und Amerika, oder durch Abwehr der liberalen Reaktion die freie Schule, wie in Frankreich, schützen kann, ist die deutsche Arbeiterkraft in bezug auf ihr Bildungsbedürfnis vorwiegend auf Selbsthilfe angewiesen. Aber selbst wenn die Bourgeoisie mehr Interesse an einer gut organisierten leistungsfähigen Volksschule hätte, als sie in Wirklichkeit besitzt, so würde es um das Volksschulwesen nicht viel besser bestellt sein, als heute. Jede Hebung des Schulwesens kostet Geld, jede neue Schulkategorie, die eine überfüllte Schulkategorie beseitigt, jeder neue Lehrer, der angestellt wird, um dem schreienden Lehrermangel abzuhelfen. Jedes neue Lehrmittel, das die ärmerliche Ausstattung der Volksschule bereichert, kostet Geld. Geld ist aber ein rarere Artikel in heutigen Klassenstaaten. Freilich, die Steuerzahler müssen Jahr für Jahr ungeheure Summen aufbringen, und die Staaten, insbesondere das Reich, wissen diese Summen auch unter die Leute zu bringen, aber für Schulaufgaben, besonders für die Volksschule, fällt dabei sehr wenig ab. Militarismus, Marinismus, Kolonialpolitik, Neubesatzpolitik und ähnliche kulturfeindliche Zwecke verschlingen jährlich die Hunderte und Aberhunderte der Millionen von Reichsmark und bringen dadurch die Budgets der Einzelstaaten in Unordnung. Die Einzelstaaten wiederum haben für alle möglichen Dinge Gelder zur Hand, sei es für die Kirche, sei es für einen neuen Besitztätigkeit, aber für die Bedürfnisse der Volksschule wird der Fennig zehnmal in der Hand umgedreht, ehe er zur Ausgabe gelangt. An dieser beschränkenden Tatsache ändert auch der Umstand nichts, daß die Summen, die die Schuletats beanspruchen, absolut genommen, ziemlich hoch erscheinen. Bei der großen Zahl von schulpflichtigen Kindern kommen selbst bei geringen Leistungen doch insgesamt ganz erhebliche Summen zusammen. Sodann muß man diese Zahlen im Verhältnis zu anderen Ausgabequellen prüfen, besonders muß man die Aufwendungen des Staats für die höheren Lehranstalten gegen die für die Volksschulen halten. Nur einige Zahlen aus dem jüngsten preussischen Schuletat: Der Staat verausgabt für circa 19 000 Studenten 12,68 Millionen Mark, d. h. für den Kopf 650—700 Mark, für 170 000 Schüler höherer Lehranstalten zahlt der Staat 14,58 Mill. Mark, d. h. für den Kopf durchschnittlich 85—90 Mark, für über 6 Millionen Volksschüler 85 Millionen Mark, scheinbar viel, auf den Kopf berechnet aber nur durchschnittlich 14 Mark. Der Staat gibt also für die Ausbildung eines höheren Schülers, also vielleicht eines künftigen Technikers oder Verwaltungsbeamten, ungefahr 10mal und für die Ausbildung eines Stubenten, also vielleicht eines künftigen Staatsanwalts oder Seelsorgers, ungefahr 10mal so viel aus, wie für die Ausbildung eines Volksschulchülers. Ich beschränke mich auf diese wenigen Zahlen, um den Klassencharakter des heutigen öffentlichen Schulwesens zu zeichnen. Es liegt auf der Hand, daß der Staat mit den wesentlich höheren Summen, die er für das höhere Schulwesen aufwendet, dieses auch mannigfaltiger gliedern und besser ausrüsten kann. So wie sich die höheren Lehranstalten meistens schon in der inneren und äußeren Einrichtung von den Volksschulen unterscheiden, so wird auch für die Lehrkräfte und Lehrmittel der höheren Schulen mehr aufgewendet. Hier sind akademisch gebildete Lehrer die Regel; Seminaristisch gebildete werden nur in untergeordneten Fächern beschäftigt. Die Laboratorien, Apparate und Instrumente an den höheren Lehranstalten sind aufs beste eingerichtet, und den wissenschaftlichen Unterrichtsfächern zuliebe wird sogar der Religionsunterricht beschnitten — was viel besagen will! Wie aber steht es demgegenüber in der Volksschule aus! Nach den allgemeinen Bestimmungen vom 15. Oktober 1872 sollen an Lehrmitteln in jeder Volksschule vorhanden sein: 1. Ein Exemplar der in der Schule eingeführten Lehr- und Lernbücher. 2. Eine Wandkarte der Provinz. 3. Dito von Preußen. 4. Dito von Deutschland. 5. Dito von Europa. 6. Dito von Palästina. 7. Ein Globus. 8. Ein Alphabet weithin erkennbarer auf Holz oder Papptafeln gefesteter Buchstaben. 9. Eine Waage. 10. Ein Lineal und Zirkel. 11. Eine Rechenmaschine, in evangelischen Schulen außerdem 12. Eine Bibel. 13. Ein Gesangbuch. Für die Lehrer an den Volksschulen hält man eine wissenschaftliche Ausbildung nicht für notwendig. Zwar jeder Pfarrer, und wenn er in der kleinsten und entlegensten Dorfschule sitzt, muß ein jahrelanges Studium durchgemacht haben, ehe er für seine seelsorgerischen Aufgaben geeignet erachtet wird, ein Volksschullehrer dagegen, dem die Jugend anvertraut wird, damit er sie zu künftigen Bürgern dieser Welt erzieht, wird mit der rückständigen verflachten Seminarbildung abgespritzt, und wenn in einem erheblichen Teil der deutschen Volksschullehrerschaft nicht ein echt proletarisches Drang nach Aufwärts ans Licht und an die Freiheit lebe, der sie durch eigenes Studium über die Niederungen der Seminarbildung hinwegtrüge, so stünde es um die Volksschuljugend noch schlimmer, als es heute schon der Fall ist. Von den großen, weltbewegenden Erumgenheiten der Naturwissenschaften, von Darwin und der auf ihn zurückgehenden Entwicklungslehre erfahren die Seminaristen nichts; von noch größeren Ereignissen und bedeutungsvollen Lehren der neuen Zeit auf historischem und sozialem Gebiet erst recht nicht. Dafür wird ihnen aber, wie einst durch die Regulative die sogenannte klassische Literatur, neuerdings durch Herrn Studt die Lektüre moderner Dichter, ein Hauptmann und Sudermann verboten. Umso fleißiger müssen die Seminaristen die Bibel, den Katechismus, Kirchengeschichte und ähnliche verstaubte Dinge studieren. Um so eifriger wird ihnen patriotische Geschichtsliteratur, Flotten- und Kolonialkämpferische Lektüre empfohlen. — Auf diese Weise will man den gesunden proletarischen Sinn der Volksschuljugend aus seiner geraden Bahn ablenken, ihn für die Nebenwege der herrschenden Gesellschaft einfangen. Der Religionsunterricht nimmt den sechsten Teil des gesamten Volksschulunterrichts ein; statt Darwin führt Moses die Jugend in die Weltanschauung ein, der Deutschunterricht kommt aber die Elementarfächer kaum hinaus. Ähnlich steht es mit den übrigen Unterrichtsfächern: Im Geschichtsunterricht wird in skamloser Weise der Verlauf der Weltgeschichte dynastischen Interessen zuliebe verdreht und verfälscht dargestellt. Die Volksschule soll auf diese Weise den Herrschaftszwecken der kapitalistischen Gesellschaft dienlich gemacht werden. Man will die Proletariatskinder, in denen das Glend ihrer Umgebung schon in früher Jugend Erbitterung erweckt, durch ein Uebermaß

an orthodoxer Religiosität, durch verlogene Geschichten über edle und volkreundliche Herrscherhäuser, durch Borenhaltung der wissenschaftlichen Wahrheit, durch lächerliche Entstellungen der Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung, durch eine heuchlerisch-sentimentale und überlebte Moral und nicht zuletzt durch rücksichtslose, lafarnenmäßige Disziplin unter Juhlfestnahme des Bräutigams von der im Proletariat herrschenden revolutionären Grundstimmung ablenken und statt dessen frühzeitig in ihnen die Gefühle des widerspruchslosen Gehorsams gegen göttliches und weltliches Gebot, der frommgläubigen Demut, der untertänigen Treue gegen Kaiser und Reich züchten. Im Religions- und Geschichtsunterricht der Volksschule treten diese Tendenzen am unverhülltesten in die Erscheinung; aber auch in den anderen Unterrichtsfächern, im Deutschunterricht, im Geographieunterricht, im Gesang- und Turnunterricht. Ferner treten bei den Schulfesten und Andachten diese arbeitfeindlichen Bestrebungen auf. Wenn sie nicht den erwarteten Erfolg haben, so ist das neben anderen Gründen besonders auf die Gegen Tendenzen des proletarischen Elternhauses zurückzuführen, Tendenzen, die angesichts der in der preussischen Schulvorlage neuerdings und in verstärktem Maße bekundeten reaktionären Pläne der herrschenden Klasse zu verstehen und zu verstärken sind. Hoffentlich gelingt es uns auf unserem jetzigen Parteitag, diesen Gegen Tendenzen mehr Einseitigkeit und Kraft zu verleihen.

Nach dem Genossen Schulz sprach Genossin Zeitlin, die ihre Rede nicht zu Ende führen konnte.

Der Parteitag nahm ohne Debatte eine Resolution Dunder an, nach der die ganze Angelegenheit einem Bildungsausschuss von sieben Personen überwiegen und auf einem späteren Parteitag weiterberaten werden soll.

Aus der Partei.

Eine riesige Volksversammlung

Haben die Mannheimer Genossen am Dienstag im Lokale des Parteitages, in dem riesigen Rabelungsaal des Rosengartens, abgehalten. Als Redner traten auf die Genossen Adolf Oed, der die Zoll- und Steuerpolitik im Reich und die daraus resultierende Steuerlast behandelte, Genossin Rosa Luxemburg, die über die russische Revolution sprach und Genosse Georg Ledebour, der das Thema Kolonialpolitik behandelte. Die vielstündige Versammlung wurde durch eine riesige Menge von Zuhörern wegen Ueberfüllung wieder umkehren — unter der die Frauen besonders zahlreich vertreten waren, nahmen die trefflichen Ausführungen der Referenten mit höchstem Beifall entgegen. Besonders Interesse beanspruchten bei der jetzigen politischen Situation die Ausführungen der Genossin Luxemburg, deren Erscheinen ursprünglich wegen Unwohlseins abgelehnt war, die dann aber doch während der Referate erschienen war, empfangen von den enthusiastischen Begrüßungen der Versammlung. Genossin Luxemburg sagte nach dem Bericht der Mannheimer „Vollstimme“: Heute habe ich mich krank geglaubt, aber es hieß, ich solle hier erscheinen und einige Worte über die Revolution sprechen. Ich werde es tun, soweit ich Kraft dazu besitze. Mein Vordredner hat mich am Schlusse seiner Rede eine Märtyrerin und Dulderin der russischen Revolution genannt. Ich muß meine Ausführungen mit einem Proteste hiergegen beginnen. Wer die russische Revolution nicht von weitem betrachtet, wer selber für dieselbe gewirkt hat, der wird nicht sagen, er sei ein Dulder und Märtyrer. Ich kann Sie ohne jede Uebertreibung und mit offener Ehrlichkeit versichern, daß jene Monate, die ich in Rußland zubrachte, die glücklichsten meines Lebens sind. Ich fühle mich tief betrübt, daß ich aus Rußland heraus und herüber mußte nach Deutschland. Es ist ein völlig falsches Bild, das Sie sich von der Revolution machen auf Grund der sensationellsten Telegramme der bürgerlichen Telegraphenagenturen. Man malt dem Auslande ein großes Blutmeer, unerhörte Leiden des Volkes ohne den geringsten Lichtstrahl. Das ist die Auffassung des bedakenden Bürgertums, aber nicht der proletarischen Klasse. Jahrhundertlang hat das russische Volk gebuhlet, die furchtbaren Leiden im Laufe der Revolution aber, sie sind nur gering gegen die schrecklichen Leiden, die das russische Volk vor der Revolution, unter einer ruhigen Herrschaft über sich ergehen lassen mußte. (Sehr richtig!) Jahrhundertlang lebte Rußland unter dem Joch des Absolutismus; hat aber jemand danach gefragt, wie viele Tausende am Sturbeut, an Hunger zugrunde gegangen sind? Hat jemand danach gefragt, daß Tausende Proletariat auf dem Schlachtfelde der Arbeit gefallen sind, ohne daß sich auch nur der Statistiker darum kümmerte? Wie viele Kinder auf den russischen Dörfern verkommen oder nicht das erste Lebensjahr erreicht haben aus Mangel an Nahrung? Sie werden begreifen, daß gegen diese unzähligen Opfer die jetzigen Opfer und Leiden ganz minimal sind. Aber nun die andere Seite der Medaille. Während früher das russische Volk ohne jede Aussicht dahinlebte, aus seinen furchtbaren Leiden herauszukommen, weiß es jetzt, wofür es fällt, wofür es leidet, wofür es kämpft. Jeder weiß, daß er wenigstens für seine Kinder, seine Entel an der Befreiung des Volkes mitarbeitet. Das russische Volk hat sich nur furchtbar verspätet, es ist um ein halbes Jahrhundert in der Entwicklung hinter den anderen Nationen Europas zurückgeblieben und kämpft nun als letzter Nachzügler für seine Befreiung durch die Revolution. Die Geschichte weiß, was sie tut, und wenn sie uns auch hat warten lassen, wir bekommen dafür ein ganz anderes Geschenk als die anderen und vorausgegangenen Nationen. Bei uns ist die Revolution eine ganz andere Erscheinung, als es die Märzrevolution in Deutschland und die große französische Revolution waren. Wollt kämpft man in Rußland um dieselben bürgerlichen Freiheiten, ein Parlament, das Vereinsrecht, die Pressefreiheit usw., für die man in Deutschland schon im Jahre 1848 gekämpft und in Frankreich schon ein halbes Jahrhundert früher, aber heute steht bei uns nicht das aufstrebende Bürgertum an der Spitze dieser Bewegung, sondern es ist das Proletariat, welches die führende Rolle im Kampfe übernommen hat. Das russische Proletariat gibt sich nicht den Illusionen des Bürgertums von 1848 hin, es weiß ganz gut, daß die Einführung der Herrschaft des Sozialismus von heute auf morgen eine Unmöglichkeit ist, es weiß, daß nichts anderes als ein bürgerlicher Rechtsstaat zustande kommen kann. Aber wir wären nicht würdig des Namens von Sozialdemokraten, nicht würdig, Schüler von Marx und Engels zu sein, wenn wir an der bloßen Form kleben und nicht unterscheiden würden, daß unter ein und derselben Form verschiedene soziale und geschichtliche Inhalte stecken kann. Gerade aus dem Umstände, daß unser Rechtsstaat von der schwelgen Hand des Proletariats geformt wird, wird er die festen Eindrücke erhalten, die mehr dem Proletariat als dem Bürgertum zugute kommen. Das russische Proletariat kämpft zunächst um die bürgerliche Freiheit, um das allgemeine Wahlrecht, die Republik, das Vereinsrecht, die Pressefreiheit usw., aber es kämpft nicht mit den Illusionen, die das Proletariat von 1848 erfüllten, es kämpft um die Freiheiten, um sie als Kampfmittel gegen die Bourgeoisie in die Hände zu bekommen. Wer einen Einblick in russische Verhältnisse hat, der muß den Eindruck gewinnen, daß der russische Liberalismus schon zu einem Jüerg zusammengekrumpft ist und wie das Proletariat immer lawinenartig, immer riesiger aufschwilt, der muß sich aber auf Grund dieser Erscheinung sagen, daß der Rechtsstaat Rußland etwas ganz anderes sein wird, wie das heutige Deutschland. Aus der russischen Revolution kann nimmermehr die Spottgeburt des Liberalismus hervorgehen, wie jetzt in Deutschland. Es ist eine unrichtige Auffassung, wenn man die russische Revolution nur vom Standpunkte der sogenannten Rechtsordnung betrachtet und schließlich darauf wartet, daß ein Parlament zu Recht besteht. Sie kennen ja die Geschichte der ersten Duma. Der Liberalismus fühlte sich schon durch den Zusammentritt derselben befreit von dem furchtbaren Traum der Revolution, als die Vernichtung der Duma erfolgte. Die Auflösung der Duma war kein Zeichen der Macht des Absolutismus, sondern der Ohnmacht des russischen Liberalismus. Die Auflösung der Duma hat gezeigt, daß das russische Bürgertum tief gefallen ist. Bei

jedem weiteren Versuch wird sich zeigen, daß ihm die Kraft zu dem Kampfe gegen den Absolutismus fehlt. Als die Duma kam, daß die Duma zu Rußland gehen sollte, wußte diese nichts Besseres zu tun, als nach Finnland zu fliehen und dort einen papierenen Protest für den Papierford der Weltgeschichte zu fabrizieren. Das russische Proletariat hat sich trotz der tiefen Stufe, auf der es sich befindet, viel reifer gezeigt als das russische Bürgertum. Es hat von vornherein begriffen, daß der Parlamentarismus ohnmächtig ist, solange der Absolutismus am Ruder ist, solange dieser nicht durch die Bestrebungen der revolutionären Klasse erdrückt wird. Wir stehen heute vor der Frage der Nachtergreifung durch das revolutionäre Proletariat. Der Liberalismus hat bereits ausgespielt, das hat die Duma gezeigt. Die Aufgabe des Proletariats ist keine leichte, es ist ein Kampf auf Tod und Leben zwischen dem russischen aufstrebenden Volke und dem russischen Absolutismus. In diesem Kampfe soll sich das Schicksal der künftigen russischen Freiheit entscheiden. Es gibt wohl auch eine Reihe zögerlicher Gesinnungen, die sagen, daß durch die jetzigen Brutalitäten der Gewalthaber die Revolution in einem Blutmeer erstickt werden könne. Wer drüber gewiesen ist, weiß, daß das nicht wahr sein kann. Es ist nichts Irriger, als anzunehmen, daß die russische Freiheit gewaltsam zurückgehalten werden könne. Auch hier bewährt sich die Lehre von Marx und Engels, daß jede Gesellschaftsordnung eine historische Notwendigkeit ist, daß sie zur Welt kommen muß, genau wie die Frucht aus dem Mutterleibe, auch wenn es noch so große Anstrengungen kostet. Der Kampf, der uns noch bevorsteht, ist die schwierigste Probe der ganzen Revolution. Sie müssen sich den Massenstreik als eine bloße Wiederholung nach allen Richtungen vorstellen; es war eine fortlaufende Reihe von Entwicklungen in der revolutionären Bewegung, die aber das Proletariat immer höher und höher gebracht hat. Es ist die regelrechte Entwicklung zur inneren Reife und Erkenntnis, die uns bis zum jetzigen Punkte der Revolution gebracht hat. Diese Erkenntnis besteht darin, daß es nicht bloß genügt, Massenstreiks durchzuführen, um den Absolutismus zu kürzen, sondern daß man früher oder später auch die Frage eines Volksaufstandes gegen den Träger des absolutistischen Regimes erwägen müssen, um die Revolution zu Ende zu führen. Der ganze Verlauf der Revolution beweist gerade, wie sie sich von allen anderen früheren Revolutionen unterscheidet — es waren kurze Straßenschlachten von wenigen Stunden oder Tagen. Heutzutage, wo die Geschichte in der Hand des Volkes liegt, da ist eine Revolution ein langer, schwerer Prozeß; erst durch eine lange Reihe von Massenstreiks hat sich das gewaltige Meer zusammenfinden können zum letzten entscheidenden Schlag. Wer den Verlauf der Revolution in seiner inneren Lage erfährt, der wird sich durchaus keinem Pessimismus hingeben. Man bewundert das Heldentum des russischen Proletariats. Ich will diese Auffassung nicht nur nicht bestreiten, sondern ich möchte darauf verweisen, daß man den Tribut der Bewunderung des Heldentums zu viel den im Vordergrund des Kampfes stehenden Persönlichkeiten darbringt und viel zu wenig der großen Masse, die ungeheure Opfer bringt. Ich möchte Sie darauf verweisen, daß es viel wichtiger ist, aus den russischen Vorgängen sich Klar zu machen, daß die Entfaltung einer revolutionären Macht nicht allein abhängig ist von der Zahl der organisierten Sozialdemokraten. Erst die Stunde des Kampfes zeigt, welche ungeheure Idealismus im Volke steckt. Die russischen Vorgänge zeigen, daß wir uns nach der allgemeinen Situation auch in Deutschland bereit machen sollen auf solche Kämpfe, in denen die Massen den Ausschlag geben. Der politische Massenstreik bildet den Mittelpunkt der Verhandlungen des Parteitages; ein Beweis, daß das Massenbewußtsein im Proletariat immer tiefere Wurzeln faßt. Es fühlte aus sich heraus, daß das Proletariat sich früher oder später darauf gefaßt machen muß, seinen Bestehenden an politischen Rechten durch den Massenstreik zu verteidigen und zu erweitern. Die russische Revolution ist für das deutsche Proletariat ein großer Lehrmeister. Es ist kein Zweifel, daß die russische Revolution in weitgehendem Maße ihre Wirkung ausübt auf das Ausland. Der russische Rechtsstaat wird auch eine Verhinderung der politischen Zustände in Deutschland nach sich ziehen. Das russische Proletariat muß und kann als Vorbild dienen, nicht nur in bezug auf den Parlamentarismus. Ich meine in bezug auf die Entschlossenheit und Kühnheit, die politischen Aufgaben so hoch zu stellen, wie es die geschichtliche Situation erfordert. Wenn wir etwas aus der russischen Revolution gewinnen, ist es nicht Pessimismus, sondern der größte Optimismus, daß wir mit der größten Kühnheit der Zukunft entgegengehen und mit verzehnfachter Kraft rufen: Trotz alledem und alledem werden wir Sieger bleiben! (Minutenlanges Weiseln.)

Die Versammlung nahm schließlich folgende Resolution sachenstein an:

„Die am 25. September 1906 im Rabelungsaal zu Mannheim tagende, von mehr als 5000 deutscher Männer und Frauen besuchte Volksversammlung sendet dem russischen Proletariat, das unter den schwersten Opfern den hingehängsten Heldenkampf gegen ein schmach- und blutbedecktes Geistesystem führt, den Ausdruck bewundernder Anerkennung für die Grothaten dieser Vorkämpfer der Völkerfreiheit, und brüderlichen Gruß. Die Versammelten geloben, das lebende und kämpfende Proletariat nach ihren Kräften zu unterstützen und aus seinem Heldenkampf nie verlassenden Antriebe zu eigener treuer und tapferer Kampfarbeit zu gewinnen.“

Die Versammlung erhebt gleichzeitig schärfsten Protest gegen die schmachlichen Helfershelferdienste, die von einer Reihe deutscher Regierungen und der Reichsregierung fort und fort dem schandbedeckten Jarismus geleistet werden. Sie erwartet zurecht vom Parteitag der deutschen Sozialdemokratie und dem Parteivorstand, daß sie Verwahrung einlegen werden gegen jeden Versuch, das deutsche Volk in den Plan einer Unterdrückung der russischen Freiheitsbewegung zu verwickeln, und daß sie dagegen erforderlichenfalls jedes Mittel scharfster Abwehr mit rücksichtsloser Schärfe zur Anwendung bringen werden.“

Zu kräftiger Aktion wird die Parteitagswache von den badischen und hessischen Genossen benutzt. Am Mittwoch fanden neun Versammlungen im 11. badischen Wahlkreise statt, in denen Parteitagdelegierte sprachen. Am kommenden Montag finden in Frankfurt a. M. fünf Volksversammlungen statt, in denen die Genossen Ledebour, Berlin, Ströbel, Berlin, Fleißner, Dresden, Haberlam, Bremerhaven und Weismann, Aachdrude über „Die allgemeine Weltlage und die Sozialdemokratie“ sprechen werden.

Ein Parteigenosse als Duellant.

Rom, den 25. September. Unangenehmes Aufsehen erregt in Italienischen Parteikreisen ein Duell, das ein Medaillen des „Avanti“, L. Monicelli, mit einem bürgerlichen Journalisten gehabt hat. Es handelt sich dabei mehr noch als um ein Abweichen von der Parteidisziplin um ein Abweichen von den Gepflogenheiten, auf die die sozialistische Journalistik mit Recht stolz ist. Das Duell war nur eine logische Folge. — Der „Avanti“ enthielt nämlich dieser Tage ein Entreeflet voll Anspielungen auf ein vermeintliches Liebesverhältnis der Königin-Mutter. Unseres Dafürhaltens war dieses Entreeflet einer sozialistischen Zeitung unwürdig, da es sich mit dem befaßte, was für Mann oder Weib, Königin oder Arbeiterin, Privatfache ist, soweit nicht dritte dadurch geschädigt werden. Das Durchföhren der Privatangelegenheiten überläßt die Parteipresse aller Länder den bürgerlichen Schmock. Natürlich bemerkten die Journalisten bürgerlicher Blätter sofort, daß der „Avanti“ einen Begriff getan hatte. Man baußte die Sache auf, Monicelli wurde insuliert und — mußte sich schlagen, um nicht von den Journalisten, denen er ins Handwerk gepusht hatte, als Feigling angesehen zu werden. Das Duell war das denkbar harmloseste und endete nach längerem Föhren mit einer Hautwunde Monicellis. Die Gegner veröhnten sich, ganz nach feudalem Mißbrauch, und der „Avanti“ muß eine halbe Spalte mit dem Protokoll der Kartellträger füllen. Und da wundert man sich über den Groll der Syndikalisten gegen die

Modemiker in der Partei! Freilich wundert sich Monicelli nicht darüber, denn er ist selbst Syndikalist!

Die ganze Sache hat sich in Abwesenheit Ferris abgepielt, den Monicelli und seine beiden Kartellträger — auch vom „Avanti“ — um ihre Demission gebeten haben. Ferris hat sie aber nicht angenommen und sich mit einigen tadelnden Worten in der Zeitung begnügt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkonto der Presse. Genosse Lingwiler vom „Volksblatt“ für Bochum wurde wegen Beleidigung eines Kriminalwachtmeisters vom Schöffengericht Bochum zu 60 M. Geldstrafe verurteilt.

100 M. Geldstrafe erhielt Genosse Müller vom „Sächsischen Volksblatt“ in Jwica u wegen Beleidigung von Fabrikanten vom Schöffengericht Plauen adilliert.

Gewerkchaftliches.

Stebfragen-Proletariat.

Die bei den Königsberger Rechtsanwältinnen tätigen Angestellten, soweit sie im Zentralverband der Bureauangestellten Deutschlands organisiert sind, haben schon seit langem in einer Lohnbewegung. Bereits im Frühjahr reichte die Organisation Regulative ein und ersuchte die Rechtsanwältinnen, zur Hebung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse korporative Tarifverträge abzuschließen, fand aber, wie vorausgesehen, wenig Gegenliebe. Die Herren Chefs bewarfeelten sogar die Kompetenz der Angestellten, da die Lohnkommission nicht „alle“ Arbeitskräfte hinter sich habe. Auch die Anwaltskammer wurde zur Vermittlung angerufen. Diese erklärte aber, nichts unternehmen zu können, da sie die Interessen der ganzen Provinz Ostpreußen zu vertreten habe, das Vorgehen der Angestellten-Organisation aber nur Königsberg allein betreffe. Der Vorsitzende der Anwaltskammer, Herr Justizrat Lange, sagte den Angestellten aber seine private Unterstützung zu und es haben denn auch einige Sitzungen der Anwälte stattgefunden, die sich mit der Lohnangelegenheit beschäftigten; leider haben sie nichts Positives zutage gefördert. Die Anwälte wählten allerdings ihrerseits eine Kommission, die über die Zustände in den Bureau- und Erhebungen anstellen sollte, dabei ist es aber auch geblieben. Während des Sommers wurde nun die Lohnbewegung hingezogen, jetzt nach Beendigung der Gerichtsferien, ist die Sache wieder aktuell geworden. In der letzten Versammlung der Bureauangestellten wurde wieder zur Lohnbewegung Stellung genommen und der Vorsitzende, Genosse Hartung, gab über den Stand der Dinge einen kurzen Situationsbericht. Am dem Einwand der Anwaltskammer begegnen zu können, daß das Vorgehen der Angestellten nur Königsberg betreffe, hat die Lohnkommission für die ganze Provinz eine Verfassungskommission in die Wege geleitet, die bald abgeschlossen werden kann. Die Lohnkommission hat außerdem in der Provinz überall Verbindung gefunden und wird nach Beendigung der Statistik in den verschiedenen Städten öffentliche Versammlungen abhalten, in denen die Lohnfrage der Rechtsanwaltsangestellten behandelt werden soll. Genosse Hartung teilte weiter mit, daß die Rechtsanwältinnen demnächst wieder eine Sitzung abhalten werden und die Versammlung beschließt demnach, im Hinblick darauf vor dem 1. Oktober keine neuen Maßnahmen ergreifen zu wollen. Geradezu skandalöse Zustände wurden in dieser Versammlung geschildert über die Entlohnung der Lehrlinge in einigen Rechtsanwaltsbureaus, und es wurde beschlossen, gegen diese „Herren Arbeitgeber“ beim Ehrengericht der Anwaltskammer in einer Eingabe Beschwerde zu führen, damit die gesellschaftliche Standesorganisation der Anwälte entscheiden kann, ob in diesen Bureau nicht aller Menschlichkeit Lohn gesprochen wird. Ueber die Verhältnisse in diesen Mutterbureaus gibt ein Schreiben Aufklärung, das von einem Bureauangestellten verfaßt, folgendermaßen lautet:

Einige Königsberger Rechtsanwältinnen als Arbeitgeber oder Segen des freien Arbeitsvertrages mit Kindern!

Der Zentralverein der Bureauangestellten Deutschlands erstrebt durch seine hiesige Mitgliedschaft für die Königsberger Bureauangestellten die Zahlung menschenwürdiger Löhne. Er fordert u. a. für Lehrlinge im ersten Lehrjahre 25 M., im zweiten Lehrjahre 35 M., im dritten Lehrjahre 50 M. Angesichts dieser Bestrebungen, die auch jeder einigermaßen rechtlich denkende Arbeitgeber unterstützen mußte, haben hiesige Rechtsanwältinnen folgende Anstellungen fertig gebracht. Es engagierten:

1. Rechtsanwalt Martin Meherowich am 16. Juli einen am 12. Juni 1892 geborenen (14 Jahre alten) Lehrling für 8 M.
2. Rechtsanwalt Rahane am 18. Juli einen am 9. Juni 1899 geborenen (also 7 Jahre alten) Angestellten für 6 M. und einen am 13. Januar 1892 geborenen (14 Jahre alten) Angestellten für 5 M.
3. Rechtsanwältin Ragmus u. Ranoy am 10. August einen Lehrling, geboren 4. Juli 1892 (also 14 Jahre alt) für 5 M.
4. Justizrat Lipmann am 1. August einen Lehrling, geboren 16. November 1891 (14 1/2 Jahre alt) für 6 M.
5. Rechtsanwältin Wschlansky einen Lehrling für 8 M.
6. Justizrat Deh am 4. August einen Lehrling, geboren 22. August 1892 (14 Jahre alt) für 5 M.
7. Justizrat Ruge am 16. August einen Lehrling, geboren 27. April 1891 (15 Jahre alt) für 6 M.
8. Rechtsanwältin Seelmann am 17. September einen Lehrling, geboren 17. Dezember 1891 (14 1/2 Jahre alt) für 8 M.
9. Justizrat Wölfe am 1. September einen Lehrling, geboren 15. März 1892 (14 Jahre alt) für 3 M. Monatslohn.

Der letzte Arbeitgeber legt „seinem“ Angestellten am Monatslohn für eine einmonatliche Arbeit einen harten preussischen Taler auf das Holzbrett. Der Lehrling trägt den blauen Taler mit der trübenden Aufschrift „Gott mit uns“ nach Hause und verlangt von seinen Eltern, daß sie ihn dafür ernähren und bekleiden sollen. 10 Pf. pro Tag Lohn hält der Herr Anwalt für eine der Würde des Anwaltsstandes entsprechende Angestelltenbesoldung. Die anderen Herren glauben diese Würde mit einem Monatslohn pro Monat, und wenn es hoch kommt mit 8 blauen Reichsmarkern ausreichend gewahrt. Sind derartige „freie“ Arbeitsverträge mit jugendlichen Personen sittenlich?

Herr Justizrat Wölfe ist, wenn wir nicht irren, kürzlich mit dem Kronenorden III. Klasse dekoriert worden.

Berlin und Umgegend.

Der Metallarbeiterstreik bei der Firma Schöning, Uferstraße, ist nach achtstägiger Dauer gestern beendet worden. Die Firma hat sich herabgelassen, den Forderungen der Arbeiter entgegenzukommen und die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit zu bewilligen. Ebenfalls wurde den Lohnarbeitern eine zehnprozentige Lohnerhöhung zugesichert. Bis auf sieben Mann ist auch die Einstellung der Streikenden erfolgt. An der Nichtwiedereinstellung dieser sieben Mann glaubte die Fabrikleitung mit Rücksicht auf die Kaufkraftdienste einer Anzahl Arbeitswilliger festhalten zu müssen.

Volles Wollerei.

Die Wollereiarbeiter der Firma Wolle hielten kürzlich eine Betriebsbesprechung ab, vom Transportarbeiterverbande einberufen. Herr Wolle unterlagte den Rednern den Befehl der Versammlung und ließ bekannt machen, daß der Angehörige mit sofortiger Entlassung bestraft würde. 10 Arbeiter, welche dem Befehl zuwider handelten und die Versammlung als Mitglieder ihres Verbandes besuchten, wurden tatsächlich sofort entlassen.

unter Auszahlung des Lohnes für drei Tage. Dieser Angriff der Firma Völle auf das Recht der Arbeiter, einer Organisation anzugehören, hat in weiteren Kreisen große Entrüstung hervorgerufen und eine energische Abwehr ist in Aussicht genommen.

Dass die Meiereiarbeiter allen Grund haben sich zu organisieren, zeigt ein Blick auf die miserablen Verhältnisse, unter denen sie leiden. Es sind etwa 80-80 Mann, die wie in einer Kaserne leben, nach strengen Regeln, mit Strafregister und Instruktionstunden und dem bei Völle unermesslichen Kirchgang. Wer bis um 11 Uhr nicht im Bett sein kann, muß eine Unsumme bezahlen, sonst muß er Strafe bezahlen. 4-12 Mann werden in einem Raum untergebracht; die Betten stehen übereinander. Um 3 Uhr morgens, von einigen schon um 1/2 Uhr, wird mit der Arbeit begonnen und um 4 Uhr Feierabend gemacht. Verspätungen (aber nur beim Beginn der Arbeit) werden mit 5-20 Pf. bestraft. Wer die Instruktionstunde mit anschließendem Kirchgang versäumt, muß gar 50 Pf. Strafe bezahlen. Alle drei Wochen gibt es einen freien Sonntag, und wenn der „freie Mann“ bis 12 Uhr abends ausbleibt, drückt Herr Völle gnädigst ein Auge zu. Er zahlt einem Meier den hohen Lohn von 35 bis 40 M. pro Kanari zum Anfang und gibt jedes Jahr eine Zulage von 5 M., jedoch ein Meier im Laufe der Jahre sogar bis auf 55 M. pro Kanari kommen kann, und das ist natürlich der Höchstlohn. Er erhält ja Kost und Logis! An der Kost haben freilich die immer unzufriedenen Meier am meisten auszusetzen; sie behaupten, sie würden nicht satt und schimpfen über die Schmalzstullen und trockenen Schrippen. Früher, als die Meier noch nicht um den Verband kümmerten, waren sie viel zufriedener und murrt nicht so viel wie heute. Kein Wunder, daß Herr Völle sehr grimmig auf den Verband zu sprechen ist.

Deutsches Reich.

Ein neuer Hafenarbeiterstreik in Stettin. Wie die „Düsseldorfer Zeitung“ meldet, ist gestern auf allen Schiffen der Neuen Dampfer-Kompagnie von den Hafenarbeitern der Ausstand erklärt worden, weil man ihrem Verlangen, die dem Hafenarbeiterverbände nicht angehörenden, bisher dort beschäftigten Arbeiter zu entlassen, nicht willfahren wollte.

Ein Hüttenstreik. Wie die „Ostdeutsche Presse“ meldet, sind die Arbeiter von Kassel und Umgegend, im ganzen 300 Mann, in den Ausstand getreten. Die Lohnfrage soll bei dem Ausstande nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Der Streik der Landarbeiter Webers und Weberinnen dauert unverändert fort. Alle Einigungsversuche seitens der Arbeiter wurden durch das Verhalten der Unternehmer illusorisch gemacht. Die Fabrikanten bemühen sich, von auswärtigen Streikbrechern zu bekommen, was ihnen bis jetzt noch nicht gelungen ist. — Zugung von Webern und Weberinnen ist deshalb streng fernzuhalten. — Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Ausland.

Die Textilarbeiterausperrung in Enschede.

In dieser Woche sind die Textilarbeiter schon am Mittwoch geschlossen worden, so daß die 7000 Arbeiter und Arbeiterinnen nur für drei Tage Lohn erhielten. Die Fabrik „Lamshoeve“, wo gestreikt wird, doch jedoch nach dem weissen Ratschluß des Fabrikantenvereins die ganze Woche über arbeiten und die nächste Woche auch. Dadurch soll dieser Fabrik Gelegenheit gegeben werden, jedergewaltig für die Streikenden anzunehmen, falls sich Streikbrecher einfänden. Bisher hat die Ausperrung die Wirkung, daß der Textilarbeiterverband immer mehr Mitglieder gewinnt. Die Ausperrung auf die Dauer aus eigenen Mitteln zu unterstützen ist der Verband nicht imstande; er hat sich nun an den Verband der niederländischen Gewerkschaften um Hilfe gewandt, die wohl gewiß auch nicht ausbleiben wird.

Unter Mitwirkung des Bürgermeisters von Enschede ist ein bürgerliches Komitee gebildet worden, das eine Einigung zwischen den Parteien anstreben soll.

Soziales.

Für den Verkehr mit Nahrungsmitteln von Bedeutung ist ein Urteil des Kammergerichts. Für rechtmäßig erklärte das Kammergericht eine für Garnen erlassene Vollzeiverordnung, welche vorschreibt, daß als Holländerkäse nur Käse verkauft werden dürfe, der einen Mindestgehalt von 24 Proz. habe. Das Gericht führte aus, daß das Nahrungsmittelgesetz die Gültigkeit der Verordnung nicht ausschließt. Die Verordnung wolle das Publikum schützen, indem sie für Waren mit bestimmten Bezeichnungen eine bestimmte Qualität vorschreibe. Sie finde im Vollzeiverordnungsrecht ihre Stütze. Ihre Zweckmäßigkeit habe das Gericht nicht nachzuweisen. Die Sache des Angeklagten wies, den das Landgericht wegen vermeintlicher Ungültigkeit der Verordnung freigesprochen hatte, wurde zu nochmaliger Verhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen.

Die Bewegung der Bevölkerung in Preußen im Jahre 1905.

Geboren sind im Jahre 1905 in Preußen 659 603 Knaben und 320 300 Mädchen, zusammen 1 279 903 Kinder. Totgeborenen waren darunter 21 564 Knaben und 16 808 Mädchen; das Verhältnis aller Geborenen zu den Totgeborenen war daher, wie auch früher, bei Knaben ungünstiger als bei den Mädchen. Gegen das Vorjahr hat eine Abnahme der Geborenen um 24 705 oder um etwa 1,89 Proz. stattgefunden; dem Jahre 1903 gegenüber, in welchem nur 1 274 689 Geborene gemeldet waren, ist immer noch ein Fortschritt um 5 326 Geborene oder um 0,4 Proz. zu verzeichnen. Unehelich Geborene gab es 92 212 oder 7,20 Proz. (darunter 3928 Totgeborene); es hat somit eine geringe Zunahme der unehelich Geborenen gegen das Vorjahr stattgefunden, in welchem deren Zahl 7,1 Proz. betrug.

Die Anzahl der Sterbefälle belief sich auf (einschließlich der Totgeborenen) 765 051; gegen das Vorjahr ist ein sehr erhebliches Ansteigen der Sterbefälle eingetreten, und zwar um 22 741 oder um etwa 3,1 Proz. Der Geburtenüberschuss stellt sich daher noch erheblich ungünstiger; er ist von 562 387 auf 514 941 oder um 47 446, gleich 8,4 Proz. gefallen. Auch gegenüber dem Jahre 1903 ergibt sich eine Abnahme der Todesfälle um 17 648, ein Herabgehen des Geburtenüberschusses um 12 322.

Eheschließungen gab es im Jahre 1905 299 988 gegen 294 732 im Jahre 1904 und 285 384 im Jahre 1903. Wir bemerken also wiederum eine Zunahme der Eheschließungen, und zwar um 14 604 gegen das Jahr 1903 und um 5256 gegenüber 1904.

Fälle von Mehrgeburten gab es 16 669 mit 33 292 Kindern. Die Fälle, in denen Drillinge zur Welt kamen, beliefen sich auf 148, Vierlinge gab es drei.

Was das Alter der Eheschließenden anlangt, so heirateten 579 Männer im Alter unter 20 Jahren; im Alter von 20-30 Jahren schritten zur Ehe 218 536 Männer, im Alter von 30-40 58 674, im Alter von 40-50 13 788, im Alter von 50-60 5629 und selbst im Alter von über 60 Jahren gab es noch 2489 Eheschließende.

Die eheschließenden Frauen waren durchwegs jünger: im Alter von unter 20 Jahren heirateten 28 950, im Alter von 20-30 225 026, im Alter von 30-40 33 094, im Alter von 40-50 9091, zwischen 50-60 Jahren heirateten nur noch 2481 und im Alter von über 60 Jahren 548 Frauen.

Unter Berücksichtigung des Bevölkerungszuwachses stellt sich die Sterblichkeit im Jahre 1905 niedriger als in den Jahren 1903 und 1904, aber höher als 1904 und 1902. Gegenüber den früheren Jahren ist dagegen eine sehr erhebliche Verringerung zu verzeichnen.

Von den Verstorbenen waren Kinder im Alter von unter fünf Jahren 178 505 Knaben und 145 436 Mädchen; 9 291 Knaben und 9506 Mädchen starben im Alter von 5-10, 5138 Knaben und 5571 Mädchen im Alter von 10-15 Jahren. Ueberhaupt waren unter 1000 Verstorbenen 488 Kinder unter 5 Jahren und 512 Erwachsene über

15 Jahre. Für die Vorjahre 1904 und 1903 stellte sich dieses Verhältnis auf 487 bzw. 603 Kinder und 513 bzw. 498 Erwachsene.

Bereits aus den vorstehenden Angaben ersichtlich ist, hat sich die Kindersterblichkeit im Jahre 1905 etwas vermehrt. Hauptächlich sind die Säuglinge, namentlich auf dem Lande, daran beteiligt, denn es starben von 1000 Lebendgeborenen im ersten Lebensjahre

im Jahresdurchschnitt bzw. im Jahre	bei den ehelichen		bei den unehelichen	
	in den Städten	auf dem Lande	in den Städten	auf dem Lande
1876/80	211	183	403	312
1881/85	211	188	398	319
1886/90	210	187	395	322
1891/95	203	167	385	336
1896/1900	195	185	374	336
1901	195	183	377	334
1902	182	182	305	287
1903	183	184	342	332
1904	179	172	333	308
1905	185	188	339	350

Daß eine Müttersterblichkeitsversicherung dringend notwendig ist, demonstrieren mit erschütternder Deutlichkeit die Sterblichkeitsziffern bei den Unehelichen. Ueber ein Drittel von den armen Geschöpfen rafft der Tod schon im ersten Lebensjahre dahin. Und wir nennen uns: Kulturvolk!

Landarbeiterlos.

In Hof hatte sich der Vierdehnacht Wajrgoniec Grabowski aus Russland wegen Vergehens wider die öffentliche Ordnung zu verantworten. Der arme Mensch meinte, daß es einen Stein hätte erbarnten mögen, als ihn der Gendarm in den Gerichtssaal führte. Das Verbrechen, dessen er sich schuldig gemacht haben soll, wird ihm recht beziehungsweise auf die rechtliche Stellung der Landarbeiter. Der Gutbesitzer Rudolf Schwabe in Wollareuth, ein „echter deutscher Patriot“ und wackerer Agrarier, hat sich eine Anzahl galizische und russische Landarbeiter kommen lassen; durch „Verträge“, deren Bedeutung und Folgen die Leute nicht kannten, sind diese auf 1 Jahr ihres Selbstbestimmungsrechtes beraubt. Die Leute, die keine Ahnung von den Verhältnissen haben, die weder Sprache noch Sitten kennen, sind vollständig Idioten und rechtlos; auf Grund ihres Vertrages müssen sie bleiben, oder — zu was gäbe es denn Richter — falls es ihnen einfallen sollte, den Dienst vorzeitig zu verlassen, dann sind ja die Gefängnisse da. Das mußte auch der junge russische Landarbeiter erfahren. Er ist im März 1905 in Dienst getreten und hätte bis dahin 1907 bleiben müssen, hat aber schon im Juni den Kompottschüssel des Herrn Schwabe adieu gesagt. Als er fort wollte, hat ihm Schwabe die Papiere sowie 36 M. Lohn einbehalten. Da ließ der junge Russe seinen Leidensgenossen gegenüber die Worte fallen: „Wenn ich meine Papiere und mein Geld nicht bekommen, günde ich das Gut an.“ Zur näheren Information wollen wir noch mitteilen, daß der ganze Jahreslohn des jungen Russen 218 M. betrug, und daß laut Vertrag der Gutbesitzer den Lohn für zwei Monate einbehalten konnte. Der junge Russe, der kein Wort Deutsch kann, so daß Herr Kaufmann Wajrgoniec als Dolmetscher fungieren mußte, gab an, er sei deshalb fort, weil das Essen sehr schlecht und er Hunger hatte, auch war die Arbeit zu schwer, und überdies wurde er vom Lohn des Gutbesitzers geprügelt; er will die Ausweisung nur als „Verwünschung“ gebraucht haben. Der Besitzer, als Zeuge vernommen, bestritt selbstredend, daß geprügelt worden sei und die Kost — hm, mag sein, daß den Polen diese nicht schmecke. Weiter hatte die agrarische Staatsbehörde nichts zu sagen. — Das Gericht verurteilte den armen Teufel von Landarbeiter wegen Dienstvertragsbruch zu 8 Tagen Haft und wegen Drohung zu 3 Wochen Gefängnis; er hat nach richterlicher Deduktion durch seine Worte „öffentlichen Frieden gestört“. Der Herr Gutbesitzer aber, der die Leute hierher geschafft hat, der hat keine Beunruhigung dadurch verursacht, der gilt auch in Zukunft als „guter Deutscher“ und als Patriot im Reichsstaat Preußen-Deutschland.

Aus Industrie und Handel.

Die amerikanische Automobilindustrie nimmt einen immer größeren Aufschwung. Die Zahl der Automogon, die gegenwärtig in den Vereinigten Staaten im Gebrauche sind, wird auf wenigstens 80 000 geschätzt; New York hat davon allein 30 000 registrierte Automobile. Im letzten Jahre waren 121 Fabriken mit dem Automobilbau beschäftigt. Für den Automobiltransport wurden während des Jahres 50 000 000 Dollar veranlagt, wie die Zeitungen schätzen, und davon dürften 40 Millionen in die Taschen der Fabrikanten geflossen sein.

Aus der Elektrizitätsindustrie. Außerordentlich rege wurden im laufenden Jahre die Betriebe des Elektrizitätsgewerbes von der Automobil-Industrie in Anspruch genommen. Sowohl an der Zahl der Automobilfabriken als auch der der Automobilbetriebs-Gesellschaften, die im laufenden Jahre neu gegründet wurden, läßt sich erkennen, wie ein bedeutendes Aufschwung die deutsche Automobilindustrie nimmt. Im August allein wurden fünf neue Automobilbetriebs-Gesellschaften gegründet. Die Gestaltung der Verhältnisse im Elektrizitätsgewerbe hängt eng zusammen mit der Fortdauer der Hochkonjunktur im Bergbau und Eisenwerke. In einer so günstigen Zeit wie gegenwärtig gehen die Werke verhältnismäßig leicht dazu über, eine Umgestaltung des Betriebes vorzunehmen, wobei man mehr und mehr zur Einführung elektrischen Betriebes übergeht. Auf den festlichen Bergwerken im Saarrevier sind im laufenden Jahre schon bedeutende Renanlagen geschaffen worden, um in wenigen Jahren den direkten Dampftrieb durch elektrischen zu ersetzen. Zu diesem Zweck wird ein das ganze Industriegebiet durchziehendes Reg von Abkabelungen hergestellt, an das alle wichtigeren Betriebspunkte angeschlossen werden.

Vereinigte Stahlwerke von der Sypen, A. G. in Köln-Deyk. Das letzte Geschäftsjahr erbrachte einen Nettogewinn von 2 438 605 M. gegen 179 839 M. im Vorjahre. Aus dem sich ergebenden Reingewinn von 1 470 452 M. werden 13 Proz. Dividende verteilt; die Gewinnanteile belaufen sich auf 269 443 M.

Aus der Frauenbewegung.

Das Frauenstimmrecht im Danziger Stadtparlament.

Gegen die Wahlliste zur Wahl der Stadtväter in Danzig hatten Fräulein Emmendorfer und Genossen Widerspruch erhoben. Sie beanspruchten als Wahlberechtigte in die Liste aufgenommen zu werden. In der Sitzung vom 24. September kam die Angelegenheit zur Erörterung. Stadtvaterordner Behrendt führte dazu unter anderem folgendes aus:

„Es handelt sich darum, daß drei Frauen den Anspruch erheben, in die Liste aufgenommen und damit als stimmungsfähige Bürger anerkannt zu werden.“

Die Frage, ob dem Einspruch stattzugeben ist oder nicht, ist von prinzipieller Bedeutung und wird, wie ich anzunehmen veranlaßt habe, mit unserer Entscheidung kaum erledigt sein, sondern wohl noch die höheren Instanzen beschäftigen. Ich folgere das aus dem Umstande, daß die drei Frauen, die den Einspruch erhoben haben, in der Frauenbewegung tätig sind, die es sich unter anderem zur Aufgabe gestellt hat, für die Frauen das Stimmrecht zu kommunalen, kirchlichen und politischen Wahlen zu erreichen. Nach meiner Ansicht soll bei uns der erste Versuch gemacht werden, die Rechtslage zu klären. So weit ich das übersehen kann, hat bisher niemand die Rechtslage für unklar gehalten, denn es hat noch nie und nirgend ein Zweifel darüber bestanden, daß die Frauen von der Beteiligung an den Wahlen ausgeschlossen, und daß nur die Männer dazu berufen sind. Das ist meines Wissens auch von den Frauen selbst bisher nicht be-

zweifelt worden. Die drei Frauen, die ihre Aufnahme in die Wahl-Liste fordern, sind indes anderer Meinung, sie wollen nicht abwarten, ob und bis die Gesetzgebung ihnen zu ihrem vermeintlichen Recht beihilft, sie glauben, daß das geltende Gesetz ihnen bereits dieses Recht gibt.

Die ganze Frage spitzt sich also dahin zu: Besitzen selbständige Frauen das Bürgerrecht, wenn sie ein Jahr lang in der Stadt wohnen und die übrigen Voraussetzungen des § 5 der Städteordnung erfüllen, oder besitzen sie es nicht?

Der Referent verneinte die Frage und beantragte in Uebereinstimmung mit dem Magistrat, den Einspruch zu verwerfen. Dann kam's noch besser. Wir folgten einem Bericht der „Danziger R. Nachr.“:

Stadtv. Schmidt, der sich während des größten Teil des Referats angeregt nach allen Seiten unterhalten hat und einmal mit den Händen das Drehen eines Leierkastens imitierte, spricht dem Referenten den Dank der Stadtverordneten aus. Sein ausführliches Referat werde hoffentlich dem Druck übergeben werden und ein Wahrscheinlich für die Frauen sein, sich nicht wieder hervorzuwagen. Auch er liehe auf dem Standpunkte des Referenten; denn sonst wäre im Gesetze doch wohl auch von Tanten und Cousinen die Rede gewesen. Im übrigen habe der Referent der Sache viel zu viel Ehre angetan. (Diesen Satz mit gehobener Stimme.)

Später pauschte Schmidt nochmals in derselben Weise los, und damit war die Sache erledigt. Die Frauen seien da wieder, mit welcher Objektivität und von welchen Gesichtspunkten aus bürgerliche „Vollvertreter“ ihren berechtigten Forderungen entgegengetreten. Je kräftiger die Frauen bei allen Wahlen den Sieg der sozialistischen Kandidaten fördern, desto näher kommen sie dem Ziele. Keinem Sozialdemokraten wird es einfallen, den Frauen das Wahlrecht zu verweigern.

Eine Fachschule für Dienstmädchen.

Kopenhagens Dienstmädchenvereinigung wird am 1. November eine Fachschule eröffnen, in der jungen Mädchen unter 20 Jahren, die Mitglieder der Organisation sind, unentgeltlich Unterricht in allgemeiner Hausarbeit, im Kochen, Waschen, Plätten usw. erteilt wird. Der Kursus dauert ein halbes Jahr. Kost und Logis wird den Teilnehmerinnen ebenfalls unentgeltlich gewährt. Wegen Untergang können auch ältere, in Stellung befindliche Dienstmädchen am Unterricht teilnehmen, und es wird den Herrschaften anbegehrt, ihnen die dazu nötige Freizeit von 12 bis 8 Uhr zu gewähren. Für die Fachschule gilt selbstverständlich der übrige auch von vielen Herrschaften anerkannte, von der Dienstmädchenorganisation aufgestellte Tarifvertrag. Die Schülerinnen sind verpflichtet, nach Abschluss des Unterrichts eine Stellung durch den Arbeitsnachweis der Organisation anzunehmen. Die Kosten der Schule sollen teils durch Beiträge, teils durch Servierung und Verkauf der zubereiteten Speisen sowie durch Uebernahme von Wasch- und Plättarbeit gedeckt werden. Auch erwartet man, daß Staat und Kommune das Unternehmen unterstützen werden.

In einem Vortrage über die Fachschule, den die Organisationsvorstehende Fr. Marie Christensen am Mittwoch in einer öffentlichen Versammlung hielt, bemerkte sie, daß tüchtige Dienstmädchen verhältnismäßig selten seien, so daß die Organisation manchmal keine ausgebildeten Arbeitskräfte habe vermitteln können. Das liege daran, daß die Dienstmädchen in den Haushalten sich mit allen möglichen Arbeiten beschäftigen müßten, wobei sie sich keine besondere Ausbildung verschaffen könnten. — Die Rednerin schloß mit den Worten:

„Die Dienstmädchen müssen bessere Arbeitsbedingungen und mehr Freiheit haben, sonst werden sie unfruchtbar in ihrem Fach sein. Ihr Stand muß ein Gewerbe so gut wie alle anderen sein. Und auch das sollen sie in der neuen Fachschule lernen.“

Verfammlungen.

Ueber die Antwort der Unternehmer auf die Forderungen der Arbeiter wurde in einer Versammlung der Angehörigen dieser Branche, die Dienstag im „Englischen Garten“ tagte, nach einem Vortrage des Genossen Ribow folgendes berichtet: Dem Unternehmerverband ist von den vereinigten Kommissionen der sozial- und zentralorganisierten Arbeiter ein Tarif unterbreitet worden, der sich von dem von 1903 wesentlich nur dadurch unterscheidet, daß pro Quadratmeter 2 Pfennig Lohn mehr gefordert werden. Eine Antwort erfolgte erst gar nicht. Sie mußte durch persönliches Eingehen von Kommissionsmitgliedern herausgeholt werden. Der Schriftführer Krause des Verbandes der Holzbedarfsfabrikanten gab schließlich schriftlich bekannt, daß der Verband beschlossen habe, daß es bei der augenblicklichen Lage des Bau- und Geldmarktes den Fabrikanten unmöglich sei, die Lohnverhöhung zu bewilligen. — Es entspann sich eine sehr lebhafte Debatte, in der vielfach an der Antwort der Fabrikantenvereingung scharfe Kritik geübt und die Notwendigkeit der Stärkung der Organisationen betont wurde. — Schließlich wurde folgende Resolution gegen drei Stimmen angenommen: „Die Versammelten setzen in der Antwort des Unternehmerverbandes auf die beschriebene Anfrage ihrer Kommissionen eine Zurücksetzung. Sie beauftragen ihre Kommissionen, nochmals mit den Unternehmern zu verhandeln und bis zum 2. Oktober eine verbindende Antwort zu verlangen. Sollte diese so ausfallen, daß sie nicht annehmbar sei, so werden die Arbeiter am 3. Oktober ihre Antwort darauf erteilen.“ — Der Tarif soll auch sofort den Unternehmern unterbreitet werden, welche nicht dem Arbeitgeberverbande angehören. Am 2. Oktober wird eine weitere Versammlung stattfinden.

Eingegangene Druckschriften.

„Kommunale Praxis“. Wochenschrift für kommunalpolitisch und sozialdemokratisch. Herausgeber Dr. Albert Sadekum. Verlag von Paul Singer, Berlin SW. 68, Lindenstr. 68.

Zum Verteilung hat die „Kommunale Praxis“ eine Sondernummer herausgegeben, die sich im ersten Teil mit der Ergänzungsfrage beschäftigt, im zweiten Teile Berichte über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei in den Gemeinden enthält. Aus dem sehr reichen Inhalte heben wir besonders die Darstellung der Aufgaben von Einzel- und Gemeinde bei der körperlichen Erziehung der Jugend von Dr. Silberstein in Kidorf, sowie eine Abhandlung von Otto Wäg über die Jugendfürsorge in Dresden hervor. Wertvolle Fingerzeige gibt auch die programmatische Arbeit Dr. Vandennans: „Warum treiben wir Kommunalpolitik?“ Gerade jetzt, wo die Gemeindevahlen in vielen Gegenden Deutschlands unmittelbar vor der Tür stehen, bietet sich zur Klärung dazu brauchbarer Stoff.

Probennummern der „Kommunale Praxis“ sind jederzeit kostenlos vom Verlage der „Kommunale Praxis“, Berlin W. 10, zu erhalten.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Gedruckt 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Ratgeber ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

G. G. 68. Uns nicht bekannt. — G. 100. M. 1. und 2. Ja. 3. Nein. 4. Ja. 5. Nein. 6. Sie können lediglich auf vollen Unterhalt rechnen und dann pfänden lassen. — G. Neuenhof 2. 14. 1. Nein. 2. Wiederholen Sie Ihre Anfrage unter Ergänzung nach der Richtung, welchen Inspektionsbezirk Sie meinen. — G. C. W. R. 73. Ja. — C. W. Ohne Kenntnis des Falles selbst sind die Fragen nicht zu beantworten. Schreiben Sie den Sie interessierenden Fall und knüpfen daran die Frage. Allgemeine Fragen sind zwecklos. — R. S. 21. Uns nicht bekannt. — S. 70. Dörsch. — R. S. 22. 1. Sie müssen den Jurist ermitteln, eventuell durch Abgabe des Schöffens. 2. Dasselbe Glas. — S. 10. Engel-ller 13. — Tischler Köpenick. Sie haben nicht die Schlüssel anzuhalten. Es ist durchaus unnötig, daß es gefällig unzulässig sei, daß die Habilitation die Schlüssel liefert. — R. S. 23. Nein.

Grosser Porzellan- und Wirtschafts-Markt!

Zum Umzug haben wir große Posten Waren zu fabelhaft billigen Preisen eingekauft, und bitten wir das kaufende Publikum, unseren Wirtschafts-Markt zu besichtigen.

Jeder Käufer wird staunen, daß wir streng reelle Waren zu enorm billigen Preisen verkaufen, und können wir nur raten, diese günstige Gelegenheit zu benutzen.

Glas.

Wassergläser	5 Pf.
Litörgläser	5 Pf.
Weingläser, crystal.	16 Pf.
Compottieren, 7 Stück	Satz 98 Pf.
Zuckerschalen	9 Pf.
Butterdosen	15 Pf.
Käseglocken	35 Pf.
Glasteller	4 Pf.
Litörgläser, Sport	18 Pf.
Compottschüsseln amer. Schliff imit.	48 Pf.
Käseglocken, amer. Schliff imit.	95 Pf.
Butterdosen, amer. Schliff imit.	60 Pf.

Porzellan und Steingut.

Speiseteller, tief oder flach	15 Pf.
Defferteller	8 Pf.
Terrinen	1.35 M.
Tassen, decorirt	Paar 15 Pf.
Waschbecken, groß, decorirt	98 Pf.
Waschkrüge, groß, decorirt	98 Pf.
Bratenplatten, echt, decorirt	68 Pf.
Waschservice, 5 teilig	1.75 M.
Vorratstonnen, neue Form	33 Pf.
Speiseteller, weiß mit Gold, echt	55 Pf.
Defferteller, weiß mit Gold, echt	35 Pf.
Compotteller, weiß mit Gold, echt	24 Pf.

Wirtschafts-Artikel.

Reibmaschinen	1.25 M.
Messerpugmaschine m. Brett	6.85 M.
Wirtschaftswaagen	1.85 M.
Wringmaschine	12.50 M.
Kaffeemühle, Blech	78 Pf.
Kaffeemühle, Holz	1.95 M.
Kaffee- u. Zuckerbüchsen f. 1 Pfd.	2.25 M.
Plat eisen mit 2 Bolzen	2.95 M.
Brotbüchsen	1.45 M.
Petroleumlampen, 2 Liter	48 Pf.
Wecker, gutgehend	1.65 M.
Briefkasten	42 58 Pf.

Wirtschafts-Artikel.

Küchenlampen	19 Pf.
Küchenlampen, Rundbrenner	48 Pf.
Tischlampen	1.35 M.
Tischlampen, Dnyg, gr. Brenner	2 95 M.
Arnlampen	48 Pf.
Nachtlampen	38 Pf.
Waschständer	48, 65, 95 Pf.
Waschtische	2.85, 3.50, 4.95 M.
Kohleneimer	48, 95 Pf.
Kohlenkasten	1.25, 1.75 M.
Sand-, Soda-, Seifenbehälter	95 Pf.
Waschleinen	1.15 M., 65, 48, 20, 18 Pf.

Zimmer-Möbel.

Wiener Stuhl m. Rohrsteife, Stöße	4.25 M.
Zimmer-Stuhl m. Patents., f. sol.	3.75 M.
Wiener-Hocker m. Rohr-, Patents.	2.85 M.
Vertikow, hochlegant	38.50 M.
Kleiderständer, nußbart m. 2 Tür.	32.50 M.
Kommode, nußbaumart. m. 3 Schubläden	23.75 M.
Spiegelschrank, sehr elegant	18.50 M.
Waschtisch m. imit. Marmorpl.	21.25 M.
Bettstellen, nußb. m. Muschelaufl.	39.50 M.
Bettstellen, eleg. m. Muschelaufl.	22.75 M.
Bettstellen, mod., sehr dauerhaft	9.75, 17.75 M.
Ruhebetten, sehr stabil	23.75 M.

Küchen-Holzwaren

Quirle	4, 5, 6 Pf.
Löffel, Buchen	6 Pf.
Reibekeule, Ahorn	28 Pf.
Fleischklopper	18 Pf.
Rudelrollen	28 Pf.
Quirlbretter	38 Pf.
Quirlgarnitur, 12teilig	1.95 M.
Fußbänke	48 Pf.
Küchenbretter	15, 28, 38, 45 Pf.
Frühstücksbretter	10 Pf.
Putz- und Wischbretter	35, 48 Pf.
Klammern, Schod	9 Pf.

Braune Holzwaren.

Bauernstische	2.85 M.
Bauernstisch m. Goldgravierung	3.50 M.
Kammkasten	28, 45 Pf.
Bücherkasten	48, 75 Pf.
Zeitungsmappen	95 Pf., 1.45, 2.25 M.
Zimmerstühle m. Goldgravier.	3.75 M.
Zigarrenstühle	3.45 M.
Bancobretter, 100 cm lang	2.95 M.
Konjolen, elegant	1.45 M.
Bücheretageren	2.95, 4.50 M.
Serviertisch	9.50 M.
Nähkasten	48 Pf.

Umzugs-Artikel.

Gardinenstangen	35, 48, 68 Pf.
Portierenstangen	2.15, 2.95 M.
Rosetten	12, 24, 35 Pf.
Zugvorrichtungen	45, 65 Pf.
Eiserne Gardinenstangen	15, 18, 25 Pf.
Porzellanringe	2 Stück 5 Pf.
Glühstrümpfe	18, 25, 38 Pf.
Kaffeelöffel „Britania“	Stück 6 Pf.
Schlüssel „Britania“	Stück 12 Pf.
Hohhaarbesen	1.85, 2.25, 2.95 M.
Borstbesen	1.25, 1.95, 2.45 M.
Borsthandfeger	38, 65, 95 Pf.

Salon- und Zimmer-Teppiche.

Perfer Teppiche, imitirt	4.25, 8.75, 12.95 M.
Velour-Teppiche, best. Dual.	14.95, 17.25, 24.50 M.
Velour-Teppiche, extra groß	35.50, 39.75, 54.50 M.
Almünster Teppiche, mod. Zeichnung	2.95, 4.75 M.
Almünster Teppiche, extra groß	11.75, 14.25, 18.75 M.
Moschee-Teppiche, eleg. Ausführung	8.75, 15.75 M.
Moschee-Teppiche, extra groß	23.50, 29.85, 38.50 M.
Schiras-Teppiche, eleg. Ausführung	13.75, 17.25 M.
Schiras-Teppiche, extra groß	24.50, 37.75 M.
Linoleum-Teppiche, Ia Qualität	7.25 M.
Linoleum-Teppiche, extra groß	12.75, 15.25 M.
Linoleum-Vorleger	43, 68, 95 Pf.

Gardinen und Stores.

Engl. Tüll-Vitrage, weiß u. creme	11, 24, 48 Pf.
Engl. Tüll-Gardinen	Mtr. 26, 38, 58 Pf.
Engl. Tüll-Gardinen, Ia Dual., mod. Muster	75, 98 Pf.
Engl. Tüll-Gardinen, abgeseh. 2 Schmelz	1.45, 2.95, 4.25 M.
Engl. Tüll-Gardinen, abgeseh. 2 Shawls	6.95, 8.25 M.
Engl. Tüll-Gardinen, hochlegant	12.50, 16.75 M.
Engl. Tüll-Stores	1.95, 3.25, 5.75 M.
Erbs-Tüll- u. Spachtel-Stores m. Volant	5.95, 8.75 M.
Erbs-Tüll- u. Spachtel-Stores Ia. Dual.	14.50 M.
Engl. Tüll-Bettdecken, div. Größen	2.25, 4.50, 8.75 M.
Erbs-Tüll- u. Spachtel-Bettdecken	12.50, 16.95 M.
Spachtel-Bettdecken, eleg. Ausführung	19.50, 26.00 M.

Portieren und Bettvorleger

Leinen-Plüsch, 2 Shawls u. Lambr.	7.95, 9.75, 11.85 M.
Leinen-Plüsch mit eleg. Applikat.	15.75, 19.50, 26.50 M.
Velvet, 2 Shawls u. Lambr.	9.10, 12.50, 15.85 M.
Tuch, 2 Shawls u. Lambr.	9.95, 12.50, 16.95 M.
Woll-Tuch, 2 Shawls u. Lambr.	4.95, 7.50, 10.75 M.
Bettvorleger, imit. Perfer	95 Pf.
Almünster, Ia Dualität	1.10, 1.65, 1.95 M.
Schiras, moderne Muster	3.25, 4.95 M.
Velour, große Muster-Auswahl	2.95, 3.45, 5.25 M.
Fell-Vorleger, div. Ausführungen	1.95, 2.85, 3.95 M.
Eisbärfell mit Kopf	14.25, 19.75, 25.95 M.
Felle, diverse Ausführungen	5.45, 6.50, 8.25 M.

Ferner: Unsere berühmten **95 Pfg.-Tage** nur für Lebensmittel.

1 Pfund feine Leberwurst	95 Pf.
1 Pfund harte Mettwurst und 1/2 Pfd. Th. Knoblauchwürst	95 Pf.
1/2 Pfd. Schinken- und 1/2 Pfd. Delikatess-Sülze	95 Pf.
2 Pfund Zwiebel-Leberwurst	95 Pf.
2 Pfund Thüringer Mettwurst	95 Pf.
1 Pfund Halle'sche Leberwurst	95 Pf.
1/2 Pfd. Jagdwurst und 1/2 Pfd. polnische Brühwurst	95 Pf.
1 Pfd. Delikatess-Fleischwurst	95 Pf.
Hollsteiner Schmalz- u. Salamiwurst, ausgew. St.	95 Pf.
1/2 Schinken nach Prager Art und 1/2 Pfund Räucherlachs	95 Pf.
1/2 Pfd. gefochte Zunge u. 1/4 Pfd. Pökelfleisch	95 Pf.
1 Pfund Cornedbeef	95 Pf.

1/2 Flasche Ia Rum	95 Pf.
1/2 Flasche Samos-Ausbruch u. 1 Flasche Liqueur	95 Pf.
2 Flaschen Rotwein	95 Pf.
1/2 Flasche Cognac u. 1/2 Flasche verschiedene Liköre	95 Pf.
1 Flasche Mercier-Cognac	95 Pf.
1 Flasche Halb und Halb	95 Pf.
2 Flaschen Rudesheimer	95 Pf.
1 Fl. Trakehn. Getreidekumm.	95 Pf.
2 Flaschen Likör (Kludersflasche)	95 Pf.
1/2 Flasche Abtei-Likör	95 Pf.
1 Flasche Old Portwein	95 Pf.
1 Flasche Old Sherry	95 Pf.
1 Pfund Maccaroni u. 2 Pfund div. Nudeln	95 Pf.
5 Pfd. Kartoffelmehl u. 2 Pfd. Reis	95 Pf.

2 Packete fertige Kuchenmasse u. 4 Packete Buiding-Pulver	95 Pf.
10 Pfund Eshbirnen	95 Pf.
5 Pfund Tiroler Aepfel	95 Pf.
10 Pfund Tafel-Aepfel	95 Pf.
1/2 Bajer. Bierläse, 1/2 Pfund Edamer, 1 Camembert	95 Pf.
4 Packete Thörner Katharinen	95 Pf.
1/2 Pfd. Java-Kaffee u. 1/2 Pfd. Kalao	95 Pf.
1 Pfund Nuß-Chokolade und 1/2 Pfund Ia Kaffee	95 Pf.
5 Pfund gemahlene Raffinade	95 Pf.
1 Packete echt russischer Tee	95 Pf.
2 Töpfe verschied. Marmelade	95 Pf.
1 Flasche Essig-Essenz u. 1 Fl. Einmach-Essig	95 Pf.
1 Pfund Emmenthaler Käse	95 Pf.

5 Pfund Kaiser-Auszugsmehl und 2 Erbswürste	95 Pf.
1 Büchse Bratheringe u. 1 Büchse Bismarck-Heringe	95 Pf.
2 Büchsen verschiedene Bains	95 Pf.
1 Glas Anchovis u. 1 Glas russ. Sardinen u. eine Büchse Del-sardinen	95 Pf.
1 Pfund Confect und 1 Pfund Butter-Cakes	95 Pf.
1/2 Büchse Brech-, 1/2 Schnittbohnen und 1/2 Spargel ohne Köpfe	95 Pf.
1/2 Büchse Morcheln	95 Pf.
1/2 Büchse verschiedene Früchte neuester Ernte	95 Pf.
1/2 Büchse junger Schoten m. f. und 1 Büchse condens. Milch	95 Pf.

Heute Sonnabend: Warme Eisbeine à Port. 25 u. 30 Pfg., frische Blutwurst Pfd. 55 Pfg. Junge Brathühner Stück 95 Pfennig.

Im Erfrischungsraum: Heute, Sonnabend Gr. Streich-Concert.

Warenhaus Jacob Gebrüder Nachflg. Charlottenburg, Wilmersdorfer Strasse 55-56, Ecke Pestalozzi-Strasse.

Magdeburger Landfriedensbruchprozeß.

(Telegraphischer Bericht.)

Magdeburg, den 28. September.

Gegen 23 Angeklagte, die des Landfriedensbruchs und Aufzucht Beschuldigt sind, verhandelt am Freitag und Sonnabend das Magdeburger Schwurgericht...

4. Generalversammlung des Zentralvereins der Bildhauer.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Die heutige Tagung beschäftigte sich mit der Beitragsfestsetzung. Eng damit verbunden ist die Frage: Anstellung von weiteren Beamten in der Zentrale...

Vohl-Rürnberg ist zunächst gegen eine plötzliche Erhöhung der Unterstützungen, wie sie in verschiedenen Anträgen gewünscht werde.

Veitke-Berlin erklärt sich gegen eine Erhöhung der Beiträge, auch gegen Staffelleistungen und Staffelfürsorge.

Schmann-Berlin tritt warm für eine Verbesserung der Agitationsmittel und Einführung der Umzugsunterstützung ein.

Königsfeldt-Magdeburg schließt sich den Ausführungen über die Notwendigkeit von Umzugskosten an und wünscht Staffelleistung der Unterstützungssätze...

Drake-Berlin ist ebenfalls für Erhöhung der Beiträge, schon aus verschiedenen Berliner Vorgängen.

Schlauer-München ist entgegengelegter Ansicht. Er spricht sich für einen Ausbau des Unterstützungswesens erhebliche Fortschritte in der Agitation.

Schmidt-Mühlhausen erklärt sich gegen die großzügigen Pläne, die von einzelnen vorgetragen werden.

Labung-Frankfurt a. M. bittet, es bei den jetzigen Unterstühtungssätzen zu belassen. Die Umzugsunterstützung formell einzuführen, bitte er abzulehnen...

Zu den vielen vorliegenden Anträgen ist ein neuer, genügend unterstützter Antrag gekommen, den Beitrag auf 80 Pf. festzusetzen...

Dupont-Berlin betont, daß die Verbesserungsvorschläge bezüglich der Unterstühtungssätze und Erhöhung der Beiträge aus den Reihen der Kollegen gekommen sind.

Behrends-Berlin gibt zur Beamtenfrage rechnerische Unterlagen, die ergeben, daß die neuen Vorschläge jedes Mitglied mit 2 Pf. pro Woche belasten.

Mein-Bromberg tritt für Erhöhung der Beiträge ein, bittet aber, solchen Orten mit niederen Löhnen Ausnahmen zu gestatten.

Veitke-Berlin präzisiert seinen Standpunkt nochmals, worauf Knoll-Berlin die Beamten- und Gehaltsfrage vom Standpunkt der Ansicht der Generalkommission schildert...

Freige-Hamburg bekämpft sich als Befürworter einer Regelung der Beamtenfrage, wünscht auch mehr System in das Kassierertwesen gebracht und will ebenfalls schlecht bezahlte Orte weniger Beiträge zahlen lassen.

Langner-Dreslau verbreitet sich über die Massenartikelfrage, Verkürzung der Karenzzeit, Beibehaltung der jetzigen Unterstühtungssätze usw.

Kiesbach-Berlin gibt eine Darstellung von der Gehaltsfrage des Verwalters der Berliner Filiale und gibt Aufklärung über verschiedene Berliner Anträge.

Zschorn-Dresden tritt für Erhöhung der Beiträge und besseren Ausbau der Organisation ein.

Dorn-Leipzig hat den Auftrag, für Erhöhung der Beiträge zu stimmen, und bittet auch die Streikunterstützung zu erhöhen.

Königsfeldt-Magdeburg begründet nochmals seine Anregungen bezüglich Anstellung von agitatorischen Kräften.

Labung-Frankfurt a. M. hat inzwischen eine genaue Uebersicht über die Mehrausgaben festgestellt, welche durch die Reuanstellungen und neuen Konferenzen bedingt sind...

Vohl-Rürnberg hält die Rechnung des Vorredners nicht für richtig. So fürchtbar hoch sind die Mehrausgaben nicht. Man soll auch alle Neuerungen nicht immer bloß vom Ausgabenstandpunkt aus betrachten.

Damit ist die Vormittagsitzung erledigt. Da die Generalversammlung heute nachmittags einen Ausflug plant, fällt die Nachmittagsitzung aus.

Witterungsüberblick vom 28. September 1906, morgens 8 Uhr.

Table with 8 columns: Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C, Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C.

Wetterprognose für Sonnabend, den 29. September 1906.

Zeitweise heiter, aber sehr veränderlich mit leichten Regenschauern und ziemlich frischen westlichen Winden; Temperatur wenig verändert.

Advertisement for Baer Sohn featuring two 'Der Haupt-Katalog' covers and a central illustration of a man in a top hat and long coat.

Advertisement for Friedrich Schiller and seine Zeit, featuring a portrait of Schiller and text about an expedition.

Advertisement for Partei-Expeditionen listing various political parties and their addresses.

Large advertisement for Baer Sohn, Spezialhaus grössten Massstabes, with address information.

Advertisement for Max Ziegenhals, Zigarren- u. Zigaretten-Weihnachts-Packungen, with address information.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 29. Septbr.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Obernhaus, Carmen.
Schauspielhaus. Hamlet, Prinz von Dänemark.
Westen, Jar und Zimmermann.
Vorabend. Der Hühner von Seneca.
Nachm. 3 Uhr: Kabale und Liebe.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.

Anfang 8 Uhr.
Zessing. Fuhrmann Henschel.
Berliner. Scherlock Holmes.
Schiller O. (Ballner-Theater.)
Das Lumpengesindel.

Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schiller-Theater.) Frau Inger von Oestrot.
Neues. Der Jubiläumsbrunnen.
Römische Oper. Carmen.
Reizung. Triplepatte.

Zustpielhaus. Die von Hochsattel.
Zentral. Tankred und eine Nacht.
Kleines. Man kann nie wissen.
Deutsch - Amerikanisches. Im wilden Westen.

Thalia. Wenn die Bombe platzt.
Nachm. 3 Uhr: Maria Stuart.
Luisen. Die Hochzeit von Valenti.
Trianon. Der Querschnitt.
Walhalla. Spezialitäten.

Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Uffo. Berlin im Omnibus. Spezialitäten.

Kasino. Alexander der Große.
Folies Caprice. Der Generalkonsul.
Sünden der Väter.
Wintergarten. Spezialitäten.

Vasage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Tankred und eine Nacht.
Nachm. 4 Uhr: Tierleben in der Wildnis.

Abends 8 Uhr: Die Mosellande und ihr Weinbau.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonn
Berliner Theater.
Heute und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Jubiläumsbrunnen.
Sonntag: Der Jubiläumsbrunnen.
Montag: Der bürgerliche Edelmann. — Der Stammgast.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Man kann nie wissen.
(Der verlorene Vater.)
Dr. Valentin. Harry Walden.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtasyl.
Ab. 8 Uhr: Man kann nie wissen.
Montag: Ein idealer Gatte.

Komische Oper.
Heute abends 8 Uhr:
Carmen.
Sonntag nachm.: Hoffmanns Erzählungen. Abends: Carmen.
Montag zu volkstümlich. Preisop.: Hoffmanns Erzählungen.

Lortzing-Theater.
Bellealliancestr. 7/8.
Sonnabend, den 29. September, nachm. 3 Uhr: Kabale und Liebe.
Abends 7 1/2 Uhr: Der Freischütz.
Abonnements gültig.
Morgen Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Waffenschmid.
Abends 7 1/2 Uhr: Fra Diavolo.

Rixdorfer Theater
Bergstr. 147. Bürgerhäuser. Bergstr. 147.
Leitung: Julius Türk.
Sonntag, den 30. September:
4. Vorstellung. Gastspiel des Fräulein Adèle Werra: **Heimat.**
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Theater des Westens.
Sonnab. 7 1/2 Uhr: Zar und Zimmermann.
Sonntag nachm. 3 Uhr (halbe Preise): Der Waffenschmid. Abends 7 1/2 Uhr: Der Zigeunerbaron.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr: Die von Hochsattel.
Morgen nachm. 3 Uhr: Der Weg zur Hölle. Abends 8 Uhr: Die von Hochsattel.

Zentral-Theater.
(Operette). Täglich 8 Uhr:
Tausend und eine Nacht.
Folies Caprice
Lilienstr. 132, Ecke d. Friedrichstraße.
Direktion Felix Berg.
Der Generalkonsul und Die Sünden der Väter.
Ferdinand Grünecker im Solotell.
Diensttag, den 2. Oktober:
Premiere:
Das Provinzmädel und Das Modell.
Unter persönlicher Anwesenheit von Serenissimus August XXVI.
Vorverkauf von 10-2 Uhr und bei Wertheim.
Anfang 8 Uhr.

Das Provinzmädel und Das Modell.
Unter persönlicher Anwesenheit von Serenissimus August XXVI.
Vorverkauf von 10-2 Uhr und bei Wertheim.
Anfang 8 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Im Theater nachm. 4 Uhr zu kleinen Preisen:
Tierleben in der Wildnis.
Abends 8 Uhr:
Die Mosellande und ihr Weinbau.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab nachmittags 5 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Die Hochzeit v. Valenti.
Sonntag nachm.: Jungfrau v. Orleans.
Abends: Goldbrotel.
Montag: Eine Nacht in Berlin.

Deutsch-Amerikanisches THEATER. Köpenickerstr. 67-68.
Jeden Abend 8 Uhr:
Zum Gastspiel Ad. Philipp.
39. Im wilden Westen.
Male:
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise: „Uebere großen Teich.“

Metropol-Theater
Zum 7. Male:
Phila Wolff a. D. Der Teufel lacht dazu.
Große humoristische Jahresrevue in 8 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
In Szene gesetzt von Direktor Richard Schulte.
1. Bild: Die Sünde von Berlin.
2. Bild: Des Teufels Autofahrt (Kinematographische Reise).
3. Bild: Im sündigen Berlin.
4. Bild: Am Potsdamerplatz.
5. Bild: Des jungen Zöllners-Prinzen Bilderbuch.
6. Bild: Nach Algerien.
7. Bild: Von der Marokkokonferenz.
8. Bild: Die Tageszeiten (Balllet).

Apollo-Theater
8 45 **Der Affe als Jockey.**
Original-Dressurakt.
9 30 **Die Seldoms**
plastische Darstellungen
1 Dame und 3 Herren.
10 00 Berlin im Omnibus.
Sonntag, 30. Sept., nachm. 3 1/2 Uhr: Halbe Preise. Gr. Vorstellung mit dem vollständigen Spezialitäten-Programm.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr:
Triplepatte.
Schwan in 5 Akten v. Tristan Bernard und André Godfermaux.
Sonntag, 30. Sept., nachm. 3 Uhr:
Seine Kammerjose.

Bernhard Rose-Theater
früher Carl Weiß-Theater.
Große Reinfurterstr. 132
Große Eröffnungs-Vorstellung. Der Millionenbauer.
Vollständ. in 5 Akten v. Tristan Bernard.
Anf. 8 Uhr. Morgen u. folg. Tage: Diefelbe Vorstellung. Sonntag 3 Uhr zu halben Preisen: Eine Gefallene.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Morgen Sonntag nachmittags 3 Uhr bei volkstümlichen Preisen:
Die Rose von Avignon.
Rom. Schausp. i. 4 Akten. (6 Bildern).
Abends 7 Uhr:
Frl. Schnabels Verlobung.
Sens. Posse mit Gesang in 4 Akten.
Billetvorverkauf von 10-1 Uhr an der Tageskasse im Theater.

L. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Um Nancy
oder: Was Gott zusammenfügt, soll der Mensch nicht scheiden.
Geschichtl. Schausp. i. 5 Akten v. Koberstein.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 bis 75 Pf.
Ball.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Der Hausfreund.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Loulou.

Welt - Ausstellungs-Biograph - (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten- Progr.
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
♦ Den ganzen Tag Vorstellung. ♦
Otto Pritzkow. Münzstr. 16.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2. Min. v. Bahnhof Börse.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Das Riesen-September-Programm.
Venduro, Dressur. Daymlers, Akrob.
Franz Gorro. Leopard Truppe.
Mandita. Heo und See.
Carmanelli Duo senle
8 erstkl. Nummern 8 Der Sommerleutnant.
Familienfaden, zum halben Klassenpreis gültig, in Barbier-, Friseur- und Zigarrengeschäften gratis zu haben.

Passage-Theater.
Gastspiel
Josefine Dora
in der Komödie
„Riecke“
mit dem Schlager
„Emil du bist eene Pflanze“.
Außerdem
14 erstklassige Spezialitäten!

Volks-Theater des Westens.
Spichernstr. 3, am Märnbergerplatz.
Freitag:
Die Waise aus Potwood.
Sonntag: **Einakter, Habarett. Hasemanns Töchter.**

Kasino-Theater
Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr
Alexander der Große
von Emil Thomas und Adolf Selig.
Vorher das Eröffnungsprogramm.
Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Stets erstklassige Kleinstspielzeuge.
Nach der Vorstellung: **Gr. Tanz.**
Tanzleitung: B. Sachse.
Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.
Volks-Theater des Westens.
Spichernstr. 3, am Märnbergerplatz.
Freitag:
Die Waise aus Potwood.
Sonntag: **Einakter, Habarett. Hasemanns Töchter.**

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Das Lumpengesindel.
Trauerspiel in 3 Aufzügen von Ernst v. Wolzogen.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Räuber.
Montag, abends 8 Uhr:
Donna Diana.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Frau Inger von Oestrot.
Schauspiel in 5 Aufzügen von Henrik Ibsen.
Deutsch von Wilhelm Lange.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Web' dem derügt.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Hoffnung auf Segen.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Hoffnung auf Segen.

Castans Panopticum
Friedrichstraße 165.
Schreckenskammer - Kennig
Berliner Allerlei.
1389L*
Volkstümliche Vorträge aller Art.

Zirkus Busch.
Sonnabend, den 29. September 1906.
Erstes Auftreten! „Monsieur Romeo“! Erstes Auftreten!
Ueberfahren eines lebenden Menschen
mit einem 70 P.S.-Fiat-Automobil
(Gewicht 30 Zentner und 4 Insassen).
Die größte Tiger- und Löwengruppe
mit dem bisher noch nie gezeigten **Ringkampf**
zwischen dem Dompsteur **Willy Peters** u. **2 wilden Tigern.**
Außerdem zum ersten Male **Frl. Marie Elise, Schulkreiterin.**
„Aus der Pußta“
Original-Pantomime des Zirkus Busch.

Dräsel's Festsäle,
C. Neue Friedrichstr. 35.
Sonntag, den 30. September, abends 7 Uhr:
XIII. volkstümlicher Vortragsabend von Maria Holgers Ibsen-Abend.
Musikal. Mitwirkung: Eugen Brieger, Richard Karsch.
Eintrittskarten zu 40 Pf. in Dräsel's Festsälen, bei Horsch, Zigarrenhandlung (Gewerkschaftshaus) und abends an der Kasse.

Wintergarten
Vorletzte Vorstellung des glänzenden Eröffnungs-Programms.
Robert Steidl, Humorist.
Das Erntefest, engl. Balletsozono.
Bonhair Gregory, Akrobat-Truppe.
Ma Werber, Sängerin.
Ida Fuller, Fantasie-Tänzerin.
Chung Ling Soo, chin. Zauberhünstl.
Do Witt Burns und Torrance, amerikanische Exzentriker.
Die Pissutti, Reitakt.
Ferry Corwey, musikal. Clown.
Price u. Toledo, Kontorsionisten.
Der Biograph.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20
am Rosenthaler Tor.
Täglich: Große Vorstellung.
Chevalier Thorn
Im Traumlande.
Das fische Damon-Regiment.
8 Germania's.
Adelo Moraw, Hans Hauser
dieartig. Skatlerin mit sein. neuell.
der Sahara, Schloßgert,
u. die übrig. interess. Attraktionen.
Anf. 8 Uhr. Kaufen überall gefl.
Morgen Sonntag:
Nachmittags-Vorstellung
3 1/2 Uhr. (Kleine Preise.)

Berliner Prater-Theater
Kottbusser-Allee 7/9
Heute:
Geschlossen.

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
15 erstklassige 15 Spezialitäten
Täglich: **Konzert- u. Volks-Kabarett.**
(Ohne Weinzwang.)
Buggenhagen
Hortplatz.
Populäres Konzert
unter pers. Leitung **Gustav**
des Herrn **Gottschalk.**
Eintritt 10 Pf. — Bons geflen.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
Anfang
Sochtags
8, Sonntag
7 Uhr.

Sanssouci. Kottbusser
Straße 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag, Donnerstag.
Hoffmanns Nordd. Sänger
Stets neues hochinter-
essantes Programm.
Sonntags Beginn 5 Uhr,
Wochentags 8 Uhr.
Jed. Dienst. Theaterabend
(Löwe-Ensemble.)

7. August Schmidt,
Köpenickerstr. 116,
Tabakfabrik
Billigste Bezugsquelle für alle Sorten
Schnupf-, Rauch- und Kautabake
Cigarren, Cigaretten. — Amt IV, 7300. 2206L*
Gegründet 1823.

Empfehle allen Freunden und Bekannten zum bevorstehenden Umzuge usw. mein
Glas-, Porzellan-, Steingut-, Nippes-, Lampen- und Emaillewaren-Geschäft
sowie sämtliche Küchen-Artikel zu den billigsten Preisen.
August Mielert, Petersburgerstr. 41
bei der Landsberger Allee.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: **Nordhäuser Kautabak**
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 1637L*
Amt 4, 3014.

Geschäfts-Eröffnung!
Einer werten Kundschaft von
Köpenick und Umgegend
die ergebene Mitteilung, daß ich in
meinem Hause
Berlinerstraße 2
ein
Kaufhaus
für
1636b
Manufakturwaren, Konfektion, Kurzwaren und Damenputz
eröffnen werde und wird es mein Bestreben sein, meine werte Kundschaft zuvorkommend und preiswert zu bedienen.
Ich habe keinerlei Lager von dem früheren Warenhaus Anker übernommen und sind sämtliche Waren neu eingekauft.
Indem ich bei Bedarf mich bestens empfehle, zeichne ich
Hochachtungsvoll
Felix Prinz, Kaufhaus Anker.
Geschäfts-Eröffnung:
Montag, 1. Oktober, morgens 9 Uhr.
Am Eröffnungstage erlaube ich mir beim Einkaufe von 1,50 M. einen branchbaren, hübschen Gegenstand als Präsent zu geben.

Verband der Wäsche- und Krawattenarbeiter Deutschl. Filiale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Guldschneider
Richard Garlipp
am 26. September an Lungenentzündung verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. September nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Friedhofes in Wilhelmshagen aus statt.
Um recht rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel, Prinzen
Str. 41,
Spezialarzt für 137/13*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 3-4.

Neues Klub-Haus
72. Kommandantenstr. 72.
Sonnabende vergeben.
Kolonie Röntgenhöhe.
Stat. Buch-Nöyental, gesunde hohe Lage, idyll. Umg., Sandparadies noch billig. Rente von 10 Pf. an. Bloch bei Breite. Größte Zukunft. Nächste Nähe Strassen, in Sicht. Boden, nachm. Sonntag, tagsüber a. d. Terrain. Hohenberg, Koloniestr. 2.

Gustav Behrens Theater,
Berlin O.,
Frankfurter Allee 85.
Kolossaler Erfolg
des sensationellen neuen
September-Programms.
22 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 5 1/2 Uhr.

7. August Schmidt, Köpenickerstr. 116,
Tabakfabrik
Billigste Bezugsquelle für alle Sorten
Schnupf-, Rauch- und Kautabake
Cigarren, Cigaretten. — Amt IV, 7300. 2206L*
Gegründet 1823.

Empfehle allen Freunden und Bekannten zum bevorstehenden Umzuge usw. mein
Glas-, Porzellan-, Steingut-, Nippes-, Lampen- und Emaillewaren-Geschäft
sowie sämtliche Küchen-Artikel zu den billigsten Preisen.
August Mielert, Petersburgerstr. 41
bei der Landsberger Allee.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: **Nordhäuser Kautabak**
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 1637L*
Amt 4, 3014.

Geschäfts-Eröffnung!
Einer werten Kundschaft von
Köpenick und Umgegend
die ergebene Mitteilung, daß ich in
meinem Hause
Berlinerstraße 2
ein
Kaufhaus
für
1636b
Manufakturwaren, Konfektion, Kurzwaren und Damenputz
eröffnen werde und wird es mein Bestreben sein, meine werte Kundschaft zuvorkommend und preiswert zu bedienen.
Ich habe keinerlei Lager von dem früheren Warenhaus Anker übernommen und sind sämtliche Waren neu eingekauft.
Indem ich bei Bedarf mich bestens empfehle, zeichne ich
Hochachtungsvoll
Felix Prinz, Kaufhaus Anker.
Geschäfts-Eröffnung:
Montag, 1. Oktober, morgens 9 Uhr.
Am Eröffnungstage erlaube ich mir beim Einkaufe von 1,50 M. einen branchbaren, hübschen Gegenstand als Präsent zu geben.

Verband der Wäsche- und Krawattenarbeiter Deutschl. Filiale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Guldschneider
Richard Garlipp
am 26. September an Lungenentzündung verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. September nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Friedhofes in Wilhelmshagen aus statt.
Um recht rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel, Prinzen
Str. 41,
Spezialarzt für 137/13*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 3-4.

Neues Klub-Haus
72. Kommandantenstr. 72.
Sonnabende vergeben.
Kolonie Röntgenhöhe.
Stat. Buch-Nöyental, gesunde hohe Lage, idyll. Umg., Sandparadies noch billig. Rente von 10 Pf. an. Bloch bei Breite. Größte Zukunft. Nächste Nähe Strassen, in Sicht. Boden, nachm. Sonntag, tagsüber a. d. Terrain. Hohenberg, Koloniestr. 2.

Gustav Behrens Theater,
Berlin O.,
Frankfurter Allee 85.
Kolossaler Erfolg
des sensationellen neuen
September-Programms.
22 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 5 1/2 Uhr.

7. August Schmidt, Köpenickerstr. 116,
Tabakfabrik
Billigste Bezugsquelle für alle Sorten
Schnupf-, Rauch- und Kautabake
Cigarren, Cigaretten. — Amt IV, 7300. 2206L*
Gegründet 1823.

Empfehle allen Freunden und Bekannten zum bevorstehenden Umzuge usw. mein
Glas-, Porzellan-, Steingut-, Nippes-, Lampen- und Emaillewaren-Geschäft
sowie sämtliche Küchen-Artikel zu den billigsten Preisen.
August Mielert, Petersburgerstr. 41
bei der Landsberger Allee.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: **Nordhäuser Kautabak**
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 1637L*
Amt 4, 3014.

Geschäfts-Eröffnung!
Einer werten Kundschaft von
Köpenick und Umgegend
die ergebene Mitteilung, daß ich in
meinem Hause
Berlinerstraße 2
ein
Kaufhaus
für
1636b
Manufakturwaren, Konfektion, Kurzwaren und Damenputz
eröffnen werde und wird es mein Bestreben sein, meine werte Kundschaft zuvorkommend und preiswert zu bedienen.
Ich habe keinerlei Lager von dem früheren Warenhaus Anker übernommen und sind sämtliche Waren neu eingekauft.
Indem ich bei Bedarf mich bestens empfehle, zeichne ich
Hochachtungsvoll
Felix Prinz, Kaufhaus Anker.
Geschäfts-Eröffnung:
Montag, 1. Oktober, morgens 9 Uhr.
Am Eröffnungstage erlaube ich mir beim Einkaufe von 1,50 M. einen branchbaren, hübschen Gegenstand als Präsent zu geben.

Verband der Wäsche- und Krawattenarbeiter Deutschl. Filiale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Guldschneider
Richard Garlipp
am 26. September an Lungenentzündung verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. September nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Friedhofes in Wilhelmshagen aus statt.
Um recht rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel, Prinzen
Str. 41,
Spezialarzt für 137/13*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 3-4.

Neues Klub-Haus
72. Kommandantenstr. 72.
Sonnabende vergeben.
Kolonie Röntgenhöhe.
Stat. Buch-Nöyental, gesunde hohe Lage, idyll. Umg., Sandparadies noch billig. Rente von 10 Pf. an. Bloch bei Breite. Größte Zukunft. Nächste Nähe Strassen, in Sicht. Boden, nachm. Sonntag, tagsüber a. d. Terrain. Hohenberg, Koloniestr. 2.

Gustav Behrens Theater,
Berlin O.,
Frankfurter Allee 85.
Kolossaler Erfolg
des sensationellen neuen
September-Programms.
22 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 5 1/2 Uhr.

7. August Schmidt, Köpenickerstr. 116,
Tabakfabrik
Billigste Bezugsquelle für alle Sorten
Schnupf-, Rauch- und Kautabake
Cigarren, Cigaretten. — Amt IV, 7300. 2206L*
Gegründet 1823.

Empfehle allen Freunden und Bekannten zum bevorstehenden Umzuge usw. mein
Glas-, Porzellan-, Steingut-, Nippes-, Lampen- und Emaillewaren-Geschäft
sowie sämtliche Küchen-Artikel zu den billigsten Preisen.
August Mielert, Petersburgerstr. 41
bei der Landsberger Allee.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: **Nordhäuser Kautabak**
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 1637L*
Amt 4, 3014.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Das Lumpengesindel.
Trauerspiel in 3 Aufzügen von Ernst v. Wolzogen.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Räuber.
Montag, abends 8 Uhr:
Donna Diana.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Frau Inger von Oestrot.
Schauspiel in 5 Aufzügen von Henrik Ibsen.
Deutsch von Wilhelm Lange.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Web' dem derügt.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Hoffnung auf Segen.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Hoffnung auf Segen.

Castans Panopticum
Friedrichstraße 165.
Schreckenskammer - Kennig
Berliner Allerlei.
1389L*
Volkstümliche Vorträge aller Art.

Zirkus Busch.
Sonnabend, den 29. September 1906.
Erstes Auftreten! „Monsieur Romeo“! Erstes Auftreten!
Ueberfahren eines lebenden Menschen
mit einem 70 P.S.-Fiat-Automobil
(Gewicht 30 Zentner und 4 Insassen).
Die größte Tiger- und Löwengruppe
mit dem bisher noch nie gezeigten **Ringkampf**
zwischen dem Dompsteur **Willy Peters** u. **2 wilden Tigern.**
Außerdem zum ersten Male **Frl. Marie Elise, Schulkreiterin.**
„Aus der Pußta“
Original-Pantomime des Zirkus Busch.

Dräsel's Festsäle,
C. Neue Friedrichstr. 35.
Sonntag, den 30. September, abends 7 Uhr:
XIII. volkstümlicher Vortragsabend von Maria Holgers Ibsen-Abend.
Musikal. Mitwirkung: Eugen Brieger, Richard Karsch.
Eintrittskarten zu 40 Pf. in Dräsel's Festsälen, bei Horsch, Zigarrenhandlung (Gewerkschaftshaus) und abends an der Kasse.

Wintergarten
Vorletzte Vorstellung des glänzenden Eröffnungs-Programms.
Robert Steidl, Humorist.
Das Erntefest, engl. Balletsozono.
Bonhair Gregory, Akrobat-Truppe.
Ma Werber, Sängerin.
Ida Fuller, Fantasie-Tänzerin.
Chung Ling Soo, chin. Zauberhünstl.
Do Witt Burns und Torrance, amerikanische Exzentriker.
Die Pissutti, Reitakt.
Ferry Corwey, musikal. Clown.
Price u. Toledo, Kontorsionisten.
Der Biograph.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20
am Rosenthaler Tor.
Täglich: Große Vorstellung.
Chevalier Thorn
Im Traumlande.
Das fische Damon-Regiment.
8 Germania's.
Adelo Moraw, Hans Hauser
dieartig. Skatlerin mit sein. neuell.
der Sahara, Schloßgert,
u. die übrig. interess. Attraktionen.
Anf. 8 Uhr. Kaufen überall gefl.
Morgen Sonntag:
Nachmittags-Vorstellung
3 1/2 Uhr. (Kleine Preise.)

Berliner Prater-Theater
Kottbusser-Allee 7/9
Heute:
Geschlossen.

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
15 erstklassige 15 Spezialitäten
Täglich: **Konzert- u. Volks-Kabarett.**
(Ohne Weinzwang.)
Buggenhagen
Hortplatz.
Populäres Konzert
unter pers. Leitung **Gustav**
des Herrn **Gottschalk.**
Eintritt 10 Pf. — Bons geflen.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
Anfang
Sochtags
8, Sonntag
7 Uhr.

Sanssouci. Kottbusser
Straße 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag, Donnerstag.
Hoffmanns Nordd. Sänger
Stets neues hochinter-
essantes Programm.
Sonntags Beginn 5 Uhr,
Wochentags 8 Uhr.
Jed. Dienst. Theaterabend
(Löwe-Ensemble.)

7. August Schmidt, Köpenickerstr. 116,
Tabakfabrik
Billigste Bezugsquelle für alle Sorten
Schnupf-, Rauch- und Kautabake
Cigarren, Cigaretten. — Amt IV, 7300. 2206L*
Gegründet 1823.

Empfehle allen Freunden und Bekannten zum bevorstehenden Umzuge usw. mein
Glas-, Porzellan-, Steingut-, Nippes-, Lampen- und Emaillewaren-Geschäft
sowie sämtliche Küchen-Artikel zu den billigsten Preisen.
August Mielert, Petersburgerstr. 41
bei der Landsberger Allee.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: **Nordhäuser Kautabak**
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 1637L*
Amt 4, 3014.

Geschäfts-Eröffnung!
Einer werten Kundschaft von
Köpenick und Umgegend
die ergebene Mitteilung, daß ich in
meinem Hause
Berlinerstraße 2
ein
Kaufhaus
für
1636b
Manufakturwaren, Konfektion, Kurzwaren und Damenputz
eröffnen werde und wird es mein Bestreben sein, meine werte Kundschaft zuvorkommend und preiswert zu bedienen.
Ich habe keinerlei Lager von dem früheren Warenhaus Anker übernommen und sind sämtliche Waren neu eingekauft.
Indem ich bei Bedarf mich bestens empfehle, zeichne ich
Hochachtungsvoll
Felix Prinz, Kaufhaus Anker.
Geschäfts-Eröffnung:
Montag, 1. Oktober, morgens 9 Uhr.
Am Eröffnungstage erlaube ich mir beim Einkaufe von 1,50 M. einen branchbaren, hübschen Gegenstand als Präsent zu geben.

Verband der Wäsche- und Krawattenarbeiter Deutschl. Filiale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Guldschneider
Richard Garlipp
am 26

Stereotypeure, Galvanoplastiker, Graveure und Hilfsarbeiter!

Ueber die
Galvanoplastische Anstalt
Friedrichstraße 16

ist die Sperre verhängt worden. Alle Stellenangebote sind zurückzuweisen. 43/13

Die graphischen Berufsvereine:
A. Hassini, A. Horitz, Fr. Thurov.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbureau:
Zimmer 34, Amt 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9079.

Sonntag, den 30. September 1906, vorm. 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
aller in der Metall- und Eisen-Industrie beschäftigten
Hobler, Bohrer, Stoßer und Fräser
im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag: „Die Unternehmungsbedingungen unseres Verbands“. Referent: Kollege Cohen. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Sonntag, den 30. September 1906, vorm. 10 Uhr:
Allgemeine Versammlung
der Faunaufsteller der Draht-Industrie
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15, Saal 5.

Tages-Ordnung:
1. „Unsere Unternehmungsbedingungen.“ Referent: Kollege Wuschel. 2. Diskussion.
Kollegen! Mit Rücksicht darauf, daß es der einstimmige Beschluß der Kollegen von der letzten Versammlung war, daß diese Versammlung stattfinden, erwarten wir, daß ein jeder von ihnen dafür sorgt, daß der Besuch ein guter ist.

Montag, den 1. Oktober 1906, abends 7 Uhr:
Versammlung
aller in den Spezialbetrieben für Werkzeugbau
beschäftigten Arbeiter
in „Graumanns Festhallen“, Rannhuststraße 27.

Tages-Ordnung:
1. „Unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen.“ Referent: Kollege Cohen. 2. Diskussion.
Kollegen! Nicht jedes Arbeiters ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Zur Beachtung!
Die Zahlstelle vom Restaurant Vinke, bisher Chausseestraße 83, befindet sich jetzt Liesenstraße 3. — Nachgenannte Zahlstellen wurden neu errichtet: Im Restaurant Bethke, Püchowstraße 7; im Restaurant Fuldner, Gormannstraße 89 und im Zigarrengeschäft von J. König, Hennigsdorferstraße 12.
153/17 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.
Möbelpolierer.
Donnerstag, den 4. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Wille, Hermannstr. 213.

Versammlung mit Frauen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Genossin Hil. Kabetz über: Volksschule und Kindererziehung. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
3. u. Der Obmann.

Stola, Muffen, Kolliers
in allen Pelz-gattungen sowie alle sonstigen Pelzwaren.
Nur eig. Fabrikat aus best. Material.
Kein Zwischenhändler, daher Fabrikpreise.
Ferdin. Kalman
Dresdenerstr. 75
vorn II, 2. Haus
v. Thalia-Theater.
Verkauf auch
Sonntags, und Wochentags von
8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends. *

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige 2008L*
Herren-Garderobe
— Ersatz für Maß. —
Anfertigung nach Maß.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Große Frankfurterstraße 37, II.
Eingang Straußberger Platz. *

Möbel-Fabrik
von **A. SCHULZ,**
Reichenberger Straße 5
(gegründet 1878)
empfiehlt ihr großes Lager nur anerkannt
gediegener Möbel in jeder Holz- und Stil-
art von 300, 400, 500, 600 bis 1000 Mk.
Auch fertige Sofas, Garnituren und
Matratzen eigener Fabrikation zu äußerst
billigen Preisen. 2030L*

ROLAND

Hervorragende
Saison-Neuheit!
Eleganter
Winter-Paletot
für Herren.

Ausführung III . . . 20 Mark
Ausführung II . . . 30 Mark
Ausführung I . . . 40 Mark

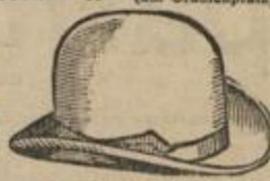
Vornehme Ausstattung * Moderner Schnitt

In den neuesten karierten, gestreiften und solide gemusterten Stoff-Arten vorrätig.

Bei Anfertigung nach Maß geringer Aufschlag.

Mode-Haus
Herrmann Vandsburger
SW. Friedrichstraße 2
(am Belle-Alliance-Platz)
NW. Turm-Strasse 30a
(Ecke der Wilhelmshavener Strasse).

Größtes Spezial-Geschäft für Hüte, Mützen u. Pelzwaren
Oscar Arnold, Dresdenerstr. 116
Kein Laden (am Oranienplatz).

Weiche Herrenhüte von M. 1.50-7,00 Stiefe Herrenhüte von M. 1,55-7,00
Nur fehlerfreie moderne Ware. Nur fehlerfreie moderne Ware.
Egros. Filzhüte, Cylinderhüte, Mützen u. Pelzwaren. Export.
Garnierte Damenhüte
Aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl!
Einzerverkauf zu auffallend billigen aber streng festen Preisen.

Möbel Billige Kaufgelegenheit
wegen Abbruch und Aufgabe des Ladens.
Neu u. ge- brauchte Spinden * Spiegel * mo- dernen Küchen- einrichtungen * selbstgefertigte Plüsch- u. Taschensofas.
Bettstellen mit nur neuen Matratzen * Chaiselongues * Panelbretter usw.
Auf Wunsch auch Ratenzahlungen.
Tapezier u. Dekorateur,
Heinrich Kahlen, Stallschreiberstr. 43 (im Bauzaun)

Hierdurch die traurige Nachricht, daß unser lieber guter Vater und Großvater, der Herr
Karl Schülzke
nach langem schmerzlichen Leiden am Mittwoch, den 28. d. Mts., sanft entschlafen ist. 1631b
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes (Hermannstraße) aus statt.
Um stillen Beisid bitten
Geschwister Schülzke.

Todes-Anzeige.
Am 25. September verschied durch Unfall mein lieber Gatte, unser guter Vater, der
Schlosser 1657b
Richard Günther
im 55. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemanekirchhofes aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.
Allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Genossen des Aveces Niederbarnim sowie den Genossen und Genossinnen von Wilhelm- und Sage ich hiermit für die zahlreiche Beteiligung und vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner geliebten Frau herzlichsten Dank.
Der trauernde Gatte
1624b **Karl Eigenbrod.**

Danksagung.
Für die vielen Beweise der Liebe und Anhänglichkeit, welche uns bei der Beerdigung unseres geliebten Gatten und Vaters entgegengebracht wurden, sagen wir hiermit allen unsern herzlichsten Dank. 1633b
Ww. A. Werscho und Kinder.

Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Chausseestr. 21a/25. Bräudenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Das 29. Haupt-Preisbuch 1906 wird kostenlos und portofrei zugesandt.
Bei Bestellung von Hüten ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jackets und Mützen die Brustweite anzugeben. 1722L*
— Versand von 20 R. an franco. —

Nachdruck verboten!
Hühner, Enten, Gänse, Tauben, empf. in großer Auswahl reell u. billig
Wegner, 50, Mariannestr. 34.

Verlobte!
Komplette Küchen-Einrichtungen:
130 Teile . . . Mk. 35.—
200 " . . . " 75.—
300 " . . . " 150.—
Alle Teile auch einzeln billigst!
L. Katz & Co.
Spandauerstr. 45
am Molkenmarkt.
Spezial-Geschäft.

Eigene große Betriebswerkstätte Neus Haberstr. 59-60.

Es ist die höchste **Zeit!!!**
daß jeder Herr daran denkt, seinen Bedarf an **Winter-Bekleidung fertig und nach Maß zu kaufen.**
Wo????
im Spezial-Hause eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung
Leske & Lehrer
78 Kottbuser Damm 78
Qualitäten, Paßform, Auswahl, Verarbeitung sind allbekannt unerreicht!
Unerreichte Auswahl an
Winter-Paletots, Lodenjoppen, Winter-Anzüge, Knaben-Anzüge, Knaben-Paletots, Jünglings-Anzüge, Jünglings-Paletots.

Unsere Grundsätze:
Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.
Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.
Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.
Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalentwurf!
Nachdruck verboten.

Unerreicht groß ist unser Lager in Stoffen zur Anfertigung feiner Herren-Moden nach Maß. Sämtliche Sachen werden in eigenen der Neuzeit entsprechend eingerichteten Betriebswerkstätten unter Leitung erster Meister angefertigt. Unsere Abteilung „Anfertigung nach Maß“ ist einzig dastehend. Wir richten an unsere geschätzten Kunden die ergebenste Bitte, bei uns rechtzeitig die Bestellungen zu machen, damit wir in die Lage gesetzt werden, die bei uns bestellten Maßsachen auf das Sorgfältigste vorarbeiten zu können und in jeder Weise zufriedenzustellen.
LESKE & LEHRER
78 Kottbuser Damm 78
Lieferanten an Vereine und Genossenschaften.
Wir bitten genau auf unsere Firma und Hausnummer zu achten.

Lieferanten an Vereine und Genossenschaften.

Warenhaus Wilhelm Stein

□ Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66 □

Während der Umzugs-Tage von

Sonnabend, den 29. September bis

Mittwoch, den 3. Oktober cr. incl.

verabfolgen wir auf sämtliche Einkäufe*

doppelte Anzahl Sparmarken

Wir geben sonst bei einem Einkauf von 1 Mark 4 Sparmarken, an diesen Tagen jedoch

8 Sparmarken 8

* Einige Artikel sind ausgenommen.

1004

Kaufhaus Max Mannheim

Ecke Königsbergerstrasse • Frankfurter Allee 109-112 • Ecke Königsbergerstrasse

Gardinen

Englisch Tüll, weiss u. crème . . . Meter 75 50 38 Pf.
Englisch Tüll, weiss u. crème, abgepaast . 3.75 2.95 1.75
Scheibenschleier, abgepaast Stack 60 45 25 Pf.

Stores

Englisch Tüll, weiss u. crème . . . 3.75 2.95 2.25 1.75
Erbs-Tüll, goldfarbig 9.75 8.25 6.50 4.50

Bett-Vorleger

Perser, imitiert 1.25 85 68 Pf.
Axminster, zu den Teppichen passend . . 1.50 1.20 90 Pf.
Prima Velour, zu den Teppichen passend 4.50 3.75 2.75

Polsterbetten

mit Persiabezug 6.50 5.50
mit Persiabezug und Spiralboden 7.50
mit Drellbezug 9.75 8.75
mit Drellbezug, Sprungfedern u. verstellbares Kopftell . 13.50

Teppiche

	12/4	10/4	8/4
Perser, imitiert	12.25	8.00	4.75
Axminster	18.00	12.50	7.50
Prima Velour	36.75	25.00	15.75
Linoleum	15.25	10.50	7.25

Portieren

Shawls, gestreift und Bordure 1.95 1.50 95 Pf.
Garnituren, 2 Shawls u. 1 Querbehänge, reich bestickt, Filztuch u. Leinwandplüsch 8.25 6.00 4.50 3.65

Läuferstoffe

Jute, in allen Breiten 60 45 30 Pf.
Tapestry in allen Breiten 2.75 2.00 1.75
Prima Velour in allen Breiten 4.75 4.00 3.25

Bettstellen

Eisen, mit doppeltem Spiralboden 8.50 7.50
Eisen, extra starkes Rohr und Verzierung 14.50
Eisen, Patent-Stahlrohr-Matratze und Verzierung 18.50

Tischdecken

Fantasie- und Filztuch, reich bestickt . . 3.25 2.50 1.75
Mohairplüsch, aparte Stickereien 10.50 7.50 5.-

Bettdecken

Tüll, weiss und crème 5.- 3.50 2.55 2.25

Steppdecken

Satin mit Seidenglanz 6.- 5.- 4.25 3.25

Diwandecken

vornehme Dessins 10.50 8.50 7.50 4.75

Diwans

beste Verarbeitung, Cretonnebezug 27.50 Meltonbezug 25.50

Matratzen

ca. 80/190 cm Drell m. Indiofasern 10.50 Drell 7.25 Jute 5.25 4.50

Stand-Betten

fertig gestopft Deckbett 5.00 Unterbett 5.00 Kissen 1.95

Holzgalanterien

	Furniert	Goldgraviert	Nussbaum imitiert	
Bauertische	2.95	2.75	2.50	2.25
Bücher-Etagèren			6.00	3.15 2.25
Panelbretter	ca. 150 cm 5.75	125 cm 4.50	100 cm 3.45	85 cm 2.50
Büstenständer			70 cm 1.05	50 cm 1.15 90 Pf.
Schirmständer			6.75	4.00 2.95
			4.95	3.50 2.75 1.95

Portièren Rundstangen mit allem Zubehör 3.00 2.50 1.95
Gardinen-Stangen, nussbaum oder mahagoni 75 48 27 Pf.
Kleiderriegel 6 5 4 3 Nickelhaken 55 45 35 25 Pf.
Handtuchhalter 1.45 1.25 90 45 Pf.
Kammkasten, geschnitten 95 45 Pf. Leitern, alle Größen, Stufe 40 Pf.

Küchen-Möbel

Komplette Einrichtungen, sowie einzelne Spinden, Tische, Rahmen, Halter, Eimerspinden, Stühle, Kasten für Kohlen, Kartoffeln und Sand, Putzkomoden, Stiefel- und Kohlenschränke, Putz- und Wachs-Kasten, Wasserbänke u. s. w. **in grosser Auswahl!**

Am Sonntag,
d. 30. Sept. sowie an den
Sonntagen des Monats Ok-
tober von 8-10 u. 12-2 Uhr
geöffnet.

Der reich illustrierte
Hauptkatalog
ist erschienen und wird auf
Wunsch gratis zugesandt.

Zur Wahl im 3. Berliner Landtagswahlkreise.

Ergänzungswahlen müssen für die Wahlmänner vorgenommen werden, die in der allgemeinen Wahl am 12. November 1906 gewählt wurden...

- 1. 45. Gemeindefschule, Auguststr. 67/68, Stadtbezirk: 211 bis 217, 255 und 256, 269-271; Urvahlbezirk: 773-797, 970-975, 1021-1033.

Amterhalb der genannten drei Tage steht es jedem frei, sowohl gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit dieser Listen als auch gegen die Richtigkeit der darin aufgeführten Steuerbeträge...

Die Legitimation kann durch Vorlegung der Steuerquittung für das Vierteljahr Juli/September 1906, der polizeilich bescheinigten Anmeldung für die Wohnung, unter welcher die Eintragung erfolgen soll...

gewohnt haben.

- Für diejenigen, welche verhindert sind, persönlich sich von der Richtigkeit der Wählerliste zu überzeugen, haben folgende Genossen sich bereit erklärt, die Durchsicht derselben zu übernehmen: H. Rasche, Adersstr. 36, Ecke Anklamerstr. 48, Hagenfeld, Bergstr. 62, A. Obligo, Bernauerstr. 84, Fr. Agthe, Verlingenerstr. 4, B. Müller, Dredowstr. 11, S. Wilske, Weisstr. 32, Hermann, Hohenstr. 19, Fritz Wille, Brunnenstr. 188, Kanappe, Brunnenstr. 122, Fritz Bergmann, Brunnenstr. 79, Wilm Maack, Brunnenstr. 96, Wilhelm Gahmann, Wadstr. 4, Ecke Grünthalerstr. 46, Abendroth, Badstr. 42/43, Ernst, Calvinst. 29, Fritz, Fronteimeistr. 4, Rudolf Hiescher, Dalldorferstr. 23, Paul Heilmann, Dunderstr. 79, Gustav Grobner, Dunderstr. 83, George, Eberwalderstr. 4, Karl Schönfeld, Fehrbellinerstr. 7, Hannu, Glettenstr. 11, Jos. Döring, Goylowstr. 13, Schroll, Goylowstr. 29, A. Lange, Quiststr. 35, Berliner Konsumverein, Favelbergerstr. 6, Karl Pinner, Hochmeisterstr. 9, Reinhold, Wagg, Kastanien-Allee 95/96, Degener, Kopenhagenerstr. 29, Dube, Kopenhagenerstr. 74, W. Jabel, Liesenstr. 12, Wilsch, Wielewa, Lothringenstr. 9, Horst, Lohsestr. 18, Lamprecht, Lohsestr. 3, Wöhme, Magstr. 18, H. Heinrich, Sauerweier, Magstr. 16, Doye, Müllerstr. 31, Wilm, Mattner, Müllerstr. 162a, Fr. Schuldt, Putzstr. 25, Gustav Winkelfischer, Plantagenstr. 5, Paul Agthe, Pflanzstr. 5, Stimpel, Perlebergerstr. 58, Schmidt, Pappelallee 114, Perisk, Pappelallee 10, Wally Hartig, Prenzlauer Allee 43, Otto Vackhänger, Pringelallee 92, R. Hofin, Ruppinerstr. 42, Friedrich Witz, Rostockerstr. 27, Rafinowitsch, Reinickendorferstr. 38, Karl Schönberg, Rügenerstr. 23, Ad. Dobath, Sellenstr. 3, Karl Vahslein, Salzweberstr. 16, Heinrich Fiedler, Saarbrückerstr. 8, Gottlieb Hoffmann, Svinemünderstr. 7, G. Dewig, Sidingenstr. 43, Wilhelm Dahms, Schlegelstr. 9, Julius Bernan, Schwedterstr. 23, Sauer, Schönhauser Allee 135, Ref. Schönhauser Allee 128, Gustav Wommert, Schlemmerstr. 42, Unbehauen, Stolpischestr. 60, Ariebe-nauer, Stargarderstr. 74, Oskar Schröder, Stromstr. 33, Max Fobber, Stephanstr. 11, Verthold Lauth, Stephanstr. 32, Kal Rapp, Turmstr. 62, Karl Strauß, Tiedstr. 10, Wilhelm Gronow, Tredowstr. 53, Gust. Pinner, Tredowstr. 36, Fritz Pley, Wiesenstr. 29, Hans Honisch, Widderstr. 3, Reinhold Schürmer, Wörtherstr. 15, Gustav Pomy, Wilhelmshavenstr. 61, George Wiele, Waldstr. 8, Gust. Gumbach, Waldenferstr. 24, Gust. Schille, Wielestr. 24, Alb. Werth, Wielestr. 38, Otto Petrie, Wivingstr. 15c.

sie von ihren Einnahmen eine bestimmte Abgabe zahlen. Unsere Stadtväter haben es immer so gehalten, infraktive Unternehmungen dem Privatkapital auszuliefern...

Zu welcher Weise die Berliner Elektrizitätswerke den an sie herantretenden Anforderungen gerecht zu werden vermögen, mag der Inhalt eines Birkulars beweisen, das dieser Tage an die Kundenschaft verandt worden ist.

Unsere Stromerzeugungsanlagen erreichen demnächst die vertraglich festgesetzte Höchstleistung und werden durch die vorliegenden, in außerordentlichem Umfange eingegangenen Anmeldungen so beansprucht, daß weitere Anträge auf Neuanlage oder Erweiterung bestehender Anlagen nicht mehr berücksichtigt werden können.

Durch diese Maßnahme wird Hunderten von Installationsfirmen der Lebensnahrung abgeschnitten, Tausende von Monteuren, Arbeitern und Hilfsarbeitern werden brotlos, und all die kleinen Gewerbetreibenden — Tischler, Bäcker, Schlächter — die jetzt nach dem Umzugstermin in ihrem neuen Geschäftsbetriebe die elektrische Kraft einführen wollen...

Der Grund des Vorgehens der V. E. W. ist leicht zu finden. Die Gesellschaft, die keine Konkurrenz zu fürchten hat, steht mit dem Magistrat in Unterhandlung, um ihren alten Vertrag auf 30 bis 50 Jahre zu verlängern...

Es wurde in der Sitzung beschlossen, geeignete Vorkehrungen zu treffen, damit der alte Vertrag einer genauen Prüfung unterzogen werde. Ferner soll in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung aller Interessenten einberufen werden, um die Frage zu erörtern, und nicht jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, daß die Stadt den Betrieb der V. E. W. in eigene Regie übernehme.

Der vom Magistrat zum Direktor des städtischen Statistischen Amtes ernannte Professor Dr. Silbergleit-Schöneberg hat sich zur Übernahme dieses Postens bereit erklärt...

„Es stinkt nicht!“ sagte Kaiser Veispasan, als sein Sohn Titus ihm vorwarf, daß er aus einer unappetitlichen Sache Geld herauszuschlagen wisse.

„Es stinkt nicht!“ denken wohl auch die Inhaber der Firma Aschinger, wenn sie sich den Gewinn blicken, der aus der Verpachtung der Frauen-Bedürfnisanstalten ihrer zahlreicheren Ausbehalter ihren zusteht.

Wie so etwas möglich ist? Ach, es sind noch ganz andere Dinge möglich! Nicht wahr, Du denkst, daß jener Menschenfreund, der für Aschinger die Bedienungsfrauen liefert, — er heißt A. Schubring — und wohnt Neue Poststraße 1 — ein bedauerndwertes Narr sei...

zu wünschen. Wir kennen ein paar der Pachtverträge, die er mit den Frauen abgeschlossen hat. Da ist eine Pacht von monatlich 65 M. vereinbart — 65 M., monatlich pränumerando zu zahlen.

Wie nun das wieder möglich ist? Ei, wozu hätten wir denn unsere moderne Trinkgelder-Wirtschaft, wenn so etwas nicht möglich wäre! Trinkgelder zu nehmen und auf Trinkgelder zu warten, gilt zwar als bettelhaft — aber das trifft doch nur den, der selber die Hand ausstrecken muß, um die Schaler und Groschen einzusammeln.

Nun wird mancher uns vorrechnen wollen, was die Aschinger ausgeben müssen, damit ihre weiblichen Gäste möglichst alles vorfinden, was eine Dame braucht, wenn sie sich in einen verächtlichen Winkel zurückzieht. Es fehlt ja auch wirklich fast an nichts in den Damentoiletten bei Aschinger; selbst Feder und Schminke wird manchmal hingestellt zu beliebigem Gebrauch.

Ja, wirklich ganz unentgeltlich Eintrittsgeld wird in den Bedürfnisanstalten bei Aschinger nicht erhoben, das wäre ja nicht anständig. Aber auch das Trinkgeld, auf das die Bedienungsfrauen doch angewiesen ist, wenn sie die Pacht samt den Requisitionen bezahlen soll und dann auch noch ihren Lebensunterhalt bestreiten will...

Nach ein anderer Satz des Vertrages hat unsere Witzbegier rege gemacht. Herr Sch. besetzt: „Mißgünstigkeiten des Verpächters oder Mitteilung über das Pachtverhältnis an dritte Personen ist streng untersagt.“

Der Kaiser und der Berliner Verkehr.

Der „Vokal-Anzeiger“ weiß folgendes zu erzählen: „Es dürfte nur wenig bekannt sein, daß der Kaiser, der die Entwicklung des Verkehrswesens in Berlin und Umgebung mit intensivem Interesse verfolgt, sich zuweilen nicht scheut, in strengstem Intonito durch eigene Beobachtung sich von gewissen Verkehrsverhältnissen zu überzeugen.“

Wir wissen ja nicht, was von dieser Erzählung Wahrheit oder Dichtung ist. Es ist aber gar nicht gut anzunehmen, daß der Kaiser von dem am Potsdamer Platz herrschenden Verkehr so entsetzt gewesen sein soll, wie es hier geschildert wird.

Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Parteigenossen! Am heutigen Sonntag hält der Kreisverein „Apollon“ in S. Obf's Festsaal, Reinigerstr. 8, ein Vereinsvergängen ab.

Spandau. Am Dienstag findet der Zahlabend statt. Die Genossen werden ersucht, der Abrechnung wegen ihre Beiträge möglichst pünktlich zu entrichten.

Berliner Nachrichten.

Die Elektrizitätswerke in Berlin nehmen dieselbe Monopolstellung ein wie die Große Berliner Straßenbahn. Wie der letztere die Straßen der Stadt zur Ausnutzung überliefert sind, so den Berliner Elektrizitätswerken die Strom- und Lichterzeugung.

Fahrung hat auch die erst kürzlich von der Stadt Berlin nach London entsandte Deputation wieder gemacht.

Im Verfolgungswahnsinn erschossen. Auf tragische Weise hat gestern der Schuhmann F. aus der Böhovstr. 15 seine junge Frau verloren. Frau F. war vor längerer Zeit von einer Nervenkrankheit befallen worden, die bald einen recht heimtückischen Charakter annahm und schließlich in Verfolgungswahnsinn ausartete. Als F. gestern vom Dienst heimkehrte, klingelte er vergeblich an der Korridortür. Da ihm Nachborsleute erzählten, daß in der Wohnung Schüsse gefallen seien, ließ er die Tür gewaltsam öffnen und beim Betreten des Zimmers sah sich ihm ein niederschmetternder Anblick dar. Auf dem Fußboden lag die junge Frau tot dahingestreckt. Die Unglückliche hatte sich mit dem Revolver ihres Mannes zwei Schüsse beigebracht. In den nächsten Tagen sollte sie ihren 26. Geburtstag feiern.

Ein schwerer Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge mit einem Flaschenbierwagen fand in der Nacht zum Freitag an der Ecke der Alexander- und Blumenstraße statt. Der Bierwagen der Firma Louis Rasche, Blumenstr. 80/81 kam aus der Alexanderstraße und versuchte unmittelbar vor dem aus entgegengekehrter Richtung kommenden Straßenbahnwagen 1699 der Linie 16 das Gleis zu kreuzen. Der Wagenführer gab zwar sofort Gefahrbremsen, konnte aber den Zusammenstoß nicht mehr verhindern. Der Bierwagen wurde von der Vorderplattform erfasst, zur Seite gedrückt und stieß infolgedessen gegen den von der Schilderstraße kommenden Straßenbahnwagen Nr. 2809 der Linie 78. Der Anprall erfolgte mit solcher Gewalt, daß das Vordergestell des Bierwagens zertrümmert und drei Näher des Gefährtes zerbrochen wurden. An den beiden Straßenbahnwagen wurden die beiden Vorderplattformen eingedrückt. Personen wurden nicht verletzt.

Die Bleichsucht der Stenotypistin. In wie hohem Grade die Bleichsucht unter den jugendlichen Geschäftsmädchen verbreitet ist, trat in einem Gutachten zutage, welches gestern zwei in einer Streitfrage als Sachverständige geladene Ärzte vor der dritten Kammer des Kaufmannsgerichtes abgaben. Die Klägerin Olga A. war bei der Aktiengesellschaft für landwirtschaftliche Maschinen, Lehnig, als Stenotypistin angestellt. Kurz nachdem ihr seitens der Direktion gekündigt wurde, erkrankte sie an Bleichsucht. Der erste Kassenarzt Dr. A. schrieb sie arbeitsunfähig und ein anderer Kassenarzt, Dr. L., bewilligte ihr einen Landaufenthalt von drei Wochen. Die beklagte Gesellschaft verweigerte nun der Klägerin Gehaltszahlung vom Tage ihres Austrittes, indem sie die Ansicht vertritt, daß die Klägerin in Wirklichkeit gar nicht arbeitsunfähig war, sondern nur an der weiterverbreiteten „Kündigungskrankheit“ litt.

Die als Gutachter vernommenen Ärzte stimmten beide darin überein, daß ihr Standpunkt, speziell den weiblichen Kassenmitgliedern gegenüber, ein äußerst schwieriger sei, zumal sie auch die Interessen der Kasse im Auge behalten sollen. Wie man aber in der Rechtsprechung eher zehn Schuldige laufen läßt, als einen Unschuldigen bestraft, so schrieb sie, und mit ihnen wohl jeder vernünftige Kassenarzt, in zweifelhaften Fällen das sich krank meldende Kassenmitglied auch wirklich krank. Bleichsucht gehört aber zu jenen Krankheiten, bei denen die objektiven Merkmale sehr gering seien und der Arzt auf die Angaben des Patienten angewiesen sei. Es seien allerdings die meisten jugendlichen Geschäftsmädchen in der Großstadt bleichsüchtig. Daß die Klägerin simuliert habe, wurde von beiden Sachverständigen für ausgeschlossen gehalten.

Das Kaufmannsgericht verurteilte die beklagte Gesellschaft zur Zahlung des Restgehältes von 90 Mark. Es lägen keine Beweise dafür vor, daß sich die Klägerin nur durch den Vorwand einer Erkrankung der Tätigkeit in den letzten Wochen entziehen wollte. Die Aussagen der beiden Ärzte ergaben gleichfalls, daß die Klägerin in Wirklichkeit arbeitsunfähig war und nicht etwa simuliert habe.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich gestern morgen gegen 6 Uhr in der Raakenstraße. Der Vorarbeiter Dinse, welcher eine Kolonne Bahnarbeiter beaufsichtigte, trat unmittelbar vor dem herannahenden Straßenbahnwagen Nr. 1715 der Linie 8 auf das Gleis, wurde umgestoßen und geriet unter die Vorderplattform. Der Wagenführer gab zwar sofort Gegenstrom, konnte aber nicht mehr verhindern, daß D. mit den Beinen unter den Schuträumen geschoben wurde. Um den Verunglückten zu befreien, mußte der Motorwagen angehoben werden. Dinse, welcher außer Verletzungen an den Beinen Zerrung der Rückenmuskeln und Verletzung der Wirbelsäule erlitten hatte, wurde zunächst nach der Unfallstation Zoologischer Garten und von dort nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht.

Ertrunken ist gestern nachmittag gegen 3 Uhr unweit der Schillingstraße der bei dem Kabineneigentümer Liebert beschäftigt gewesene Bootsmann Karl Gräulich aus Gosen. Gräulich war im Begriff, den Kahn nach der anderen Seite zu schieben und rutschte dabei mit seinem Staben aus, so daß er kopfüber ins Wasser fiel. Kollegen, die den Vorfall bemerkten, eilten mit ihren Handbähnen zur Unglücksstelle, um Hilfe zu bringen. Jedoch zu spät. Nach längerem Suchen fanden sie seine Leiche; dieselbe wurde nach dem Schauhaufe übergeführt.

Jugendliche Opfer des Straßenverkehrs. Drei Kinder sind vorgestern abend im Straßenverkehr schwer verunglückt. Einer der Unfälle wurde durch die Rücksichtslosigkeit eines Körtelkutschers in der Bellermannstraße herbeigeführt. An der Kreuzung der Prinzenallee überschritten die beiden zehn und drei Jahre alten Geschwister Sibbeth und Otto Kahle, deren Eltern in der Prinzenallee 77 wohnen, Hand in Hand den Fahrweg. Plötzlich bog in voller Karriere ein Körtelwagen um die Straßenecke und fuhr direkt auf die Kinder los. Schreiend flüchteten die Kleinen nach dem Bürgersteig zu, doch sie konnten ihn nicht mehr erreichen. Beide wurden sie von den Pferden niedergetreten und von dem Wagen überfahren. Das Hinterrad ging dem Knaben über den Schädel und dem Mädchen über Ober- und Unterschenkel hinweg. Der Zustand des Kleinen K. ist hoffnungslos. Das unglückliche Kind hatte einen komplizierten Schädelbruch davongetragen. Auch die schweren Verletzungen der Schwester geben zu Besorgnissen Anlaß. Der Körtelkutscher soll angetrunken gewesen sein. — An der Ecke der Göben- und Potsdamerstraße wurde der neunjährige Schüler Wilhelm Volkdorf, Rödernstr. 70 wohnhaft, von einem Geschäftswagen überfahren und schwer verletzt. Der Knabe hatte gemeinsam mit seinem dreizehnjährigen Bruder einen Handwagen geschoben und als die Pferde eines hinterdrein fahrenden Geschäftsfuhrers vor einem vorüberfahrenden Automobils scheuten, ging er durch und jagten auf die beiden los. Dem dreizehnjährigen B. gelang es, sich zu retten, dagegen wurde der jüngere Bruder umgerissen und überfahren. Er trug einen komplizierten Oberschenkelbruch und schwere Kopfverletzungen davon und fand im Krankenhaus Bethanien Aufnahme.

Von einem schrecklichen Unglücksfall ist der Schiffseigentümer Seemer, der mit seinem Fahrzeug auf dem Schiffahrtskanal vor Anker lag, betroffen worden. Während S. dabei war, den Mast hochzuwinden, versing sich das rechte Bein in den Drahtseil und ehe es gelang, die Winde wieder abzustellen, war dem Unglücklichen der Fuß vollständig abgeschnitten worden. S. wurde einem hiesigen Krankenhaus zugeführt.

Eine von Radfahrern viel gebaute Umkleekabine führte gestern am Lühovplatz zu einem heftigen Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens mit einem Dreirade. Ein Postbeamter fuhr auf einem Postdreirade die Lühovstraße entlang, hielt sich mit der linken Hand an der Hinterplattform des Straßenbahnwagens Nr. 1489 der Linie 54 fest und ließ sich in dieser Weise mitschleifen. In der Kurve an der Raakenstraße, Ecke Lühovplatz, schleuderte das Fahrrad und ließ gegen den aus entgegengekehrter Richtung kommenden Straßenbahnmotorwagen Nr. 2344 der Linie 80. Der Anprall erfolgte mit solcher Gewalt, daß das Postdreirad total zertrümmert

wurde. Der Beamte war im Moment der höchsten Gefahr von seinem Sitz heruntergerungen und stürzte zu Boden; er kam jedoch anscheinend ohne Verletzungen davon.

Verloren gegangen sind am Donnerstag abend auf dem Wege von der Tilitzerstraße bis zur Lütthauerstraße über Frankfurter Allee 40 Vertragsmarken a 65 Pf. vom Zentralverband der Maurer. Der Finder wird gebeten, dieselben auf dem Verbandsbureau der Maurer, Engelauer 15, abzugeben.

In einem Unfall von geistiger Umnachtung hat die 62jährige Ehefrau Emilie Rembe aus der Schloßstr. 23 in Charlottenburg ihrem Leben ein Ende bereitet; die Bedauernswerte erhängte sich in der Wohnung.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Vom Pferde tödlich verletzt wurde die Portierfrau Marie Handkewicz, Schillerstraße 34 wohnhaft. Die Frau wollte an der Ecke Schiller- und Krumme Straße den Damm überschreiten, ohne darauf zu achten, daß ein Geintranwagen im Trabe heranzufuhr. Der Kutscher rief der Frau zu, worauf dieselbe bei dem Versuch, auszuweichen, ausglitt. Im gleichen Moment fiel auch das zurückgerissene Pferd, so daß die Frau unter die Hufe desselben geriet. Durch den Versuch des Pferdes, wieder auf die Beine zu kommen, wurde die Frau schwer von den Hufen verletzt. Blutüberströmt wurde sie herborgeholt und nach Anlegung eines Notverbandes nach der Unfallstation gebracht. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstarb die Bedauernswerte.

Schwargendorf.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag in der Hundeshlehenstraße in Schwargendorf. Dortselbst wollte der Arbeiter J. Heubode, Halensee, Brandenburgischestraße 52, wohnhaft, vor dem Hause Nr. 5 den Fahrradweg überschreiten, als ein Straßenbahnwagen der Linie B der Westlichen Berliner Vorortbahn herannahende. J. versuchte, unmittelbar vor dem Wagen über die Straßenbahnseilbahnen zu gehen, wurde aber von der Plattform erfasst, zu Boden gerissen und kam unter den Perron zu liegen. Der Verunglückte erlitt Brüche beider Beine, Bruch des linken Unterarmes und anscheinend auch leichtere innere Verletzungen. Er wurde nach dem Kreiskrankenhause in Groß-Lichterfelde übergeführt.

Nowawes-Neuendorf.

In dem Artikel: „Aus dem Oberlin-Krankenhaus“ ist infoseren ein Irrtum vorhanden, als nicht der an einem Leistenbruch leidende Patient sich an uns gewendet hat, sondern ein anderer Patient, der durch die Veröffentlichung Besserung erhoffte.

Spandau.

Zu der Berichtigung des Kreisvorstandes von Potsdam-Spandau-Osthabelland teilt Genosse Reichholz folgendes mit: Die Kritik, die ich am Schlusse meines Berichtes geäußert, war nur gerichtet. Mein Bericht war vollständig wahrheitsgetreu. Allerdings glaube ich, daß die Kritik dem Kreisvorstand nicht angenehm war. — Es ist nicht wahr, daß ich gesagt habe: Die Tätigkeit habe darin bestanden, daß kurz vor der Kreisversammlung eine Anfrage an die Redaktion (soll wohl heißen Preiskommission) gerichtet worden sei, was eine Extrabeilage für Spandau kosten würde. — Wahr ist, daß ich in Spandau so gut wie in Rauen gesagt habe: „In Spandau kommt es vor, als hätte der Kreisvorstand in dieser Sache sehr wenig getan und nicht den Beschluß der Kreisversammlung vom 14. Januar mit der nötigen Konsequenz durchgeführt; es scheint, als ob man erst kurz vor der Rauenversammlung auf unser wiederholtes Anbahnen beim Kreisvorstand sich genötigt sah, sich mal an die Berliner zu wenden. Es muß einem komisch anwandeln, wenn man, wie im Bester Bericht und auch in Rauen, sagt, das Zusammentreten der Konferenz erfolgte auf Grund des Antrages vom 14. Januar (also obiger Antrag). Es ist klipp und klar in Rauen vom Genossen Pieser nachgewiesen und vom Genossen Staab bestätigt, daß diese Konferenz nur eine Besprechung der Berichterstatter mit den betreffenden Redakteuren war, wozu die Ortsvorstände eingeladen waren, und nicht die Preiskommission. In diesem Sinne habe ich auch in Spandau berichtet. Daß der Vorstand mit der Angelegenheit nicht ganz im Reinen war, geht doch daraus hervor, daß er auf meine Angriffe betreffs der Prinzipienverletzung gar nicht einging. Betreffs der Flugblätter ist die Kommission allerdings nicht zustande gekommen. Sie wird es aber noch, wenn auch vielleicht später. Die Spandauer sollten den letzten Abjah des Antrages Liebknecht selbstverständlich und mit Recht als eine Bevormundung auf.

Im Anschluß hieran erhalten wir auch vom Genossen Pieser eine umfangreiche Nichtigstellung, deren Inhalt zum großen Teil nur eine Bestätigung der vorstehenden ist und den Irrtum des Kreisvorstandes über die fragliche Konferenz aufklärt.

Die Dristrankenkassen haben es mit dem „Spandauer Tageblatt“ verdröben. Warum? Weil sie nicht nur nicht im „Spandauer Tageblatt“, sondern auch im „Vorwärts“ die Bekanntmachungen der Krankenkassen veröffentlichen wollen. Das konservative Organ wittert dadurch eine Unterstützung des sozialdemokratischen Parteiblattes, berechnet aber nicht, daß die „Vorwärts“-Leser und zugleich Mitglieder der Kasse ein gewisses Recht haben, zu verlangen, daß die Angelegenheiten ihrer Kasse in ihrer Tageszeitung bekannt gemacht werden. Die konservative Verböhrtheit macht selbst vor dem loyalsten Recht nicht halt. Daß das Blatt Fragen rein geschäftlicher Natur im redaktionellen Teil behandelt, charakterisiert es noch ganz besonders. Den Mitgliedern der Krankenkassen dürfte auch die Mitteilung des „Spandauer Tageblatt“ etwas Selbstverständliches sein, daß Inserate im „Vorwärts“ teurer sind; denn daß ein Organ wie der „Vorwärts“ nach dieser Richtung mit einem Wursblatt nicht konkurrieren kann, setzt selbst ein Vais nicht voraus.

Potsdam.

Zu einer gründlichen Abrechnung der freien Gewerkschaften mit den „Hirsch-Dunderschen“ und „Christlichen“ führte die hier abgehaltene öffentliche Schneiderversammlung, in der J. Julius-Köln das einleitende Referat hielt. Nach Erledigung des Themas: „Der Deutsche Schneiderverband, seine Leistungen und Errungen“ kamen die örtlichen Konföderationen der „Christlichen“ an die Reihe, die als Hülfstruppe der Kriegervereine mit diesen zusammen gegen die freien Gewerkschaften hegen und schüren. Die von einem Hirsch-Dunderschen Redner wieder vorgebrachte Legende von den „zwei unglücklichen Familienvätern, die weinenden Auges sich über den Terrorismus“ ihrer Gewerkschaft beklagt“ haben sollen, wurde als das gezeichnet, was sie ist: jeuitische Verleumdung. Der von den Zentralorganisationen gestellten Aufforderung an unsere Gegner, ihre rührseligen Geschichten vom „Terrorismus“ gegen zwei angebliche Holzarbeiter in den betreffenden Versammlungen vorzubringen und zu beweisen, sind die Lügenpeter bisher noch nicht gefolgt. Warum nicht? — Dagegen gab der Versammlungsleiter, Genosse P. J. e m a n n, ein Kapitel vom w i r k l i c h e n Terrorismus zur allgemeinen Kenntnis. Er brachte das Schreiben eines hiesigen Kriegervereinsvorsitzenden zur Verlesung, worin dieser die Mitglieder auf den vom Kreisriegerverband Potsdam“ gefassten Beschluß hinweist, daß die Mitglieder der („unpolitischen“) Kriegervereine, welche freien Gewerkschaften angehören, bis zum 1. Oktober etc. ihren Austritt aus diesen vollenzogen haben müssen. Anderenfalls würden sie aus dem Kriegerverein ausgeschlossen. ... Hierüber waren selbst die Hirsch-Dunderschen überrascht. Der Vorsitzende des in Potsdam seinen Sitz habenden Gewerkschafts der Schneider, Schwerfeger, sagte dazu, daß er von diesem Schreiben bisher nichts gewußt habe, das-selbe auch nicht billige. Schärfer sprach sich noch sein Hirsch-Dunderscher Kollege R ü g e r, Danzig gegen diese eigenartige Betätigung des „Kriegervereins“ aus. Die Arbeiter gehörten in die gewerk-

schäftlichen Organisationen, nicht in die Kriegervereine. Das für diese gezahlte Geld, wenn sie welches übrig hätten, könnten sie besser verwenden. ... Das stimmt. Diese Kriegervereine der „Christlichen“ und der Kriegervereine beweisen aber auch, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften allgemein als bedeutungslos angesehen werden, die Unternehmer fürchten nur den „Verband“; sobald die „Christlichen“ mit wirklichen Forderungen kommen, werden sie ebenso bekämpft, wie die „sozialdemokratischen“ Organisationen.

In seinem Schlusswort führte der Referent aus, daß die Zeit hoffentlich nicht mehr fern sei, wo die Arbeiterklasse ebenso einig und geschlossen dastehen werde, wie die Unternehmer, die weder religiöse noch sonstige Rücksichten nähmen, wenn es sich um den Kampf gegen die Arbeiter handelt. Daß in diesem wirtschaftlichen Kampf nur die freien Gewerkschaften siegen können, ist ebenso sicher, wie der endliche Sieg der politisch organisierten Arbeiterklasse über den Kapitalismus überhaupt.

Gerichts-Zeitung.

Ist eine Werkstättbesprechung über die Kaiserfeier eine öffentliche Angelegenheit? Diese Frage lag gestern der 8. Strafkammer des Landgerichts I in der Berufungsinstanz zur Beurteilung vor. Angeklagt waren die Zigarettenarbeiter Müller und Cohn-reich sowie der Restaurateur Schüh wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes. Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde: Am 21. April hatten die Arbeiter der Zigarettenfabrik Garbath eine Werkstättbesprechung über innere Angelegenheiten beim Restaurateur Schüh angefaßt. Auf der Tagesordnung stand u. a. auch der Punkt: „Stellungnahme zur Kaiserfeier.“ Es handelte sich hierbei nicht um eine Besprechung über das Wesen und den Wert der Kaiserfeier, sondern darum, daß die Arbeiter der Firma Garbath sich schlüssig werden sollten, ob sie den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern wollten oder nicht. Run hatte der Wirt des Versammlungslokals ganz überflüssigerweise den Leutnant Wolter des 17. Polizeiregiments davon benachrichtigt, daß die Werkstättbesprechung statifindend solle. Darauf begab sich der Polizeileutnant mit einem Schutzmann nach dem Lokal, um die „Versammlung“ pflichtschuldigst zu überwachen. Der Leiter der Besprechung, Vertrauensmann Müller vom Tabakarbeiterverband, verwies aber den Beamten den Saal, weil er sich eine seiner Ansicht nach gesetzlich ungerüchertigte Uebervachung nicht gefallen zu lassen brauche, da die Versammlung nicht eine solche sei, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftige. Der Polizeileutnant war aber gegenteiliger Ansicht. Er hielt die Besprechung der Kaiserfeier für eine öffentliche Angelegenheit und übte trotz der Aufforderung, sich zu entfernen, die Uebervachung aus. Da die anwesenden Arbeiter der Firma Gewalt nicht anwenden machten oder konnten, so wurde die Tagesordnung im Beisein der beiden Beamten erledigt. Bald darauf erhielten Müller, Cohnreich und Schüh dann eine Anklage, die ersteren als Leiter resp. Einberufer einer nicht 24 Stunden vorher angemeldeten öffentlichen Versammlung, und letzterer, weil er die Abhaltung der Versammlung in seinem Lokal gebudet hatte. Am 7. Juni sprach das Schöffengericht die Angeklagten jedoch frei, weil die Erörterungen über die Stellungnahme der Arbeiter in es Fabrikbetriebes zwecks Beteiligung an der Kaiserfeier durch Arbeitsruhe keine öffentliche Angelegenheit sei und infolgedessen eine Anmeldepflicht nicht vorlag, mithin auch die polizeiliche Uebervachung ungesetzlich gewesen war. Gegen dieses Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. In dem gestrigen Termin wurde nun festgestellt, daß außer dem Vertrauensmann Müller nur Arbeiter der Firma Garbath in der Versammlung anwesend waren, wenigstens hatte der Vertrauensmann vorher die Aufforderung ergeben lassen, daß etwaige nicht bei der Firma beschäftigte Arbeiter den Saal zu verlassen hätten. Ferner ist nur über die etwaige Beteiligung an der Arbeitsruhe gesprochen worden, Propagandareden wurden nicht gehalten. Auffallenberweise sagte der mitangeklagte Restaurateur Schüh bei seiner Vernehmung aus, er mache immer von jeder auch nicht anmeldepflichtigen Werkstättbesprechung, die bei ihm abgehalten werde, bezu Polizei Mitteilung. Der Reviervorstand habe den Wunsch nach derartigen Mitteilungen ihm gegenüber seinerzeit geäußert, und so sei er den diesbezüglichen Wünschen der Polizei auch stets prompt nachgekommen! Polizeileutnant Wolter als Zeuge bestätigte diese Aussage und gab der Meinung Ausdruck, daß Herr Schüh eigentlich zu Unrecht angeklagt sei, weil dieser der Polizei gegenüber stets bereitwillig seine Schuldigkeit getan habe. Auch der Staatsanwalt hielt ein Vergehen des Angeklagten Schüh nicht für vorliegend, beantragte aber die Beurteilung der beiden anderen Angeklagten, denn die Erörterung der Kaiserfeier sei zweifellos eine öffentliche Angelegenheit. Wenn sich hunderte oder tausende von Arbeitern einer Fabrik darüber besprechen, ob sie durch Arbeitsruhe an der Kaiserfeier teilnehmen wollen, so habe das doch sicher eine Einwirkung auf die Öffentlichkeit zur Folge, denn alles, was eine größere Masse von Fabrikarbeitern angehe, wirke auf die Öffentlichkeit. Rechtsanwalt Dr. Heinemann, der Verteidiger der Angeklagten, bemerkte demgegenüber u. a., wenn man sich dieser unhaltbaren Deduktion des Staatsanwalts anschließen wolle, dann sei es auch eine öffentliche Angelegenheit, wenn ein Fabrikant sich mit seinem Direktor im stillen Kontor über eine vorzunehmende Lohnreduktion schlüssig werde. Das würde dann schließlich mindestens in demselben Maße auf die Öffentlichkeit. Folglich müßte dann auch eine derartige Besprechung zweier Fabrikleiter polizeilich angemeldet und überwacht werden. — Nach kurzer Beratung schloß sich das Gericht den rechtlichen Ausführungen des Verteidigers an und erkannte in Anlehnung an die ersinstanzliche Urteilsbegründung auf Freisprechung aller drei Angeklagten.

Ein überaus trauriges Bild einer Ehe entrollte eine Verhandlung, die gestern unter Vorsitz des Landgerichtsrats Heilwig das Schwurgericht am Landgericht II beschäftigte. Wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange mußte sich der 27jährige Oberkellner Artur Möbius aus Magdeburg vor den Geschworenen verantworten. Die Anklagebehörde vertat Staatsanwaltschaftsrat Mundry, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Dr. Werhauer. — Der am 22. Januar 1881 zu Magdeburg geborene Angeklagte wurde beschuldigt, in der Nacht zum 27. Mai d. J. gegen drei Uhr morgens in der Wückerstraße seine Ehefrau Auguste W. geb. Franke mittelst eines Messers derartig mißhandelt zu haben, daß diese an den Folgen der Verletzungen verstarb. — Der schon verschiedentlich vorbestrafte Angeklagte, welcher in einem größeren Etablissement in Magdeburg tätig war, lernte Ende des Jahres 1902 in seinem Geburtsort seine spätere Ehefrau kennen, die damals Kellnerin war. Im März 1904 heiratete er. Die erste Zeit der Ehe verlief verhältnismäßig glücklich, wenn auch der junge Ehemann bald erkannte, daß eine gewisse leichtsinnige Veranlagung bei seiner Frau vorhanden war. Als dann die Frau W. auch noch mit dem Wirtschaftsgeld leichtsinnig umging und einem jungen Bautechniker wiederholt Geldbeträge zustellte, kam es das erste Mal zu Streit. Frau W. verließ schließlich die Wohnung und nahm eine Stellung als Büfett-dame an. Auf Veranlassung des Angeklagten kehrte sie jedoch nach kurzer Zeit zurück. Dieser Vorgang wiederholte sich mehrere Male und immer wieder holte W. die leichtsinnige Jurid. Erst Anfang dieses Jahres kam es zu einem erneuten Zerwürfnis. Ende Januar hatte W. eine zehntägige Gefängnisstrafe verbüßt. Nach seiner Entlassung erfuhr er, daß seine Ehefrau mit jenem Bautechniker, während er im Gefängnis saß, im „Kristallpalast“ in Magdeburg gewesen war und sich dort in einer Loge sehr zärtlich benommen hatte. Um eine gewisse Kontrolle über seine Ehefrau zu haben, vermietete er ein Zimmer seiner Wohnung an den Kellner Richard Fein, den er im Gefängnis gesprochen hatte und mit dem er schon lange Zeit befreundet war. Schon nach wenigen Wochen mußte der Angeklagte die Entdeckung machen, daß er in der Person

des Heinh den Hof zum Gärtner gefeiert hatte. Das Verhältnis zwischen den Eheleuten gestaltete sich immer trüber. Am 5. Mai dieses Jahres kam M. unerwartet in seine Wohnung und fand hier seine Ehefrau in einer ziemlich bedrückenden Situation. Am demselben Abend noch war Frau M. spurlos verschwunden. Alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß die Flucht unter Beihilfe des Heinh von Statten gegangen war. Einige Tage später war auch S. nach einem vorausgegangenen Wortwechsel mit dem Angeklagten verschwunden. Am 21. Mai erhielt M. aus Berlin eine Karte, in welcher er von seiner Ehefrau aufgefordert wurde, sie zu besuchen, „falls er sie noch etwas lieb hätte“. Der Angeklagte schrieb ihr zurück, daß er ihr trotz der letzten Ereignisse verzeihe und sie sehr schuldig erwarte. Es kam zu einer längeren Korrespondenz, durch welche M. schließlich zu der Ueberzeugung kam, daß seine Frau mit ihrem Liebhaber Heinh in Berlin zusammenlebe. Am 26. Mai fuhr der Angeklagte, ohne seine Ankunft anzumelden, nach Berlin und erfuhr hier in der Wohnung seiner Ehefrau in der Blücherstraße, daß diese in einem Lokal in der Blumenstraße als Kellnerin tätig sei. Er wartete zunächst in dem im Hause befindlichen Restaurant bis 1 Uhr nachts und ging dann auf der anderen Straßenseite auf und ab. Gegen 3 Uhr morgens endlich erschien Frau M. Arm in Arm mit Heinh und beide etwas angeheitert. Der Angeklagte trat auf sie zu und forderte die Treulose auf, mit ihm nach Magdeburg zurück zu kommen, da ihre alte Mutter schwer krank liege. Die „liebvolle“ Gattin hatte nur höhnische Redensarten für ihn übrig, während sie von ihrem Begleiter mit den Worten: „Loh doch den Strolch laufen“ am Arme weitergezogen wurde. Als der Angeklagte hierbei bemerkte, daß Heinh verschiedene Ringe am Finger trug, die er (Möbius) seiner Frau zum Geschenk gemacht hatte, überkam den Betrogenen eine fürchterliche Wut. In einem Moment der höchsten feilschen Erregung zog M. sein Taschenmesser heraus, stürzte sich mit einem Aufschrei auf seine Frau und stach blindlings auf sie ein. Im nächsten Augenblick wälzte sich die Getroffene in ihrem Blute, ehe jemand dazwischen springen konnte. Als ein Schuhmann erschien, ließ er sich willenlos abführen. Die schwerverletzte Frau wurde sofort in das Krankenhaus am Urban geschafft. Hier verstarb sie am 4. Juli, da sich durch die Stiche in den Hals eine eitrige Perforation der Lunge herausgestellt hatte, die dann durch Einschmelzung der Blutgefäße zum Tode durch Verblutung führte. — Vor Gericht war der Angeklagte der Tat geständig. Ihn habe infolge der ganzen traurigen Vorgänge mit seiner Frau, die er leidenschaftlich geliebt habe, eine unbezähmbare Wut gepackt, als er sie an jenem Abend mit ihrem Liebhaber sah und von diesem noch schwer beleidigt wurde. — Staatsanwaltschaftsrat Mundry trat selbst für Jubiligung mildernder Umstände ein, da man die Tat vom menschlichen Standpunkt erheblich milder beurteilen müsse. Dem auf Schuldig lautenden Wahrspruch der Geschworenen gemäß beantragte der Vertreter der Anklagebehörde eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren. Der Gerichtshof erkannte auch nur auf 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von noch drei Monaten der Untersuchungshaft. Der Angeklagte erklärte, die Strafe sofort antreten zu wollen.

Es gibt noch Richter in Preußen. Wegen Bedrohung und Beleidigung hatten sich vor einigen Tagen zwei Maurer aus Remel vor dem Remeler Schöffengericht zu verantworten. Im Frühjahr dieses Jahres befanden sich die Maurer in Remel in einem heftigen Lohnkampfe. Am 4. Juni sollen die Angeklagten drei Arbeitswillige aus Vommelsvitz mit „Loislag bedroht“ und durch die Worte: „Geldfüßler“, Streikbrecher usw. beleidigt haben. Die beiden Angeklagten bestritten jede Schuld. Die Arbeitswilligen bekundeten als Zeugen, daß sie von einer Bedrohung nichts wußten. Nur durch den Ausdruck: „Geldfüßler“ fühlten sie sich beleidigt. Der Staatsanwalt hatte sich wohl beraten gefühlt, „im öffentlichen Interesse“ Anklage zu erheben, doch der Amtsanwalt erklärte das ganze Vorkommnis als eine „lächerliche Kinderei“. Der Amtsrichter stimmte ihm bei

und die beiden Sünder kamen mit je fünf Mark Geldstrafe hinweg. Ein Glück, daß die Angeklagten nicht in Königsberg, Breslau, Magdeburg auf der Anklagebank standen, sonst wären sie wahrscheinlich zu harten Gefängnisstrafen verurteilt worden.

Vermischtes.

Ueber ein entschliches Grubenunglück wird aus Herne, den 27. September berichtet: Auf der zur Harpener Bergbaugesellschaft gehörigen Zeche „Julia“ in Vaulau ereignete sich ein entschliches Unglück. Am Montag, den 24. d. M. brach im Schacht ein Pfeiler. Infolgedessen stürzten bedeutende Kohlenmassen hernieder und schütteten dem vor Ort befindlichen Bergmann Johann Walschewski aus Holsterhausen den Rückweg ab. Das Rettungswerk wurde sofort aufgenommen. Unter Leitung des Grubenverwalters und Betriebsführers Schmitz begannen vierzig Kameraden des Verschütteten mit der Wegräumung der Kohlenmassen. Sie wurden in ihrem aufopferungsvollen Werk ermuntert durch Klopfen und Rufen Walschewskis. Tag und Nacht wurde ununterbrochen eine fast übermenschliche Arbeit geleistet. Leider hat diese Arbeit nicht den erhofften Erfolg gehabt. Gestern abend waren noch Lebenszeichen des Verschütteten zu vernehmen; dann hörte man plötzlich nichts mehr. Als man heute früh gegen 8 Uhr auf Walschewski stieß, fand man ihn bereits als Leiche. Er hatte einen Schädelbruch und andere Verletzungen erlitten, die offenbar seinen Tod herbeigeführt hatten. Der auf so tragische Weise ums Leben gekommene hinterläßt eine Witwe und fünf Kinder. Das jüngste Kind war ihm vor zehn Tagen geboren worden.

Ueber Unwetter, dessen Ausläufer auch in Algier Verheerungen angerichtet haben, wird in folgenden Telegrammen gemeldet:

Madrid, 28. September. Ueber die Katastrophe in Santomera laufen zahlreiche, jähredliche Einzelheiten ein. Ganze Familien sind umgekommen, andere obdachlos. Zahlreiche Häuser drohen einzustürzen. Ein ganzes Viertel liegt bereits in Trümmern. Auch aus den Provinzen Valencia, Castellon und Cuenca laufen Hochposten ein.

Algier, 28. September. Ein heftiger Zyklon verheerte Remours; er vernichtete die Gärten und zerstörte zahlreiche Gebäude, darunter mehrere der Militärverwaltung gehörende. Der angerichtete Schaden ist sehr beträchtlich. Soweit bisher bekannt wurde, sind drei Personen umgekommen, doch befürchtet man, daß die Zahl der Verunglückten eine höhere ist.

Die schweren Stürme im Süden der Vereinigten Staaten von Nordamerika geben zu den ernstesten Befürchtungen für die Sicherheit der Stadt New Orleans Anlaß. Die Drahtverbindungen sind zerstört. Der Sturm treibt mit fürchterlicher Gewalt mächtige Wassermassen aus.

Lissabon, 27. September. Aus ganz Portugal, besonders aus den Bergen bei Cintra, werden heftige Stürme gemeldet, die bedeutenden Schaden anrichteten.

New York, 28. September. Aus New Orleans wird über die Ueberschwemmungen noch berichtet, daß zahlreiche Opfer zu verzeichnen sind. Die Eisenbahn nach Louisville ist in der Nähe des Katharinensees gänzlich unter Wasser gesetzt. Viele Eisenbahnbrücken sind weggerissen. Der Pontchartrainssee hat meilenweite Strecken überschwemmt.

Pensacola (Florida), 28. September. Durch den Sturm sind hier alle Häuser beschädigt; bei vielen wurde das Dach fortgerissen. Die Küste ist besät mit Trümmern der Landungsabämme und Schiffe. Mehrere Dampfer sowie zahlreiche Segelschiffe wurden von der Flut weit aufs Land getrieben und liegen jetzt auf dem Trocknen in den Strohen. Der in Pensacola und Umgegend angerichtete Schaden beträgt mehr als zwei Millionen Dollar. Der Getreideelevators und der Landungsabamm der Louisville-Knoxville-Eisenbahn sind stark beschädigt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 30. September, vormittags 10 Uhr, in Kellers Festsaal, Köpenicker Str. 29: Feier der Jugendaufnahme. Festrede des Herrn Dr. Bruno Wille. Gäste willkommen. Nach Be- ginn der Feier kein Zutritt mehr.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (E. S. 29, Hamburg.) Illale Baumjulenweg. Heute abend 8 1/2 Uhr im Restaurant B. Klein-Schwager, Baumjulenstr. 67: Mitgliederversammlung.

Sozialdemokratischer Kreis- und Distriktsklub „Freie Zusammenkunft“. Heute abend 9 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 16: Sitzung. Vortrag.

Verein der Buchdrucker und Schriftsetzer für Nordbr.-Brin. Sonntag, den 30. September 1906, nachmittags 2 Uhr, im Lokal des Herrn Volkmer, Hermann- und Pfaffenstraßen-Ecke: Vereinsversammlung.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Weizen Ia 71-76 pr. 100 Pfd., Ha 65-70, IIIa 60-64, IVa 54-58. Roggen Ia 105-115, IIa 84-90, IIIa 74-83, IIIa 64-73, holl. 0,00. Dinkel Ia 77-82, IIa 67-76. Schweißfleisch 67-74. Rehböcke Ia pr. Pfd. 0,80-1,07, IIa 0,40-0,75. Rotwild Ia 0,45-0,58, IIa 0,30-0,40. Damwild 0,43-0,60. Wildschwein pr. Pfd. 0,21-0,56. Ferkel Ia 0,40-0,66. Rindfleisch Ia pr. Stück 3,00-1,05. Widder pr. Stück 1,25-1,50. Rehbock, junge Ia 1,20-1,40, junge IIa 0,80-1,18, alte 0,80-0,92, junge Schweine 0,50-0,70. Fühner, alte pr. Stück 1,50-2,50, alte IIa 1,20-1,40, junge pr. Stück 0,70-1,35. Lenden, junge pr. Stück 0,40-0,53, alte 0,00. Enten, junge pr. Stück 1,75-2,60, alte pr. Stück 0,00. Hamburger, junge pr. Stück 3,00. Gänse, Ia pr. Pfd. 0,53-0,65, IIa 0,40-0,50. Hamburger, junge 0,65, Ia pr. Stück 3,00-4,40, IIa 1,30-2,90. Goullets pr. Stück 0,80-1,45, da. klein 0,70. Geste pr. 100 Pfd. 76-98. Gander 78. Wand 00-00. Schlei 115-134. Bleie 50-62. Kafe, groß 88-89, mittel 79-83, klein 60-60, unsortiert 63-70. Weizen, matt 00,00, Starke 30er 0,00, 25er Galizier 89-90, 60er Kaiser 79-84, 40er Schleife 00-00. Barje, matt 67, klein 00-00. Raraischen 71-72, da. klein 0,00. Weis 0,00. Bunte Röhre 54-60, matt 0,00. Amerikanischer Zacks Ia neuer pr. 100 Pfd. 110-120, da. IIa neuer 90-100, da. IIIa neuer 75. Sprossen, Kieler, Ball 0,75-1,50, Danziger, Ball 0,50-0,80. Hütern, pommerische Ia, pr. Schock 9,00, da. pommerische IIa 2-4, Kieler, Silesie Ia 4-6, da. mittel pr. Röhre 2-3, da. klein pr. Röhre 0,00. Weizen, pr. Ball Kieler 1-3, Straßburger 2,00-3,50. Kafe, groß pr. Pfd. 1,10-1,50, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,50-0,60. Heringe pr. Schock 4-5. Schellfische Röhre 3,00, da. 1/2 Röhre 2. Röhre, pr. 100 Pfd. 20. Delfin 00. Sardellen, 100er pr. Anker 95, 1904er 95, 1905er 90, 1906er 70. Schottische Vöhringe 1905 0,00, large 40-44, fall 36-38, mod. 35-42, deutsche 37-44. Heringe, neue Rattes, pr. 1/2, Ia. 60-120. Sardinen, russ. Sah 1,50-1,60. Brauerlinge, Böhle (4 Eier) 1,50-1,75. Remaugen, Sah 11, kleine 5-6, Kieler 14. Quammern, kleine, pr. Pfd. 0,00-0,00. Krebse, pr. Schock, große 11, mittel 8, kleine 2,50-3,50, unsort. 6. Galizier, groß 0,00, mittel 0,00. Eier, Land, pr. Schock 3,50-4,50. Butter pr. 100 Pfd. Ia 124-126, IIa 118-120, IIIa 112-116, abfallende 95-110. Saure Gurken Schock 3,50-4,00. Pfeffergurken 3,50-4,00. Kartoffeln pr. 100 Pfd. magnum bonum 2-2,25, Daberste 2-2,25, Rosen 1,50-1,75, weise 1,75-2,00. Salzkartoffeln 4,00-5,00. Spinat pr. 100 Pfd. 5,00-10,00. Karotten pr. Schockbund 2,00-3,00. Sellerie, fleische, pr. Schock 1,50-6,00, da. pommerische 4-6,00. Zwiebeln große, pr. 100 Pfd. 3,25-4,50, da. kleine 2,75-3,25, da. fleische (Berl.) 30-50. Charlotten 50-60. Petersilie, grün, Schock 1,25. Kohlrabi pr. Schock 0,75-1,00. Rettig, bayr., pr. Schock 2,40-4,80. Radieschen pr. Schock 0,60-0,80. Salat, pr. Schock 1,50-1,75. Bohnen, grüne, pr. 100 Pfd. 8-12. Backbohnen 8-15. Schoten pr. 100 Pfd. 00-60. Pfefferlinge pr. 100 Pfd. 10-18. Mohrrüben pr. 100 Pfd. 2-3. Letzter Rüben pr. 100 Pfd. 8-12. Blumenkohl pr. Mandel 1,50-2,50, da. Grunter, Kopf 0,22-0,25. Spargelkohl pr. Schock 4,00-7,00. Kohlf. pr. Schock 3,00-7,00. Weiskohl pr. Schock 2,00-5,00. Rosenkohl pr. 100 Pfd. 30-35. Stimpfler pr. 100 Pfd. 40-60. Gurken, Zerster, Schock 0,00, da. Einlege, Schock 1,50-3,00, da. Rothensburger 1,50-2,00, da. Regnier 0,00, da. Einlege (Sens.) 8-18. Kohlrüben, Schock 3-4,00. Tomaten, fleische 100 Pfd. 10-15. Kürbis 2-3. Birnen, ital. der 100 Pfd. 0,00, fleische 3-16, Zivoler 20-35, böhmische 4-16. Äpfel, pr. 100 Pfd. fleische 5-15, Gravensteiner 12-18, Zivoler 15-30, Zivoler in Bösen 14-23. Preiselbeeren 0,00, schwedische 17-24. Bohnen pr. Schock 1,00-1,50. Pfäumen, pr. 100 Pfd. fleische 2-3. Böhmische 4-6, böhmische, große 9-13. Zitronen, Messina 300 Stück 19,00-22,00, 360 Stück 12,50-22,00, 200 Stück 0,00, 420 Stück, klein 12,00-15,00, 500 Stück, klein 13-15. Pfirsiche, Werderfleiche pr. 100 Pfd. 10-35, Zivoler 40-50.

Adressbuch

für

Berlin und seine Vororte

1907.

Die Hauslisten für den Jahrgang 1907 sind nunmehr den Herren Hauseigentümern bzw. Verwaltern zur Weitergabe an die verehrlichen Haushaltungsvorstände zugegangen. Die letzteren werden hiermit gebeten, die erforderlichen Angaben recht genau und deutlich in die Hauslisten einzutragen und diese so schnell wie möglich weiterzugeben. Selbstständige Gewerbetreibende, denen eine besondere Eintragungskarte für ihr Gewerbe nicht zugestellt ist, mögen vor allem auf sorgfältige Ausfüllung der einzelnen Rubriken in der Hausliste achten, weil diese nunmehr als Grundlage für die Aufnahme im Gewerbenachweis benutzt wird. Da die

Abholung der Hauslisten Dienstag, den 2. Oktober,

beginnt, so richte ich an diejenigen Haushaltungsvorstände in Berlin, denen die Hauslisten bisher noch nicht vorgelegt wurden, das Ersuchen, bei ihren Herren Hauseigentümern oder Verwaltern wegen der Liste Nachfrage zu halten und für die schleunige Eintragung der erforderlichen Angaben Sorge zu tragen oder mir diese unverzüglich direkt zugehen zu lassen.

Im Hinblick darauf, daß die Bewohner der Reichshauptstadt das größte Interesse an einem vollkommenen und zuverlässigen Adressbuch haben, darf ich wohl erwarten, daß alle Einwohner durch recht genaue Ausfüllung der Hauslisten und durch deren schleunige Weitergabe die mühevolle und kostspielige Zusammenstellung des Adressbuchs unterstützen werden.

Berlin, den 28. September 1906.

SW. 68, Zimmerstr. 37-41.

August Scherl.

Warenhaus J. Hirschweh

Frankfurter Allee 191/192
Ecke Kronprinzenstraße, am Ringbahnhof.

Wrangelstraße 53
Ecke Falckensteinstraße.

Geschenk = Woche.

Von Sonnabend, den 29. September, nachmittags 4 Uhr, bis inkl. Montag, den 8. Oktober cr., erhält jeder Kunde beim Einkauf von **2 Mark** an ein praktisches **Geschenk** nach eigener Wahl im Werte von zirka

5% des Einkaufsbetrages.

Sämtliche Geschenkartikel sind im **Parterrelokal** übersichtlich zur Ansicht ausgestellt. — Trotz dieser großen Vergünstigung gewähren auf fast alle Waren

noch 5% Rabatt!

Um der geehrten Kundschaft bei ihren Einkäufen in jeder Weise gerecht werden zu können, bitten wir höflichst, des großen Andranges wegen die **Vormittagsstunden** zu wählen.

Altes Schützenhaus,
empfehltes
Säle.
November sind Sonnabende frei.

Weidenweg 12 1 Raden m. Bohn. 75 R. u. H. Bohn. frei durch Trölsch I.
Reederei Nobiling.
Morgen Sonntag
Berliner Schweiz, Gosener Bergen.
9 Uhr früh 1 m. Musik
2 1/2 m. Mittag nach der
Dort: Konzert u. Tanz; abends: Höhenfeste u. Alpenkühn a. d. Bergen.
Abfahrtsstelle: Restaurant Schultheiß, Jannowitzbrücke.
Preis: Hin und zurück 60 Pf. Kinder 30 Pf.

Kaffeepreise steigen!
Wer sich für die Preisbewegungen an den Produktmärkten interessiert, verlange Proestlers Broschüre: „Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft“. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen. Vollständige Ausgabe M. 2.—, Teil- und Volksausgabe 60 Pf.

Dr. Schönemann
Spezial-Arzt für 21032*
Haut- und Hautleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.
Vorneo/Deckblatt, hell, p. 9 Pf.
3,50 R. Berlin N., Brunnenstr. 190

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlusstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattradem Inlett, 10,50, Plandische Andreadstraße achtunddreißig. 17748
Rotiro-geltes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Andreadstraße achtunddreißig, Plandische.
Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00, Großes Laten 1,00, Leibhaus Andreadstraße achtunddreißig, Elektrische nach Bedarf.
Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 2, portiere. 11
Bettenlagerer, Gardinenverkauf, Steppdecken, Spottbillig Plandische Haus Weidenweg neunzehn. 141
Bauernbetten, Garderobenlagen, Aussteuerwäsche, Spottbillig Weidenweg neunzehn. 141
Brautbetten, Bettinette, Gardinenverkauf, Kissen, Teppichlager, Kammernregend, Weidenweg neunzehn. 141
Bettenverkauf, Wandbuden, Tischdecken, Ufetten, Festgeschirre, Plandische Haus Weidenweg neunzehn. 142
Teppiche! (Jeliebaste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Dackelstr. Markt 4, Bahnhof Börse. 266/14
Steppdecken Spottbillig Große Frankfurterstraße 60. 18428
Kinderwagen, Kinderbettchen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehrt Spottbillig, Schneider, Karlsruferstraße 179. 9625
Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00, Holz, Blumenstraße 36b. 18148
Geschäftsbedreibrad, ängstlich stabil, 50,00, Holz, Blumenstraße 36b. *
Steppdecken billig Herbst Große Frankfurterstraße 9, portiere. 71
Herberbetten, Stand 10,50, große 16,00, Gardinen, Böfche, Uhren, Teppiche, Decken, Garderobe, Goldschmuck, Spottbillig, Plandische Haus Karlsruferplatz 7. 18778
Freischwinger, elegante, 11,00, Betten billig Gubenerstraße 3, Plandische. 146
Nähmaschinen! Jede bis 15,00, mer Teilzahlung läuft über mehrere Monate. Sämtliche Systeme, Postkarte, Brauer, Tüschstraße 60. 146
Monatdanze und Winterpaletts von 5,00, Noppen von 4,50 an, Hosen von 1,50 an, Bekleidungsstücke von 12,00 an, Brods von 2,50 an, sowie für torpulenten Figuren. Neue Garderobe zu namend billigen Preisen, aus Plandischen verfertigte Sachen laufen man am billigsten bei Rich, Plandische 14. 15628
Betten, Kissen Stand, 12,00, Langestraße 53 IV. 146
Krautstraße 50, Brautleute kaufen Möbel, Spiegel, Volkswaren Spottbillig, Snafelds Möbelgeschäft, kein Laden. 16175
Defikation, Restauration, billig zu verkaufen, Röhres Räderbörsestraße 3, Wengels. 146

Hochverehrte Herrenanfrage, Herrenpaletts aus feinsten Rohstoffen 18 bis 39,00, Hosen 7-12,00 verkauft täglich, Sonntag, Deutsches Verlagshaus, Nägerstraße 62, I. *
Vorlegende Herrenanzüge und Paletts aus feinsten Rohstoffen 25-40 Mark, Verkauf Sonnabend und Sonntag, Verlagshaus Germania, Unter den Linden 21, keine Plandische. 16658
Möbel, billig, An meiner seit 1880 bestehenden Möbelwerkstatt Guelternstraße 15, am Halleschen Tor, stehen viele Wohnungsanordnungen, vertrieben gewesene und neue Ausstattungen zu sehr billigen Preisen, Teilzahlung bei geringer Anzahlung gestattet, Beamten ohne Anzahlung. Bei Liefer gebiegene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hochpreisante 500 bis 1000 Mark, besonders empfehlenswert ist der große Vorrat vertriebener gewesener Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderstuhl 20, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Sprungfedermatratze 23, Tischspinde, Berlin 34, Kuchentisch 18, Säulentrumeau 30, Tischendian 43, Pannschloß mit Sattelstücken 73, englische Plüschgarnitur 98, Tischspinde mit Plandische 38, Schreibtisch 25, geschmücktes Bett 115, englische Schlafzimmern, Speisezimmer, besonders preiswerte Salons, Gebrauchte Möbel werden kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Schenke geliefert, Musterbuch gratis, Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet.
Plüschsofa, billig, Pallasstraße 95, Bernalter. 16120
Monatdanze, Winterpaletts, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Karlsrufer, nur Rosenhallerstraße 10, habe keine Plandische.
Gänge! Gänge! (Schiffgeschicht), ängstlich billige Preise, sind zu verkaufen Samarkiterstraße 21, Bettfedern-Verkauf, Paul Hoff. 162/14
Teppiche mit Gardinen, feinsten Fabrik, niedriger Große Frankfurterstraße 9, portiere. 11
Singermaschine, 8,00, verzugs halber Adenstraße 47 II. 163/4
Schlüsseln elegante Plüschsofa, Kuchentisch, Sporttreck, Müller, Mübenerstraße 6 Hof III. 16485
Kleiderstuhl 20 Mark, Kommode 21, Berlin 29, furniertes Kleiderstuhl 20, modern 40, Säulentrumeau 54, Garderobenschrank 38, Kuchentisch 21, Kuchentisch 27, Schlafsofa 38, Tischspinde, englische Schlafzimmern, Kuchentisch, Tischspinde, Transport frei, Poststraße 81. 163/2
Dame verkauft Tischspinde 28 Mark, moderne Kuchentisch, Kuchentisch 16, Bettstellen mit Federmatratzen und Kissen 20, Kuchentisch 15, Kuchentisch, Kuchentisch 15, Kommode, Kuchentisch 12, Kuchentisch 75, Kuchentisch 50, Kuchentisch, Stand Bett 20, Bilder, Gardinen, Teppich 8, Steppdecken 7, Dresdenstraße 38, vom II. links. *

Wärmungs-Kasseler! Gardinen, Stores, 10 Proz. Rabatt, Fenster 1,15, 1,65, 1,85, 2,45, 2,95, 3,85, 4,75, 5,75 ufo. Beihenberg's Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, nahe Koppentstraße.
Küchenschrank 2,15, 2,25, 2,45, 2,95, 3,25, 3,35, 4,50 ufo. Borzle, Gardinen, weiß, creme, rot und goldfarbig in allen Breitenlagen 10 Proz. Rabatt, Beihenberg's Teppichhaus.
Wärmungs-Kasseler! Kleiderstühle, Kleiderstühle und Reize für ganze Bezüge 15 Proz. Rabatt.
Japaner- und Perser-Teppiche, 2 Meter lang 3,85; 2,35 Meter lang 5,90. 18188
Große Kosten echte Plüschteppiche mit Reizen, nur so lange Vorrat 10 Proz. Rabatt, Beihenberg's Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 18198
Wärmungs-Kasseler! Einen Posten Tischspinde 1,85, 1,95, 2,45, 2,95, 3,50, 4,35 ufo. 18208
Plüschschrank, wert das Doppelte, jetzt 6,85, 7,50, 8,75, 9,75, 11,00 10 Proz. Rabatt. 18218
Teppiche, nur so lange Vorrat 2,85, 3,50, 4,85, 6,85, 8,85. 18228
Tisch- und Tischspinde mit, Duerbezug 3,85, 4,50, 5,00, 7,85, 9,50, 10,50 ufo. mit 10 Proz. Rabatt, Beihenberg's Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, Hallestraße nahe Koppentstraße. 18238
Gebrauchte Schlafsofa 27,00, Grade urlich, Bettstellen, Plandische, Straße 42, Möbelgeschäft. 16435
Schlüsseln Wohnungsanordnung, eleganter Säulentrumeau, Kuchentisch, Spiegel, Plandische, billig verfertigt, Nagelsstraße 18b portiere rechts. 16406
Bettstelle, Schrant, Doppelbett billig verfertigt, Kroll, Brandenburgerstraße 59. 16355
Plüsch- und Tischspinde, rot, grün und blau, 10,75, 8,75, 6,50, 3,90 des Fenster, Teppichhaus Joseph, Kollentalerstraße 2, am Tor. 18818
Teppiche mit Reizen, Reizen, fast für die Hälfte, Teppichhaus Joseph, Kollentalerstraße 2, am Tor. 18828
Stores, Reize, 20 Prozent Rabatt; Tischspinde über ein und zwei Reizen, 2,15 und 3,90, Gardinenhaus Joseph, Kollentalerstraße 2, am Tor. 18838
Kleiderstuhl, Tischspinde, Spiegel, Regulator, fast neu, verkauft sofort Haupt, Ubelingstraße 6, Duergebäude III. 16455
Quadratrate 10 Mark! 300 Hochwaldhauteilen, Eggersdorf-Strasberg, ein herrlicher, idyllischer Luftort, mitten im Walde, 5 Minuten vom Bahnhof, beste Anlage, nie wiederkehrend! Beamten gratis! Verkäufer täglich am Terrain oder Bahnhof, auch Sonntags. Nur der bekannte billige Otto Jores, Pantion, Ubelingweg 10. 16455
Teppiche, Gardinen, Diamanten, Solastoffe, Steppdecken, Kuchentisch, Plüschschrank, Brautwäsche, Spottbillig Gelegenheiten Potsdamerstraße 100, Fischer. 17458

Zofort müssen zwei Kleiderstände, Berlin, Plüschsofa, Auszugstisch, Bettstellen, Säule, Säulentrumeau, Uhr, Bilder, Nähmaschine, Kücheneinrichtung billig verkauft werden, Waldemarstraße 27 I bei Schuhmann.
Gründergeschäft, Materialwaren, Brennmaterial, gut gehend, sofort zu verkaufen, Schindlerstraße 2. 160
Bronzegastromen!! Wozugelassen 9,00! Salongastromen 15,00! Wozugelassen 14! Schenkerstraße 8, Wozugelassen, Waldemarstraße 32.

Verschiedenes.
Achtung! Kleider! Sonntag, den 30. dieses Monats! Morgenstraße bei Krüger, Lydenerstraße 8. 24332
Patenanwalt Tzsch, Wollschneiderei 94a. 9275*
Rixdorf, Bruns, Bettstühle, Kuchenschrank 113, Restaurant, Gärten, Vereinszimmer, Parkettfuß (600 Personen), Sonntag Ball. 1119*
Plandische, Brunnstraße 63, täglich 8-8, Sonntag bis 2. 16678*
Berliner! Saal, Vereinszimmer Sonnabende frei. (Beihder!) Kuchenschrank, Annenstraße 16. 246/3*
Platina, alte Goldschmuck, Uhrschmuck, Silber, Gold, alle Uhren, Reize, Gold, Staubgold, Brillanten, photographische Rückstände, Treffer laufen Goldschmucke, Holz, Wrangelstraße 4, Telefon IV. 6958. 162/7
Kuchenschrank von Frau Kollent, Charlottenburg, Kochstraße 84, I. *
Goldschmuck, Komiker, Großplandische, 16256
Gesangsverein Sänger herbei! (sich) Kuchenschrank Männer zur Vergrößerung des Vereins, Mittwoch 9 Uhr, Reichenderstraße 48, Restaurant Brattig. 15956
Zanderkäufer empfiehlt sich, Berlin, Holz, Oppelnerstraße 41.
Kuchenschrank freitillig, Kuchenschrank, Friedenstraße 97. 16425
Für alle und neue Lumpen, Restall ufo. ufo. zahlst die höchsten Preise, Hugo Bromberger, Skalitzerstraße 125, am Banisch Abstell. 16388
Tanzunterricht! Gruppe, Annenstraße 18, zweimonatliche Anfänger-Sonntagskurse, Herren 4,00, Damen 3,00 monatlich, Spezial, Woyker-Unterricht. 246/2

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Wieder Tischler, bittet um Arbeit, Stühle werden abgeholt und zurückgebracht, U. Gläser, Plandische 27. 14695

Stellenangebote.
Automobilfahrer! Jedermann wird zu erstklassigem Chauffeur theoretisch und praktisch ausgebildet. Günstigste Erfolge! Autodidaktikum, Berlin, Spichernstraße 11/12. *
Tischler, tüchtiger, auf alle Art- und Fensterarbeiten eingearbeitet, Paul Müller, Dreißigwälderstraße 100.
Ein Schleifer und Polierer auf Maschinenarbeiten verlangt, H. Bernert, Charlottenburg, Wielandstraße 42, Savignypfad. 16285
Radfahrer mit eigenem Zweirad, welche 50 Mark Kaution stellen können, finden dauernde Stellung, Arbeitszeit: morgens 5-11 Uhr, nachmittags 3 1/2-7 Uhr, Meldungen Schützenstraße 24. 163/1*
Gründerer verlangt Goldbleichenfabrik Rixdorf, Plandische 18. 16466
Tüchtige Arbeiter für Möbeltransporte werden gesucht, Montag früh 1/2 Uhr melden, Gustav Brode u. Co., Köpenickerstraße 127. 16395
Wahrgeliebter verlangt Otto Dresden, Reimsendorferstraße 94. 148
Vader verlangt Goldbleichenfabrik Plandische 63. 146*
Aufwartefrau Plandische 24, Laden. 162/2
Väterin verlangt Ziegler, Kochstraße 25. 16495
Borenfrauen finden sehr lohnende und dauernde Beschäftigung, Brunnstraße 41. 162/19*
Borenfrauen finden sofort sehr lohnende Beschäftigung, Savourerstraße 20. 162/20*
Köpenick, Frau zum Ausfragen des "Vorwärts" sofort verlangt, Meldung in der Parteipostition, Rich, Holz, Grünstraße 11. 16878
Kartonschneidemaschine im und außer dem Hause gesucht, Kartonschneidemaschine, Reue Grünstraße 32. 16346
Borenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung (Tour Plandische), Meldungen Schützenstraße 22. 162/2*

Vermietungen.
Zimmer.
Möbliertes Zimmer, 1 Herr, 14, vermietet, Rich, Bienerstraße 116, I. Aufgang vorn III. 16378
Möbliertes zweifertiges Zimmer, zwei Herren, a 10 Mark, Wrangelstraße 115, vorn 3 Treppen rechts.
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle Engel, 10, vorn I. 1436

Teilnehmer für möblierte Schlafstelle, Berner, Brunnenstraße 157, Duergebäude II. 193
Schlafstelle, Preis 6 Mark, vermietet, Plandische, Skalitzerstraße 30, Duergebäude 4 Treppen. 120
Möblierte Schlafstelle für Herren oder Damen vermietet, Thomas, Urbanstraße 112/113. 16296
Bessere Schlafstelle für Dame, Reanderstraße 24, Hof rechts IV. 165
Möblierte Schlafstelle separat (Herrn) Dresdenstraße 53, Portal I Papst. 16415

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.
Ein tüchtiger selbständiger Klempner bei hohem Lohn gesucht, Reize wird vergütet. 275/5
Giolina & Hahn, Mannheim N. 2. 9.

Flotten Dreher
auf Holzstraßen sucht E. Uhlmann, Eisenbahnstr. 15.
Achtung! Achtung! Schildermaler!
Sämtliche Firmen der Schilderbranche, welche nicht bewilligt haben, sind für alle Stellen **geipert!** Kollegen! Laßt Euch nur durch den Arbeitsnachweis, Plandische 36, Amt IV, 4475, vermitteln. Die Verwaltung.

Achtung! Klavierarbeiter!
In der Pianofabrik von Bell & Co., Andreadstr. 32, haben sämtliche Kollegen wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. 141/16
Junag ist ferngehalten. 92/17
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Kürschner!
Der Verein selbständiger Kürschner (Pelzbranche) hat über die Firma **Joka u. Co.** die Zwerre verhängt. Wir ersuchen die selbständigen Kürschner, sich streng an den Beschluß zu halten. 103/2
Der Vorstand.
Die Fabrik Berlin des Deutschen Kürschnerverbandes erucht die Mitglieder, diese Werkstücke streng zu meiden, da selbige ebenfalls die Speere verhängt hat über die Firma. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Steinarbeiter!
Sämtliche Bauten des Baumeisters Dackow, Potsdamer Platz 3, sind gesperrt. 190/8
Ehe die Differenzen erledigt sind, darf dort keine Arbeit angenommen werden. Die Ortsverwaltung.